

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 12. Juni 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Teile und herrsche!

Die Göpdiener des Militarismus pflegen gern viel Wesens davon zu machen, daß eine der kostbarsten Blüten des militärischen Dienstes die Pflege der Kameradschaft sei. Aber die Behauptung ist nicht zutreffender als die Lobpreisungen anderer, angeblicher guter Seiten des militaristischen Systems. Vor wenigen Tagen erst hat eine Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht des Gardekorps ein bezeichnendes Bild darauf geworfen, wie wenig sich preussische Soldaten wirklich als Kameraden fühlen. In einer Wirtshauswirtschaft war es zwischen Unteroffizieren und Soldaten einmal des Regiments Gardebataillons und zum anderen des Gardejägerbataillons zu einem heftigen Zusammenprall gekommen und zwar floß der Anlaß des Streites aus keiner anderen Quelle als der traditionellen Feindschaft, die seit je und je zwischen den Angehörigen beider Truppenteile besteht. In diesem Zusammenhang erzählt man, daß sich Gardeulanen und Gardefeldartilleristen zuweilen ein regelrechtes Säbelgefecht zu liefern pflegen, daß sich die Mannschaften des Gardeulankorps und des Augusta-Garde-Regiments heftig beschaden und daß sich auch Garde-Dragoonen und Preuzer wie Hund und Kacke gegenübersehen. Wer die inneren Verhältnisse des preussischen Heeres kennt, weiß, daß sich derartige korporative Zwistigkeiten nicht auf das Gardekorps beschränken, sondern daß in allen Armeekorps gewisse Truppenteile in einem ernstlichen „Kampferhältnis“ zueinander stehen. Wehe! wenn Angehörige dieser Truppenteile auf dem Tanzboden oder in der Kneipe aneinander geraten! Dann fliegen Säbel und Seitengewehre aus den Scheiden, und es legt Hiebe, und Blut schießt, und das Nachspiel findet vor dem Kriegsgericht statt.

Aber es wäre ein Irrtum, anzunehmen, die Vorgesetzten der Truppenteile händen in einem solchen Falle den Ausschreitungen anders als mit einem nassen und einem trockenen Auge gegenüber. Im Gegenteil! Sie sorgen wohl dafür, daß die „Kerls“ in den Kasern fliegen, aber sie sind im innersten Herzen doch fast stolz darauf, daß die „Ehre des Regiments“ durch kräftige Streiche gewahrt wurde. Es hängt nämlich mit der ganzen Psychologie unseres Militarismus zusammen, wenn derart die „Ehre“ eines Regiments gegen die eines anderen ausgespielt wird. Die militärischen Macht-haber eines so ausgesprochenen Klassenstaates, wie es Deutschland ist, stehen der Klasse des Heeres gegenüber wie die Engländer den zweihundert Millionen des indischen Volkes: als fremde Herren und in erschrecklicher Minderzahl. Wenn es einmal gelingt, die zweihundert Millionen Indier unter einen Hut zu bringen, so werden die Briten wie ein Häufchen Spreu aus dem Lande gefegt, und wenn alle Soldaten des preussischen, des deutschen Heeres einmal eines Sinnes sind und eines Morgens fröhlich singend aus allen weit geöffneten Kasernen hinausmarschieren, ohne sich um die entsetzten Vorgesetzten zu kümmern, dann ist's zu Ende, dann kann der Klassenstaat einbrechen. Darum gibt es für die militärischen Macht-haber keinen saredendvolleren Begriff als das Wort: Solidarität, Kameradschaft — à la bonheur! Das paßt in die Kaserne, das ist die Sangesgemeinschaft beim Alkohol, die Bereitwilligkeit des Musketiers Lehmann, dem Musketier Müller seine Backbürste zu leihen, und die Möglichkeit für die Unteroffiziere, auf dem Umwege des „heiligen Geistes“ indirekte Soldatenmishandlungen zu begehen. Aber Solidarität — pui Teufel! Das riecht nach Sozialdemokratie und Streit, das ist ein gefährlicher, unheimlicher Gast in den Mannschafsstuben, es ist der Feind für den Militarismus, und der Militarismus tut denn auch alles, um den Geist der Solidarität in den uniformierten Massen wie ein giftiges Unkraut auszurotten. Das geschieht einmal dadurch, daß er innerhalb ein- und desselben Truppenteils Zwietracht zwischen den Mannschaften verschiedener Jahrgänge sät: sie stehen den Schleiern von einem besonders traurigen Kapitel des „fröhlichen Soldatenlebens“, die Prozesse, in denen brutale Mishandlungen von Rekruten durch „alte Leute“ zur Verhandlung stehen. Zum zweiten aber sucht der Militarismus den Zusammenschluß aller Soldaten zu einer gleichförmigen, gleichförmigen und schließlich auch gleichhandelnden Masse dadurch zu verhindern, daß er nach dem Prinzip: Teile und herrsche! zwischen Truppenteilen und Truppenteilen Schranken errichtet. Die reitenden Waffengattungen — „Alles, was Sporen hat, ans Wisset!“ rief bei dem oben erwähnten Streit der Chargierte der Gardebataillons — schauen mit Verachtung auf die „Sandhosen“ der Infanterie, aber daneben entwickeln sich noch besondere, in der Ueberlieferung sorgfältig gepflegte Zwistigkeiten zwischen den einzelnen Truppenteilen. Daß der Militarismus eifrig mit der Spekulation auf kindische Eitelkeiten arbeitet, trägt viel zu diesem Zustand bei. Dieses Regiment hat Troddeln, Eigen, Helmbänder, die jenes entbehren muß, und so entwickeln sich aus nichtigen Neugierlichkeiten Eifersüchteleien und Spötteleien und daraus entsteht wieder bittere Feindschaft. Das alles, wie gesagt, ist planvoller Zweck, um der Solidarität aller Unterdrückten die Wurzeln abzugraben.

Aber zu seinem lebhaften Entsetzen muß der Militarismus sehen, wie auf der Grundlage seiner eigenen dialektischen Entwicklung die Soldaten immer mehr zu einer grauen, gleichförmigen Masse zusammensinken. Eine irrtümliche Auf-

fassung ist es, daß die moderne Gefechtsweise einer Individualisierung des Soldaten förderlich sei. Vielmehr verleiht sie ein anonymes Schriftchen „Zur Psychologie des Militarismus“ die in der Masse aufgehende Tätigkeit des Soldaten mit der des modernen Fabrikproletariats:

„Besteht die Tätigkeit des Artilleristen nicht darin, ein Geschütz zu „bedienen“, ist es im Infanteriedienst nicht ein stehender Ausdruck: so und so viele „Gewehre“ in die Feuerlinie bringen? Ganz wie man im Fabrikantenjargon von „hands“ (Händen) statt von Arbeitern sprach! Man sieht: die Analogie der Entwicklung drückt sich schon naiv im Sprachgebrauch aus und ist darum nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Die Vervollkommnung des Gerätes nimmt dem Menschen hier wie dort eine Arbeit nach der anderen „aus der Hand“, macht ihn überflüssiger, ersetzlicher, entbehrlicher, nimmt ihn immer mehr partiell und immer weniger innerlich in Anspruch und läßt ihn schließlich zu dem abhängigen Bedienten des von ihm selbst geschaffenen, kunstvollen Mechanismus herabsinken... beim Artilleristen. Damit sein Schicksal zustande komme, müssen mehrere zusammenwirken: hierin ist er der Prototyp des industriellen Arbeiters im Großbetriebe.“

Aus gleichen Voraussetzungen ergeben sich gleiche Folgerungen, und wie in der Fabrik, so wird auch in der Armee aus der geisttötenden, rein mechanischen Zusammenarbeit der vielen die Solidarität erwachsen.

Zumal zur Hälfte schon, gleichfalls durch die innere Dialektik des Militarismus, ein Moment in Wegfall gekommen ist, das der Erziehung von Scheidewänden zwischen den Truppenteilen diene: die bunte Uniform. Indem man gewöhnt ist, sich der modernen Taktik und der gesteigerten Wirkung der Feuerwaffen durch das Feldgrau anzupassen, verschwinden die grellen, äußerlichen Unterscheidungsmerkmale zwischen den einzelnen Heereseinheiten und Waffengattungen: auf zwanzig Schritt schon ist in der feldgrauen Uniform ein Gardebataillon von einem Mann des Telegraphenbataillons nicht mehr zu erkennen, der Anlaß zu Eifersüchteleien und Sielchelen fällt weg und die ganze Armee rinkt in der Tat zu einer gleichförmigen Masse zusammen. Allen Gamaschenknöpfen ist das Bedeuliche dieser Entwicklung nicht entgangen. Als die Einführung der feldgrauen Uniform noch zur Diskussion stand, schrieb der militärische Fachmann der „Kreuzzeitung“ mit Sorgenfalten auf der Stirn:

Nun ist es unstrittig richtig, daß die Pflege des Geistes der Zusammengehörigkeit in einer Truppe, der Verpflichtung für die Aufrechterhaltung der Ehre ihres Namens, der Pflege ihrer Traditionen eine nicht geringe Unterstützung erhält durch eine Uniform, die sie über die große Masse der Armee heraushebt, ihr den Charakter einer in sich abgeschlossenen Familie ausprägt. Man wird bei Reformen daher auch dies psychologische Moment berücksichtigen.

Diesem „psychologischen Moment“ hat man denn auch insofern Rechnung getragen, als für Paradezwecke und den Ausgehgang die alte bunte Uniform mit Troddeln, Spigen und Helmbändern beibehalten wurde.

Aber das ist ein Verlegenheitsmittelchen, mit dem sich die Entwicklung der militärischen Massen zum Solidaritätsbewußtsein nicht aufhalten läßt. Mit der Verschiebung des Zahlenverhältnisses zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung kommen die Rekruten mit jedem Jahre mehr aus Kreisen, in denen das Gefühl der Solidarität schon mit der Muttermilch eingesogen wird und nicht danach, ob man Sporen an den Stiefeln hat oder nicht, wird man sich dann im Heere scheiden, sondern danach, ob man zu den Unterdrückten oder zu den Unterdrückten gehört.

Das Ministerium Ribot.

Berlin, 11. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Morgen wird sich das Ministerium der Kammer vorstellen, und die ganze Presse diskutiert leidenschaftlich seine Aussichten. Der „Radikal“ hält die Niederlage für sicher. Die gemäßigten Blätter dagegen, wie der „Tempo“ und „Journal des Debats“, tun recht züversichtlich. Tatsächlich ist die Stimmung der Reaktionen ziemlich gedrückt, doch hoffen sie, daß nicht alle Radikalen Disziplin halten werden und weisen darauf hin, daß die Vereinigte radikale Partei bisher ihre Mitgliederliste noch nicht veröffentlicht hat. Andererseits aber besteht bei einem Teil der Briandisten die Neigung zur Stimmhaltung, weil sie wegen der Uebergehung ihrer Gruppe bei der Kabinettsbildung verstimmt sind und ganz gerne Anschluß nach links finden möchten. Es ist auch zweifelhaft, ob die Rechte für das Ministerium stimmt, wenn die Regierungserklärung die Weltlichkeit der Schule betont. Die Regierung ist so in einer Zwickmühle. Eine mehr radikale Erklärung kann die Alerikalen, eine mehr gemäßigte auch die nicht geeinigten Radikalen bestimmen. Wahrscheinlich wird daher die Regierung das Festhalten an der dreijährigen Dienstzeit in den Vordergrund schieben, um die Radikalen zu spalten.

Die sozialistische Fraktion beschloß, morgen gegen die Regierung zu stimmen, und überließ dem Fraktionsvorstand die Entscheidung, ob sich die Fraktion auf eine bloße Erklärung beschränken oder einen Redner einsetzen lassen wird.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Nummernzettel oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berichterstattungs-Anzeigen 30 Pfg. Kleine Anzeigen, das festgedruckte Wort 20 Pfg. (ausführliche Festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Etzengründe und Geschäftsbenennungen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Bezir über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Regierungserklärung.

Paris, 11. Juni. Die Minister und Unterstaatssekretäre besprachen heute abend in einem Kabinettsrat die Regierungserklärung, deren Wortlaut morgen vormittag in einem Ministerrat unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik endgültig festgesetzt werden wird. Die Regierung wird in der Erklärung ihren Entschluß verkünden, daß sie sich nur auf eine republikanische Mehrheit stützen werde. Falls eine solche Mehrheit fehle, werde sie sich zurückziehen.

Der heutige Ministerrat hat beschlossen, daß der nächste Anleihegeheimrat sofort nach der Debatte über die allgemeine Politik im Anschluß an die Regierungserklärung auf dem Bureau der Deputiertenkammer niedergelegt werden wird.

Ein Fahrenschüchterer.

Paris, 11. Juni. Der neuernannte Staatssekretär im Kriegsministerium Margaine hat seinen Austritt aus der Gruppe der geeinigten Radikalen angemeldet. Die Anhänger des Ministeriums Ribot sprechen die Hoffnung aus, daß das Beispiel Margaines bei manchen Mitgliedern der Gruppe der geeinigten Radikalen Nachahmung finden werde.

Die 57 Mitglieder zählende Gruppe der Linkrepublikaner faßte einen Beschluß, in welchem sie sich für Aufrechterhaltung des Dreijahresgesetzes und für Schaffung einer rein republikanischen Mehrheit ausspricht, welche es der Regierung ermöglichen soll, ihre Aufgaben ohne den Beistand verdächtiger Stimmen durchzuführen. Den Mitgliedern der Gruppe wurde für die morgige Debatte zwar vollständige Freiheit gelassen, doch glaubt man, daß dieselbe einmütig für das Ministerium stimmen wird.

Das Ende des Generalstreiks.

Rom, 11. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Nachdem der Parteivorstand und die Konföderation der Arbeit das Ende des Streiks für Mitternacht beschlossen hatten, vollzieht sich die Wiederaufnahme der Arbeit im allgemeinen ohne Zwischenfälle. Nur in Mailand, Neapel und Ancona dauert die Bewegung fort.

Erst heute läßt sich die gewaltige Größe der Kundgebung annähernd übersehen. Leider hat der Streik auch viele Opfer gefordert. Bei den Demonstrationen in Florenz wurden drei Demonstranten getötet und 30 verwundet. Todesopfer sind auch in Neapel, Turin und Bari zu verzeichnen. In Ancona wurde der Bahnhof verwüstet. In vielen Städten versuchten Nationalisten und Alerikale Gegendemonstrationen. Diese konnten aber der Wucht des proletarischen Protestes keinen Eintrag tun.

Die Situation in Mailand.

Mailand, 11. Juni. Obgleich der Allgemeine Arbeiterverband die Einstellung des Ausstandes beschlossen hat, hat die Arbeiterkammer und die Union der Syndikate beschlossen, im Ausstand zu verharren und am Nachmittag eine Versammlung abzuhalten. Die Zeitungsflechter haben die Arbeit wieder aufgenommen, und die Zeitungen sind erschienen. Der Eisenbahnbetrieb vollzieht sich ordnungsmäßig. Von den Arbeitern sind nur noch diejenigen der Straßenbahnen, der Gasanstalt und der industriellen Unternehmungen im Ausstande; jedoch ist die Gasversorgung der Stadt gesichert. Die Stadt ist ruhig, alle Läden sind offen.

Fortdauer des Streiks in Neapel.

Neapel, 11. Juni. Der Streik dauert an, doch ist die Stadt ruhig, und die Hälfte der Läden ist geöffnet. Die Leitung der Straßenbahn hat den Betrieb heute noch nicht wieder aufgenommen, um Zwischenfälle zu vermeiden. Die Werftarbeiter beim Armstrong wurden durch Ausländige an der Arbeit verhindert.

Die gestörte Trauerfeier.

Rom, 11. Juni. Heute vormittag fand in Neapel die Beisetzung des bei den gestrigen Zwischenfällen getöteten Arbeiters Sabatelli statt. Der sehr lange Trauerzug wurde durch die Fahnen der in der Arbeitsbörse eingetragenen Vereinigungen eröffnet. Die sozialistischen Abgeordneten Labriola und Lucci hielten Reden. Auf dem Wege zum Friedhof warfen mit Stöcken bewaffnete Sträflinge, die sich unter die Teilnehmer am Trauerzug gemischt hatten, Steine gegen Laternen und Läden und versuchten in die Bassenläden einzudringen. Ein sozialistischer Abgeordneter mahnte zu Ruhe. Inzwischen ging aber Kavallerie vor und zerstreute die Manifestanten. Es kam an verschiedenen Stellen zu Zusammenstößen zwischen Manifestanten und Kavallerie, wobei es auf beiden Seiten Verwundete gab. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen. Ein alter Mann geriet unter die Pferde und wurde dabei getötet.

In Mailand fand eine Versammlung von Ausländigen statt, in der der Beschluß des Arbeiterbundes, den Streik zu beenden, kritisiert, aber die Befolgung desselben beschlossen wurde.

Befragung des Präfecten von Ancona.

Rom, 11. Juni. Der Minister des Innern hat den Bizepräfecten von Ancona Cossu Cossu vom Amte suspendiert und vor den Disziplinarrat gestellt, weil er am 9. Juni nachmittags die Ueberleitung der Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung ohne Ermächtigung durch seine Vorgesetzten der Militärbehörde übertragen hat. Seine Amts-

geschäfte werden, wie schon gemeldet, durch den Präfekten von Perugia wahrgenommen.

Die heutigen Morgenblätter sind wieder erschienen. Die Ausständigen sind zur Arbeit zurückgekehrt.

Das Misstrauensvotum abgelehnt.

Rom, 10. Juni. (Kammer.) Der Republikaner Pazzolani brachte einen Antrag ein, in dem die Regierung aufgefordert wird, eine Vorlage einzubringen über die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission, welche die Verantwortlichkeiten für die Ereignisse des 7. Juni in Ancona feststellen sollte. Der Sozialist Calda befürwortete einen Antrag, in dem der inneren Politik der Regierung die Mißbilligung ausgesprochen wird. Der Radikale Alessio brachte einen Zusatzantrag ein, in dem erklärt wird, daß die Kammer allein die Achtung vor den verfassungsmäßigen Freiheiten als besten Schutz der öffentlichen Ordnung und als wirksamstes Werkzeug des sozialen Lebens betrachte.

Ministerpräsident Salandra erklärte, er wünsche ein ausdrückliches feierliches Votum, weil die Regierung nicht an ihrem Plaque bleiben könne, wenn sie nicht durch das Votum der Majorität unterstützt werde. Die liberale Richtung der inneren Politik, die von den vorhergehenden Kabinetten verfolgt worden sei, wolle er nicht aufgeben. Das Rundschreiben, in dem er die antimilitaristischen Versammlungen am Nationalfeiertag verboten habe, sei vollkommen geschnitten und opportun gewesen, denn da die Versammlungen gerade am Nationalfeiertag stattfinden sollten, hätten sie eine wirkliche Kundgebung gegen die Einrichtungen des Staates dargestellt. Das Rundschreiben an die Präfekten habe er deshalb geschickt, damit diese zusammen mit den gutgesinnten Bürgern auf die Beendigung der Bewegung hinwirkten, die nicht ein Ausdruck politischen Denkens, sondern ein Ausfluß gewalttätigen Geistes aus den Tiefen der Gesellschaft sei. Er rufe alle Kollegen auf, mit ihm an der Wiederherstellung der Ruhe zu arbeiten. Wenn diese erst einmal wiederhergestellt sei, sollten sie über seine Maßnahmen urteilen, für die er volle Verantwortung übernehme in dem Bewußtsein, vollkommen seine Pflicht getan zu haben. (Sehr lebhafter anhaltender Beifall.) Ministerpräsident Salandra erklärte, den Abänderungsantrag annehmen zu wollen als eine feierliche Bestätigung der Achtung der ganzen Kammer vor den verfassungsmäßigen Freiheiten. (Sehr lebhafter Beifall.)

Infolge dieser Auslegung zogen die Radikalen ihren Abänderungsantrag zurück und erklärten, sie würden für den Antrag Calda stimmen. Schließlich wurde der Antrag Calda, den Salandra nicht angenommen hatte, in namentlicher Abstimmung bei einer Stimmenthaltung mit 254 gegen 112 Stimmen abgelehnt und darauf die Sitzung geschlossen.

Wie es in den Strafkompagnien zugeht.

Aus Rom wird uns geschrieben: Eine Vorstellung von den mittelalterlichen Zuständen, die noch in den italienischen Strafkompagnien herrschen, gibt der „Avanti“. Die Strafkompagnien fallen mit den Militärgefängnissen zusammen unter den Begriff der militärischen Strafhaft. In dem Reglement für diese heißt es, daß den Offizieren und dem Regierungspersonal ein besonderes Strafsystem zur Verfügung steht, um jeden Uebertreter zu verhindern. Diesen Kompagnien werden die Soldaten überwiesen, die wegen ehelicher Dinge verurteilt wurden, so wegen Notzucht, Päderastie, Kamorra und wegen Verletzung der nationalländischen Institutionen. Den Vorschriften nach genügt die Tatsache der Zugehörigkeit zu einer bezugslosfindlichen Organisation, um die Uebertretung an eine Strafkompagnie zu rechtfertigen, doch findet diese barbarische Bestimmung nur in den seltensten Fällen Anwendung. Was nun die Strafmittel betrifft, über die die Offiziere verfügen, so besteht wirklich nur die Schwereigkeit der Auswahl. Bei Disziplinlosigkeit kann erkannt werden: 1. auf nötige Entziehung des freien Ausgangs; 2. auf Kommandierung zu schweren Dienstleistungen in der Kaserne; 3. auf einfachen Arrest von 5 bis zu 60 Tagen; 4. auf schweres Gefängnis von 5 bis zu 40 Tagen (bei Brot und Wasser); 5. auf schweres Gefängnis mit Ketten von 5 bis zu 10 Tagen. Die Ketten sind für das erste Drittel der Strafzeit lang, so daß sie einige Bewegungsfreiheit

lassen, für das zweite Drittel kurz, für das letzte Drittel wieder lang. Gefängnis ist immer Einzelhaft. Wer sich während der Gefängniszeit etwas zuschulden kommen läßt, für den können die Zeitgenossen des schweren Gefängnisses und der Zerstörung verlängert werden!

Kann man sich wundern, wenn gegen derartige schmachtvolle Verhältnisse das Volk am Verfassungstage in öffentlichen Versammlungen Protest erhebt? Glaubt die Regierung im Ernst, daß diese Schandbestimmungen weniger aufreizend wirken, wenn sie diese Protestversammlungen verbietet? Die Folge davon waren die blutigen Ereignisse in Ancona und der deshalb einschneidende Proteststreik.

Gegen die polizeiliche Knebelung der Kunst.

Auch der Goethe-Bund legt nunmehr Protest gegen das Verbot von Rosenows „Die im Schatten leben“ ein. Der Vorstand des Goethe-Bundes Berlin hat einstimmig folgende Entschliebung gefaßt:

„Das kürzlich ergangene Urteil des Oberverwaltungsgerichts, wodurch das Verbot des Rosenow'schen Schauspiels „Die im Schatten leben“ endgültig bestätigt worden ist, und ganz besonders die Begründung dieses Urteils, nötigt den Berliner Goethe-Bund, sich öffentlich gegen eine neuartige Rechtsprechung zu wenden, deren Einbürgerung den Tod aller dichterischen Freiheit bedeuten müßte.

Das Oberverwaltungsgericht glaubte ein Zugeständnis zu machen, indem es sagt: „Jwar fehlt es in dem Stück an großen Ausbrüchen der Leidenschaft und überhaupt an äußerlich schroffen, als Störung der öffentlichen Ordnung sich darstellenden Handlungen und Reden.“

Nach dem Zusammenhang kann hier der Ausdruck „Störung der öffentlichen Ordnung“ kaum auf etwa zu befürchtende Exzesse des Publikums, sondern nur auf die im Stück geschilderten Vorgänge bezogen werden, und so stellt sich selbst dieser einschränkende Satz als eine schwere Verkennung der Grundbedingungen poetischen Schaffens dar. Denn Ausbrüche der Leidenschaft und Störungen der öffentlichen Ordnung sind das ewige Thema der dramatischen Dichtung.

Wie man aber auch diesen Satz auffassen mag, jedenfalls geht aus ihm hervor, daß in Text und Ton des Rosenow'schen Schauspiels ein ordnungspolizeilicher Anlaß zu behördlichem Einschreiten nicht gegeben ist. Das Urteil sieht sich daher ausschließlich darauf angewiesen, Licht und Schatten der Charakterzeichnung zu kontrollieren, sich auf unerweisbare Mutmaßungen über die Absichten des Dichters einzulassen und sogar aus der überraschenden und eindringlichen Wirkung einzelner Sätze eine unerlaubte Tendenz zu folgern. Obgleich ausdrücklich festgestellt wird, daß in dem Stück die Arbeiter keineswegs einwandfrei erscheinen, sondern Fehler zeigen, wird behauptet, sie seien den Unternehmern gegenüber in ein zu günstiges Licht gestellt. Hier wird also dem Dichter die Freiheit der typischen und individuellen Charakteristik bestritten und bei Strafe des Interdiktis eine offiziell genehmigte Ausgestaltung der Personen zum Gesetz gemacht.

Rosenows Schauspiel schließt damit, daß Frau Ridel unter dem Eindruck der Katastrophe zur Bibel greift. Das Urteil gibt zu, daß dieser Zug durch den Charakter motiviert sei, interpretiert aber dennoch, daß damit die Handlungsweise der Arbeiterfrau als „unverständlich und unverständlich“ gekennzeichnet werden solle. Hier wird demnach einem künstlerisch motivierten Charakterzug ohne weiteres eine unkünstlerische Nebenabsicht unterstellt.

Der Dichtung wird weiter zur Last gelegt, daß sie die Arbeiterschutzeschgebung unserer Tage nicht berücksichtigt — ein Vorwurf, der, folgerichtig angewandt, jede historische Darstellung auf der Bühne unmöglich machen würde. Und zuletzt wird die Frage aufgeworfen, ob die angeblich tendenziöse Färbung betruagt vorgenommen

sei, und durch den Hinweis darauf bejaht, daß der verstorbene Autor als sozialdemokratischer Abgeordneter und Redakteur die Rechtslage kennen mußte. Also auch Person und Parteistellung des Dichters werden in die Urteilsgründe hineingezogen, obgleich doch einzig und allein über das Werk und seine objektive Gesährlichkeit zu entscheiden war.

Mit ganz analoger Begründung könnte man einen großen Teil unserer klassischen Schauspielliteratur, insbesondere die meisten Werke Schillers, sowie alle modernen Dramen, die an die tiefsten Probleme der Gesellschaft und des Staats rühren, verbieten. Gegen eine solche Rechtsprozeß muß daher von Anfang an nachdrücklich Verwahrung eingelegt werden, und der Berliner Goethe-Bund spricht die Erwartung aus, daß alle Freunde der Kunst und der Gedankenfreiheit sich diesem Protest anschließen werden.“

Politische Uebersicht.

Das Verkenntnis zur Klassenjustiz!

Unter dem vieljagend triumphierenden Titel „Es hat gefesselt“ bringt die nationalliberale „Magdeburger Zeitung“ einen Rechtfertigungsartikel über den „Denkmalsbesetzung“-Prozeß, der als nicht-unverschorenes Verkenntnis zur Klassenjustiz niedriger gehängt zu werden verdient. Heißt es doch in dem Artikel des nationalliberalen Blattes:

„Ebenso entstellend ist der Versuch, auch bei dieser Gelegenheit irgend etwas wie Klassenjustiz oder den Geist der Ausnahmegesetze zu finden. Das Blatt spricht von einem Tendenzurteil, weil die Zugehörigkeit oder einseitige Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei erschwerend ins Gewicht gefallen ist: die Strafe habe sich doch nach der Tat und nicht nach der politischen Gesinnung des Angeklagten zu bemessen. Dagegen ist zu sagen, daß es sich, wenn die Täter nicht sozialdemokratisch gewesen wären, vielleicht wirklich nur, wie der „Vorwärts“ behaupten möchte, um eine Unbesonnenheit, eine Unstimmigkeit, einen großen Unfug gehandelt hätte, da aber festgestellt ist, daß Sozialdemokraten den Streich angeführt haben, so hat man mit Recht in der Tat ein planvolles und böswartiges Vorgehen gesehen. In solchem Falle wird bei der Urteilsbemessung stets die Gesinnung in Betracht gezogen, auch wenn es zufällig eine politische Gesinnung ist. Anger Betracht zu bleiben hat vor Gericht nur diejenige Gesinnung, die mit der abjurierenden Tat nicht in Zusammenhang zu bringen ist. In einem Prozeß wegen Diebstahls zum Beispiel wird kein Richter den Angeklagten nach der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zur Sozialdemokratie fragen.“

Das Eingeständnis ist allerliebst. Die Denkmalsbesetzung wäre also wirklich nur grober Unfug, geboren aus Unbesonnenheit und Unstimmigkeit, gewesen, wenn die Verurbeiter keine Sozialdemokraten gewesen wären! Sie wären dann, so ergänzen wir das Geständnis der „Magdeburger“, wohl auch mit 20 oder 50 M. Geldstrafe als hinreichend gestraft erachtet worden, wenigstens wenn es sich um einen „Grunder Studio“ gehandelt hätte!

Nun aber waren die Täter Arbeiter und Sozialdemokraten — und deshalb war ihre Tat „planvoll“ und „böswartig“. Das Planvolle ist ja nicht erwiesen, aber selbst wenn es erwiesen wäre — bedeutete dann der Plan ohne weiteres eine Verurtheilung? Man wolle für die „Rote Woche“ größere Aufmerksamkeit erwidern. Ja, war denn das nicht das gute Recht der Angeklagten? Nicht für diese ihre Absicht konnte man sie doch bestrafen, sondern einzig und allein für den Reizgriff ihres Mittels. Bestrafte man ihre Absicht gleichwohl, so verübte man die verwerflichste Tendenz — und Klassenjustiz!

„Böswartig“ aber konnte ihr Vorgehen nur dadurch werden, wenn man ihnen für ihre Handlung ganz unbegründeterweise völlig fernliegende Gedanken unterfahrt, nämlich den Gedanken böswilliger Sachbeschädigung oder einer Majestätsbeleidigung. Etwas derartiges hat selbst das Gericht, das das Schreidensurteil fällte, nicht einmal zu unterstellen gewagt. Dafür stellte es die Tat als „bodenlose Frechheit“ hin, die aus „Parteilichkeit“ geschehen sei. Wenn also ein paar Lämmel aus „gebildeten“ Kreisen die Beschmutzung lediglich aus Mutwillen verübt hätten, statt aus dem Drang, einer an sich erstun und guten Sache zu nützen, so wären sie unendlich viel billiger davongekommen!

Takt und taktlos.

Wie sind, als ein hilfloser Greis im Parlamentsaal ein Hoch auf Wilhelm II. hervorstotterte, beharrlich sitzen geblieben.

Wenn uns deshalb Junker und Jungeregenossen als überzeugte Republikaner und stramme Antimonarchisten Gott und der Welt demüthigen, so stimmen wir dem freudig zu: Wir sind überzeugte Republikaner! Wir wollen nichts anders sein als stramme Antimonarchisten!

Wenn aber biedere Fortschrittsonkel und deshalb entrüstet des Mangels an Takt beschuldigen und wenn nationalliberale Würdebären zum gesellschaftlichen Volkstrotz gegen uns auffordern, so haben wir für solches Tun nichts als ein herzliches und kräftiges Gelächter. Das weinerliche Gezeter über den „mangelnden Takt“, den „schlechten Anstand“ und den „schlechten Ton“ der Sozialdemokratie — mit solchen Leuten kann man doch nicht verkehren! — ist nämlich so alt wie die Sozialdemokratie selber, und wenn es auch meist von garten liberalen Seelen angestimmt wird, so fallen gelegentlich auch die Junker mit ein, deren Vertrauensmann v. Dieft. Daber einst empfehlend die Rockschöße hob: Die Minister können und sonst was! und die jede Flegel, ausgeübt von den alten Schmurbärten: der echt preussischen Legende, wie Blücher oder Wrangel, als „göttliche Grobheit“ in den Himmel heben.

Ja, abgesehen von der Sozialdemokratie hat es sich noch nie eine aufstrebende und kämpfende Klasse nehmen lassen, die Dinge beim rechten Namen zu nennen, und jene Einladung der Franzosen vor der Schlacht bei Crécy: „Meine Herren Engländer, schießen Sie zuerst!“ ist eine Höflichkeit, die man auf dem Schlachtfeld des Klassenkampfes verweigert selten antwortet. Doch keiner Klasse oder bei ihrem Kampf der Vorwurf der „Taktlosigkeit“ oder des „schlechten Tones“ erspart geblieben. Schon einer der ersten Vorkämpfer des deutschen Bürgertums, Martin Luther, wußte mit den Fürsten seiner Zeit, die allerdings selbst in bengalischen Plüsch der „patriotischen“ Geschichtsschreibung als das verächtlichste Gefindel dastehen, wichtige Prekatur zu reden, und verteidigte sich, der „Taktlosigkeit“ geziehen, recht geschickt mit einem Hinweis auf den „Sauherdenton“ der Bibel:

„Ich habe wol scharf angegriffen, doch in der Gemein bin, etlich unchristlich Lehre, und auf meine Widerfacher heilig gewesen, mit uns ihres bösen Lebens, sondern und ihrer unchristlichen Lehre und Schand will. Welche mich sogar nicht be- reuet, daß ich mich auch in Sime genommen hab; in solcher Emsigkeit und Schärfe zu bleiben, unangehen, wie mir des- selb Etlich auslegen; so ist die Christus Exempel hab, der auch seine Widerfacher aus scharfer Emsigkeit nennt: Schlangeinder (Matth. 23. 33), Gleisner (v. 15. segg.), Blinde (v. 17. 24. 26.), des Teufels Kinder (Joh. 8. 44.), und

Sanct Paulus den Negum heisset ein Kind des Teufels, und der voll Bosheit und Trügerei sein (Apg. 13. 10.), und etlich falsche Apostel schilt er Hunde (Phil. 3. 2.), Verräter (Tit. 1. 10.) und Gotts Wort Verlehrer (Gal. 1. 7.) Wenn die weichen garten Ohren solches hätten gehört, sollten sie auch wohl sagen, es wäre niemand so heilig und ungeduldig als Sanct Paulus. Und wer ist heiliger denn die Propheten? Aber zu unsern Zeiten sein unser Ohren sogar gar und weich worden, durch die Kenne der schädlichen Schmeichler, daß, sobald wir mit mit allen Dingen gelobet werden, schreien wir, man sey heilig; und dieweil wir uns sonst der Wahrheit nit erwidern mögen, entschlagen wir uns doch derselben durch erdichte Urach der Weichheit, der Ungeudigkeit und der Unbescheidenheit. Was soll aber das Sals, wenn es nit scharf heisset? Was soll die Schneide am Schwert, wenn sie nicht scharf ist zu schneiden?

Stets beim harten Zusammenprall zweier Klassen besaß die untergehende Klasse die „garten, weichen Ohren“, aber die der Gottesmarm Martinus mit Recht spottet, und sagte gar wehleidlich über die Schneide am Schwert, mit der die aufsteigende Klasse zuschlug, und über das scharf heisende Sals, das sie in die Wunden des Gegners streute. In der großen bürgerlichen Revolution, die mit dem durchaus „taktlosen“ Bakillensurium begann, fiel das oblige Hofgesinde von Versailles vor Entsetzen schier in Ohnmacht, als die Abgeordneten der Nationalversammlung nicht in Schnallenschuhen, wie es die Etikette vorschrieb, sondern in Stiefeln vor dem sechsgelbten Ludwig erschienen: Stiefel, Hundsgewöhnliche, bürgerliche, derbe Stiefel auf dem geheiligten Hofparkett des weiland Sonnenkönigs — das kam gleich hinter Hochverrat und Majestätsverbrechen, das war das Ende der Welt, das glück dem Eigendiebstahl beim Kaiserhoch! Aber das Rad der Geschichte wälzte sich gleichmäßig über die Herren mit den Schnallenschuhen hinweg, und die Kerle, deren Stiefel für ihren „schlechten Ton“ zeugten, wurden die Weltgeschichte ihre großen Tage hatte, die Zeremonienmeister des großen fatalen Ruhm der Väterlichkeit auf ihre Stümpfen gehäuft. Aus dem Sturmjahre 1890 gibt es da ein kostbares Bildchen: „taktlos“, wie es nun einmal war, hatte in den Julitagen das Volk von Paris auf die Ordmanzen Karls X. mit Barrisaden und scharfen Schüssen geantwortet, und der letzte Bourbonne zog es vor, diesen allzu stürmischen Kundgebungen seines geliebten Volkes durch die Flucht zu entgehen. Auf dem Wege nach Cherbourg — von dort ging es zu Schiff nach England! — bielten die Flüchtlinge, die eine ganz statiliche Kabalkade mit Karossen, Kammerherren und Lakaien bildeten, in dem Ort Laigle Raft. Unglück über Unglück! Als Karl sich zum Frühstück niederlassen wollte, stellte sie heraus, daß nur ein runder Tisch vorhanden war, und da er den Vorstoß an der Tafel führen mußte, konnte ein König von Frankreich sich nimmer

an einen runden Tisch setzen, da hier niemand die Spitze einzunehmen vermochte. Aber die Höllenge wüthten Rat. Sagen her! Und während das Volk von Paris die Rüge des Thronstuhls durchsagte, sagten sie im Schwelge ihres Angesichts den runden Tisch zu einem viereckigen zusammen, und die verflorenen Majestät konnte majestätisch fröhlich sein. Das Land war verloren, die Krone verloren, die Ehre verloren, alles war futsch, nur die Etikette gerettet!

Wie aber wären lächerliche Gesellen, wenn wir den Lakaien des Byzantinismus helfen wollten, Tische so zurechtzulagen, daß Potentaten unter Betonung ihres Ranges daran fröhlich sein können, und wenn wir bei Kaiserhoch auf die „garten, weichen Ohren“ und die garten, weichen Gefühle der anderen Parteien Rücksicht nehmen wollten. Es ist der Krieg ein raub, gewalttham Handwerk, und so wollen wir weder republikanische Ueberzeugung unter den Schiffel stellen, noch ausführen, weiter eine Wege eine Wege und Rollen einen Schast zu nennen, in der sicheren Erkenntnis, daß das Schlachtfeld des Klassenkampfes kein Salonparkett ist.

Das hat für seinen Teil auch ein zweifellos bedeutender deutscher Historiker eingelesen, als er schrieb:

„Kann die Ueberlegenheit des geistigen Anstandes den Ausschlag geben in großen historischen Kämpfen? Die Sklavenbarone von Virginia und Carolina zeigten bei höchstem Verlebe sicherlich angenehmer geistliche Formen, als die harten Farmer und business-men des Nordens oder gar die Neger. Und doch wird es immer eine troche Erinnerung des deutschen Volkes bleiben, daß wir uns nicht, wie die Engländer, durch oberflächliche Vorliebe für die Gentlemen des Südens verführen ließen, eine nichtswürdige Sache zu verteidigen, sondern mit sittlichem Recht das bessere Recht des Nordens anerkannten.“

Nun haben allerdings die Engländer nicht aus irgendwelchen formalen Sympathien, sondern um ihrer Textilfabrikation willen für die amerikanischen Baumwollbarone Partei ergriffen, aber im Hauptpunkt hat Heinrich v. Treitschke — dem er ist der Verfasser dieser Zeilen! — zweifellos Recht: daß nämlich niemals die Ueberlegenheit des geistlichen Anstandes in großen historischen Kämpfen den Ausschlag gibt. Darum wollen wir auch auf all die politischen Anstandstanten fröhlich pfeifen, die uns „Taktlosigkeit“ vorwerfen und uns lediglich an jenen Takt halten, der unser Millionenheer in den ungestümen Rhythmus weltgeschichtlichen Vorwärtsdrängens einfügt und den in seinem prachtvollen Arbeitermarsch Björnson verkündet:

Takt! Takt! Auf Takt habi acht!
Der ist mehr als halbe Macht.
Nahn im Takt wir einige Hundert,
ist da keiner der sich wundert;
nahu im Takt wir einige tausend,
wird sein Der schon mancher reden;
nahu im Takt wir hunderttausend —
ja, dies Dröhnen wird sie weden!

Karl Ludwig.

A. Wertheim

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Billige Lebensmittel

Frisches Fleisch

Rindfleisch
Schmorfleisch mit Knochen Pfund 90 Pf.
Schmorfleisch ohne Knochen Pfund 1.00
Brust m. Querrippe Pfund 70 Pf.
Kamm Pfund 75 Pf.

Kalbsteisch
Kamm u. Bug Pfund 75 Pf.
Brust Pfund 75 Pf.
Spitze 3-1 Pfund Pfund 95 Pf.
Keule im Ganzen Pfund 1.00
Keule gefüllt Pfund 1.05

Wurstwaren

Zerelat-u.Salamiw. Pfund 1.15
Schinkenwurst Pfund 1.25
Rollschinken, 6-8 Pfd. Pfund 1.45
Schinkenspeck in Stücken v. 1/2-1 Pfd. 1.10
Magerer Speck Pfund 85 Pf.
Fetter Speck Pfund 70 Pf.

Aus eigener Wurstfabrik

Bauernmettwurst Pfund 1.10
Jagdwurst Pfund 1.00
Pastetenleberwurst Pfund 1.05
Landleberwurst Pfund 85 Pf.
Rotwurst Pfund 45, 65 Pf.

Butter und Käse

Koch-, Backbutter Pfund 1.00, 1.10
Tischbutter Pfund 1.15 1/2-Pfd. 58 Pf.
Schmalz Pfund 60 Pf.
Limburger Käse Pfund 40 Pf.
Tilsiter Käse Pfund 68 Pf.
Ramadour Stück 20 Pf.
Harzer Käse Kiste 100 Stück 1.05

Geflügel

Junge Hühner 90 Pf. bis 1 35
Suppen-Hühner 2 10 bis 2 90
Brat-Hühner 2 10 u. 2 65

Fische

Kabeljau i. ganz. Fisch, o. Kopf, Pfd. 18 Pf.
Seelachs i. ganz. Fisch, o. Kopf, Pfd. 15 Pf.
Schellfisch in ganz. Fischen, Pfd. 15 Pf.
Limandes-Zungen Pfund 30 Pf.
Makrelen Stück 15 Pf.
Lachs in ganzen Fischen, Pfund 45 Pf.
Zander Pfund 60 Pf.
Lebende Aale Pfund 85 Pf. bis 1 50
Lebende Krebse Mdl. 45 Pf. bis 4 00
Solo-Krebse Stück 40, 50, 60 Pf.

Räucherwaren

Ahlbecker Flundern Pfd. 28, 40 Pf.
Schleibücklinge 3 St. 20 Pf., 2 St. 10 Pf.
Neue Matjes-Heringe 3 St. 20 Pf.

Obst und Gemüse

Erdbeeren Pfund 65 Pf.
Spargel Pfund 10 bis 55 Pf.
Werdersche Kirschen Pfd. 30 Pf.
Junge Karotten 3 Bund 10 Pf.
Kanarische Bananen Pfd. 28 Pf.
Stachelbeeren zum Schmoren 2 Pfund 25 Pf.
Blumenkohl Kopf 15 bis 30 Pf.
Kohlrabi Mandel 20 Pf.
Gurken Stück 10, 15, 20 Pf.
Salat 6 Köpfe 10 Pf.
Radieschen 6 Bund 10 Pf.
Grüne Bohnen Pfund 30 Pf.
Rhabarber 3 Bund 10 Pf.

Zentral-Verband der Zimmerer.

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

In der Zeit vom Sonntag, den 14., bis Donnerstag, den 18. Juni, tagen im Zahlstellengebiet

37 Bezirks-Versammlungen.

Tagesordnung:

1. Vortrag über: „Die Berliner Zimmererbewegung in den letzten 10 Jahren“. Referenten sind die Mitglieder des Vorstandes. 2. Bezirksangelegenheiten. (Alles Nähere über Ort und Zeit der Versammlungen, wird durch Flugblätter bekannt gemacht.) Wir erziehen die Mitglieder, in diesen Versammlungen Mann für Mann zu erscheinen!

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. Zimmerer

(Ersatzkasse.) Oertliche Verwaltung Berlin.

Freitag, den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom ersten Quartal. 2. Verschiedene Kassengeschäften.
Der Vorstand. Richard Schröder, Berlin O, Tilsiter Str. 7, v. IV.

Speise-Eis

Fabrikanten u. Händler die Reichels Eis-Aroma-Essenzen vorarbeiten, erhöhen ihren Absatz durch die vollendet feine Qualität. Sämtl. Sorten in Himbeer, Erdbeer, Ananas, Zitronen, Vanillegeschmack usw. und alle sonst zugehörigen Substanzen billigst. Erprobte Rezepte gratis. Otto Reichel, Berlin SO 43, Eisenbahnstr. 4

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85.

Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1967, 9714.

Sonntag, den 14. Juni 1914, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1:

Branchen-Versammlung der Emailleer Berlins u. Umgegend.

Tagesordnung:
1. Branchenangelegenheiten und Beratung von Anträgen. 2. Diskussionen und Verschiedenes. 119/19
Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Knaben-Waschanzüge

Hosen und Blusen Stoff u. Samtgarn-Anzüge außerordentlich billig direkt in der Fabrik Bertha Pröstel 50 Andrastr. 50, I. Etage. Rein Baden.

Abessinier Brunnen

zum Selbstkaufen für 3 m Tiefe schon von 12 Mark an. Goldpumpen, Garten- u. Druckpumpen usw. 5 Jahre Garantie. Müstlerstr. 10, Berlin N. Kohlenk & Co., Pumpenfabrik, Berlin N., Reinholdsdorfer Straße 95.

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden. Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage) Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berührung. Mäßige Preise. Sprechst. v. 8-8, Sonntags 9-11.

Maßschneiderei

eleg. Herrenmoden beste Stoffe, schick. Schnitt in Verarbeitung, na. Zutaten enorm billig. E. Sommermeier Schönhauser Allee 130. Tel. Norden 2105.

In Freien Stunden

Die Wochenchrift für Arbeiterfamilien. Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 12. Juni 1914.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Boigt-Theater. Das Mitternachtsmädchen.
Anfang 5 Uhr.
Vollgas-Theater. Rino-Parität. Potsdamer Naturtheater. All-Potsdam.
Anfang 7 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Siegfried. Kgl. Schauspielhaus. Der Ghm. Deutsches Opernhaus. Parsifal. Gines Rollendorf-Theater. Eine tolle Nacht.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Zum Hochfest der Jungfrau. Deutsches. Der Kaufmann von Venedig. Deutsches Künstler-Theater. Jeppe vom Berge. Sommerspiele. Wagners von Reith. Seltung. Das Märchen vom Wolf. Theater an der Weidendammer Brücke. Der müde Theodor. Schiller O. Klein-Opa. Schiller Charlottenburg. Krieg im Frieden. Berliner. Wie einst im Mai. Königsgräber Straße. Mr. Wu. Kleines. Jettchen Geberl. Thalia. Wenn der Frühling kommt. Moie. Das Rätsel: Weib. Montis Operetten. Was ich noch im Hängelbeide. Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Palast-Theater. Varieté und Lichtspiele. Berliner Prater-Theater. Stiegl.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Theater am Rollendorfsplatz. Der Juxbaron. Lustspielhaus. Die spanische Fliege. Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Die Scheidungs-Ehe. Zirkus Busch. Das Mirakel. Lusten. Der wilde gelbe Weib. Folies Caprice. Die Leibwächlerin. Die Amordragoner. Das Bett Napoleons. Ah - da stau' ich.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Maria Friedhammer. Residenz. Die verlorene Liebe. Admiralspalast. Im Tangoklub. Sternwarte. Invalidenstr. 57-59

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Klein-Eva. Sonnabend, abends 8 Uhr: Meyers. Sonntag, abends 8 Uhr: Im weißen Röhl.
Schiller-Theater Charlottenburg. Freitag, abends 8 Uhr: Krieg im Frieden. Sonnabend, abends 8 Uhr: Ueber unsere Kraft (I. Teil). Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Wilhelm Tell. Sonntag, abends 8 Uhr: Krieg im Frieden.
Theater in der Königsgräber Straße 8 Uhr: **Mr. Wu.**
Berliner Theater. 8 Uhr: **Wie einst im Mai.**
Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater. Anfang 8 1/2 Uhr. **Die Scheidungs-Ehe.**
Deutsches Künstlertheater Sozietät. Nürnberger Straße 70/71, am Zoo. Kasso: Nollendorf 1383. Freitag 8 Uhr: **Jeppe vom Berge.** Sonnabend, 8 Uhr: **Jeppe vom Berge.**
Theater am Nollendorfsplatz 5. 8 1/2 Uhr: **Der Juxbaron.**
Theater a. d. Weidendammerbrücke. Täglich abends 8 Uhr und Montag, den 15. Juni: **Zum 100. Male: Der müde Theodor.** Vorher Kastr. d. engl. Langhändlerin Miss Mac Keen in ihren Dreg-Längen. Sonntagnachm. u. abends: Dief. Borff.
Metropol-Theater. Abends 7 Uhr 55 präzis: **Die Reise um die Erde in 40 Tagen.**

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132. **Das Rätsel: Weib.** Anfang 8 Uhr. Morgen zum ersten Male: **Zwischen Himmel und Erde.** Auf der Varietébühne - Mund um die Ecke. Gr. Revue. Vorh: Konzert, Spezialit. Anf. 4 1/2 Uhr

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger. Zum Schluss: **Herr Direktor Kuhlcke** Urkom. Burleske von Rejfel. Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

LEIPZIG 1914



MAI-OCTOBER
Weltausstellung
für das **BUCHGEWERBE** und die **GRAPHISCHEN KÜNSTE**
Eigene Gebäude fremder Staaten **SONDER-AUSSTELLUNGEN**
Festliche Veranstaltungen **Grosser Vergnügungspark**

URANIA

Taubenstraße 48/49. 8 Uhr: **Zum Hochfest der Jungfrau.**
ZOOLOG ischer Garten. Täglich ab 5 Uhr: **Großes Militär-Doppel-Konzert.** Eintrittspreise: Zoo 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf. Aquar. 1 M. v. d. Str. 50 Pf. v. Zoo Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.
Neu! **AQUARIUM** 9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.
Folies Caprice. Täglich 8 1/2 Uhr. **Die Leibwächlerin. Die Amordragoner. Das Bett Napoleons. Ah - da stau' ich.**
Admiralspalast. Eis-Arena. Die Novität „Im Tangoklub“ und das effektvolle Eisballett „Die lustige Puppe“. Bis 6 Uhr und ab 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise. **Wein- und Bier-Abteilung.**
Passage-Panoptikum. Lebend! **Die letzten weiblichen Azteken!** Der unfesselbare Rappo, der König der Ausbrecher. Aga, die schwebende Jungfrau. Buddhas Geistertafel. Alles ohne Extra-Entree! Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Zirkus Busch.

Gastspiel des Deutschen Theaters. Direktion: Max Reinhardt. 68/19
Das Mirakel Anfang 8 1/2 Uhr. Nur noch 3 Vorstellungen.
WINTERGARTEN Neues Programm! **Radjah** in ihren Tänzen Johnson u. Dean Jeanette Donnerbet Regime- mit ihrem Sextett Ballon sowie 10 hervorragende Kunstkräfte Entreeplatz wochentags AL 0.80. - Rauchen gestattet! -
Voigt-Theater Badstraße 38. Heute, sowie täglich: **Das Mitternachtsmädchen** Gr. Ausstattung mit M. Gef. u. Tanz in 3 Akten u. Aufzügen von Spezialtänzen allerersten Ranges. Kaffeeöffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.
Für den Inhalt der Ziererei übernimmt die Redaktion keine Publizität gegenüber teurer Verantwortung.

Gewerkschaftliches.

Unternehmergelder für die Gelben.

Man nehme irgend ein Vorkörper der gelben Wertvereine zur Hand: Stets findet man, womöglich an mehreren Stellen, die mit größter Dreistigkeit aufgestellte Behauptung, die gelben Vereine seien vollkommen selbständige und unabhängige Vereine, bestehend aus Arbeitern, die sich ganz aus eigenem Antriebe, sozusagen einer besseren Einsicht folgend, von den Roten abgewandt haben, um unter gelber Flagge die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Solche Behauptungen kehren immer wieder, so oft den Gelben auch schon nachgewiesen ist, daß ihre ganze Bewegung ins Leben gerufen wurde von Unternehmern, daß sie ausgehalten wird mit dem Gelde der Unternehmer und daß sie schon allein aus diesem Grunde nicht Arbeiterinteressen vertreten kann, sondern Unternehmerinteressen vertreten muß.

Ein bezeichnendes Beispiel dafür, wie mit Unternehmergeldern die gelbe Bewegung gefördert wird, ist folgende Mitteilung:

In Magdeburg erscheint seit geraumer Zeit ein gelbes Blatt, die „Lageszeitung“, die sich offiziell als Organ der Wertvereine gibt und in bekannter Manier die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften bekämpft. Es war bekannt, daß das Blatt durch Zuschüsse aus Industriellenkreisen über Wasser gehalten wurde. Jetzt ist darüber näheres an die Öffentlichkeit gekommen. Vor einigen Monaten wurde das Blatt von der Druckerei „Lages“, in dem es hergestellt wurde, von einer neu gegründeten Gesellschaft übernommen, die sich „Saxonia-Druckerei Leister und Dreßow S. m. b. H.“ nennt. Ein ehemaliger Abteilungsvorsteher des Krupp-Grusonwerkes ist Geschäftsführer geworden. Das Gesellschaftskapital beträgt 100 000 M. Die Gesellschaft ist fast ausschließlich große industrielle Werke und zwar sind beteiligt: Friedrich Krupp-Grusonwerk mit 30 000 M., Eisenhüttenwerk Thale mit 20 000 M., Schäffer und Lubdenberg mit 15 000 M., A. Wolf mit 10 000 M., D. Schiering mit 10 000 M., Maschinenfabrik Borsum mit 5000 M., A. W. Alendörfer mit 4000 M., Wilhelm Judschewitz mit 3000 M., Gewerkschaft Durach-Beinhold mit 3000 M., Patronenfabrik Bolte mit 3000 M., Otto Gruson mit 2000 M., E. Untucht u. Co. mit 2000 M., E. H. Blume mit 1000 M. und — Kurt von Alten, Polizeipräsident von Magdeburg, mit 1000 M.

Also auch ein leidhafter Polizeipräsident steuert sein Scherlein zur Förderung des gelben Organs bei. Allerdings nimmt sich sein Geschäftsanteil neben den nach Zehntausenden zählenden Anteilen der großindustriellen Unternehmer recht bescheiden aus; aber man sieht doch die Liebe zur „guten Sache“, die um so höher zu bewerten ist, weil doch auf einen Gewinn aus dem gelben Unternehmen kaum gerechnet werden kann.

Berlin und Umgegend.

Kriegsbeschluss der Holzbildhauer.

In der gestrigen Versammlung der Holzbildhauer, die noch stärker besucht war als die früheren, sollte die Antwort der Unternehmer entgegengenommen werden. Aber, obwohl sie eine achtstündige Frist erhalten hatten, sich auf den weit entgegenkommenden Vorschlag der Arbeitnehmer zu äußern, teilten sie lediglich mit, sie werden erst am nächsten Montag zusammenkommen. Sie haben also eine klipp und klare Antwort vermieden. Anscheinend suchen sie die Sache nur hinauszuzögern. Damit war die Stellungnahme der Versammlung klar vorgezeichnet. Die Abstimmung ergab denn

auch eine erdrückende Mehrheit gegen nur 55 Stimmen für folgenden Beschluss:

In allen Betrieben, wo Holzbildhauer beschäftigt sind, sollen heute nochmals die Forderungen einer achtstündigen Arbeitszeit und einer sechsprozentigen Lohnerhöhung unbedingte werden. Wenn diese Forderungen nicht bis zum Abend bewilligt sind, wird die Arbeit am nächsten Morgen nicht wieder aufgenommen.

Achtung Holzarbeiter! In der „Berliner Volkszeitung“ sucht der Tischler Otto Haack, Berlin, Schönfelder Straße 22 wohnhaft, Arbeitskräfte für die Firma Liebe Raschl, in Bernau. Wir betreiben darauf, daß die bei der Firma Liebe Raschl in Bernau beschäftigten Holzarbeiter im Streit stehen, und daß diesbezügliche Arbeitsangebote abzulehnen sind.

Deutsches Reich.

Tarifbewegungen im Bädergewerbe.

Mit der Bäderinnung in Bad Reichenhall und Berchtesgaden wurde auf fünf Jahre die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch einen Tarif vereinbart, der innerhalb der Tarifdauer eine Lohnerhöhung von wöchentlich 2,50 M. vorsieht. Die Forderung des wöchentlichen Rubetages konnte nicht durchgeführt werden. An dessen Stelle wurden Ferien von 6 bis 9 Tagen vereinbart. Die Arbeitszeit wurde täglich um eine Stunde verkürzt und die darüber hinausgehende Arbeitszeit wird pro Stunde mit 60 Pf. bezahlt.

Mit den Bädermeistern in Penzberg wurde ebenfalls ein Tarif abgeschlossen, nach dem jeder Arbeiter eine wöchentliche Lohnerhöhung von 2 M. erhält. Die Ueberstunden werden mit 50 Pf. bezahlt, der Kostzwang im Hause des Meisters wurde beseitigt; die Gehilfen haben jede dritte Woche einen vollständigen Rubetag.

In Lohnbewegungen stehen noch die Bäder in Ludwigschafen, Rühlhausen i. Ch., Freiburg i. Br. und die Arbeiter in den Brotfabriken des Wuppertals. In den Brotfabriken bestand bereits ein Tarifvertrag. Nach der Stimmung, die im Lager der organisierten Brotfabrikanten herrscht, wird dort mit einem Kampfe gerechnet werden müssen. In Ludwigschafen und Rühlhausen haben die Innungen jede Unterhandlung mit der Organisation der Bäder abgelehnt. Dort wird zurzeit versucht, durch Einzelverträge die Forderungen der Arbeiter, die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges im Hause des Unternehmers, durchzusetzen. Teilerfolge sind jetzt schon zu verzeichnen.

Streifende Privatangestellte.

Seit dem 1. Mai haben die Musterzeichner des thüringischen Industriebezirks Streiz im Streit. Diese Angestellten leben unter ganz erbärmlichen Einkommensverhältnissen. Ein verheirateter Patronneur verdient etwa 27 M., wenn es hoch kommt 30 M. pro Woche; die „Schalter“ gehen aber herunter bis auf 20 und 22 M. wöchentlich! Die schließlich auch den Langmützigsten einmal die Geduld reißt, so haben auch die Streizer Musterzeichner den Mut gefunden, nach langen vergeblichen Verhandlungen den Streik zu erklären. Von 35 im Bezirk kommenden Berufsgenossen stehen seit dem 1. Mai 31 im Ausstand. Außer einer allgemeinen Gehaltsaufbesserung wird eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 54½ auf 50½ Stunden und die Gewährung bezahlter Ferien verlangt. Die betroffenen Unternehmer wenden natürlich alle möglichen Mittel an, um die kämpfenden Angestellten zu entmannen. Bisher haben sich die Zeichner jedoch sehr gut gehalten und sind auch gegenwärtig noch voll Zuversicht, jedoch durchaus mit der Möglichkeit eines Sieges gerechnet werden kann.

Zu einer ganz spontanen Arbeitsniederlegung kam es kürzlich bei der Heizungsfabrik von Liebold in Dresden. Der Bureauchef ließ es sich nicht nehmen, seine Lehrlinge zu verprügeln und die übrigen Angestellten mit den größten Schimpfwörtern zu traktieren. Als den Technikern für den Fall fernerer Widerständigkeit — den Ausgangspunkt der Differenzen bildet der Protest der Angestellten gegen eine willkürlich angeordnete Verschiebung der neunstündigen Arbeitszeit

— außerdem noch die sofortige Entlassung angedroht wurde, lehrten diese den Streik um und stellten, indem sie sich mit ihrer Entlassung einverstanden erklärten, geschlossen die Arbeit ein.

Ein dritter Fall wird aus Barmer-Langerfeld berichtet. Dort haben förmliche technische Angestellten der Firma Wilhelm Köllmann, S. m. b. H., wegen der unsozialen Arbeitsverhältnisse, die dort herrschen, solidarisch ihre Kündigung zum 1. Juli eingereicht. Die Angestellten beklagen sich über die zu lange Arbeitszeit, die regulär 9 Stunden beträgt, durch mangelhafte Organisation aber Wochenlang auf 10 Stunden verlängert wird, sowie über schäbische Wohnverhältnisse. Die zur Erzielung einer gütlichen Einigung eingeleiteten Verhandlungen, an denen sich auch der Gauleiter des Bundes der technisch-industriellen Beamten beteiligte, führten zu keinem Ergebnis, da die Firma es augenscheinlich darauf abgesehen hatte, die Entscheidung über den drohenden Kündigungsstermin hinauszuzögern. Dieses Mandat ist von den Technikern rechtzeitig durchgesetzt worden und sie haben deshalb einmütig ihre Kündigungen zum 1. Juli gekündigt. Der Betrieb ist selbstverständlich für alle technischen Angestellten geipert.

So treibt die Entwicklung auch die Privatangestellten dazu, den Kampf gegen den Kapitalismus mit immer schärferen Mitteln aufzunehmen. Wenn sie nicht vollständig unter dieäder kommen wollen, bleibt ihnen auch gar nichts anderes übrig.

Zur Politisch-Erklärung der Gewerkschaften. Am Dienstag fand auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft bei dem Bezirksleiter des Transportarbeiterverbandes Ernst Kruppe in Deutchen eine Haus-suchung statt. Es wurden dabei eine Menge Briefe und Bücher beschlagnahmt, im ganzen 115 Exemplare. Veranlaßt ist diese Maßregel durch das Bestreben der Polizeibehörde, den Ortsverein Nationalw. des Transportarbeiterverbandes für einen politischen Verein zu erklären.

Ausland.

Ausstand in der Naphthaindustrie.

Baku, 11. Juni. Gestern traten 5000 Arbeiter der Naphthaindustrie im Bezirk Balahang in den Streik. Sie fordern die achtstündige Arbeitszeit und das Recht, den 1. Mai zu feiern. Heute ist die Zahl der Ausständigen auf 10 000 angewachsen.

Die Berliner Gewerkschaften im Jahre 1913.

In Zeiten wirtschaftlicher Krise haben die Gewerkschaften immer Mitgliederverluste erlitten. Aber doch hat sich im Wandel der Zeiten die Lage manches geändert. In früheren Jahren brachte ein wirtschaftlicher Niedergang so erhebliche Mitgliederverluste, daß die Gegner der modernen Gewerkschaftsbewegung davon die überhöchsten Hoffnungen auf einen dauernden Rückgang der Gewerkschaften knüpften. Doch je mehr die Gewerkschaften erstarkten und sich innerlich festigten, desto mehr ließ auch der Mitgliederrückgang in den Krisenzeiten nach. Im vergangenen Jahre brachte eine sehr schwere Krise auf das gesamte Erwerbsleben und doch ging die Mitgliederzahl der Gewerkschaften nur unbedeutend zurück. So, man kann sagen, sie ist fast stabil geblieben. Ein gutes Zeichen für die innere Festigkeit der Gewerkschaften.

Der soeben erschienene Jahresbericht der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend gibt ein Bild von der Berliner Gewerkschaftsbewegung, welches dem vorstehend Besagten entspricht. Wir entnehmen dem sehr ausführlichen Bericht die folgenden Angaben:

In der Gewerkschaftskommission sind 47 von den der Centralkommission angeschlossenen Zentralverbänden vertreten. Diese hatten am Schluß des Berichtsjahres

302 052 Mitglieder.

Da das Vorjahr mit einem Mitgliederbestand von 311 006 abschloß, so ist die Zahl im Jahre 1913 um 9844 zurückgegangen. Das bedeutet einen Mitgliederverlust von 3,12 Proz., was im Hinblick auf die wirtschaftliche Krise keineswegs erheblich ist. Der Verlust

Kleines Feuilleton.

Die Presse läßt sich füttern! Die Hamburg-Amerika-Linie hat kürzlich circa 150 Vertreter der deutschen Presse, zum Teil mit ihren Frauen, zur Teilnahme an der ersten Reise des neuen Dampfers „Vaterland“ eingeladen. Es wurde kostenfrei geboten: freie Fahrt bis Southampton und zurück, eine glänzende Bewirtung, Bordfeste usw. Alles unter der stillschweigenden Voraussetzung, daß für die Hopag eine gehörige Reklame herauskomme. Nun, das ist nichts Besonderes, das ist vielmehr an der Tagesordnung. Soweit wir wissen, nimmt einzig die sozialdemokratische Presse an solchen Veranstaltungen nicht teil, und wie läßt sich mancher Vertreter der höchsten Grobmodi, die doch wohl auch Würde wenigstens zu markieren haben sollte, bei solchen Anlässen auf! Dem „Zeitungsvorlag“, dem offiziellen Organ der deutschen Zeitungverleger, wird über diese Englandsfahrt berichtet:

Die Szenen, die man hier beobachten konnte, waren geradezu beschämend! Im Hig-Carlton-Restaurant hatten gewisse „Pressevertreter“ ihr Tag- und Nachtquartier aufgeschlagen. Liehen dort den Gratistfest (natürlich die teuerste Marke) buchstäblich „in Strömen fließen“, aßen (ebenfalls buchstäblich) Kabbar mit Löffeln, stopften die Taschen mit Importen und was ähnliche Neuheiten „guter Lebensart“ mehr waren! Man mußte sich vor den Ausländern an Bord schämen. Bei denen natürlich diese Aufführung deutscher „kommandierender Generale“ nicht unbeachtet blieb! Die Vorfälle waren derart skandalös, daß bereits der Landesverband Hamburg des „Reichsverbandes der deutschen Presse“ sich damit befaßt hat.

Eine Korrespondenz bemerkt dazu: Durch die in dem vorstehenden Berichte geschilderte Ausnutzung der ohnehin nicht ganz unbedenklichen Gastfreundschaft hat die ganze Einladung einen Tringeldcharakter bekommen. Für die Hopag bedeutete die Bewirtung der Pressevertreter zweifellos nichts weiter als eine reine Reklameangelegenheit. Nimmt man an, daß sie bei 150 Teilnehmern pro Kopf 200 Mark Unkosten (noch gerechnet) gehabt habe, so ergibt sich ein Aufwand von 30 000 Mark. Dem stehen ungezählte Feuilletons, Berichte und so weiter über die „Pressefahrt“ gegenüber, deren Reklamewirkung auf dem Wege des Inferats auch für einige Hunderttausend Mark schwerlich zu erzielen ist. Es ist zu befürchten, daß die Einladung der Hopag nachahmung findet. In der dritten Deffentlichkeit kann dann sehr leicht eine falsche Auffassung von der Stellung der Presse zu den großkapitalistischen Unternehmungen Platz greifen.

Für den Teil der Presse, die noch auf Selbstachtung und Unabhängigkeit hält, gibt es natürlich nur eine Verhaltensmaßregel: sich nicht bewirtet lassen und keine Reklameartikel bringen.

Schule und Art. Vom ersten April vorigen Jahres an ist der Schularzt für alle Schulen in Württemberg obligatorisch geworden. Der Deutsche Verein für Schulgesundheitspflege beschäftigte sich auf einer Tagung, die in Stuttgart stattfand, mit den bisher gesammelten Erfahrungen. Dabei wurde unter anderem ausgeführt, daß gesundheitliche Unterschiede zwischen den einzelnen Schulsystemen sich nirgends ergeben hätten. Nur in Stuttgart habe

der Stadtkopf durch Messungen und Wägungen nachgewiesen, daß die Schüler der Volksschulen durchschnittlich um 1—2 Proz. kleiner und leichter seien als die gleichaltrigen Schüler der Mittel- und Bürgerschulen, und daß diese wiederum um ebenso viel hinter den Schülern der höheren Schulen zurückblieben. Die Einführung der Stützgerate Messungen und Wägungen wurde daraufhin auch für das übrige Land beschlossen.

Es müssen recht unbefangene Herren gewesen sein, die in Stuttgart befragt waren. Nachdem ein schwedischer Arzt mit den hier genannten Messungen und Wägungen den Anfang gemacht hatte, wird sie in fast allen Kulturländern vorgenommen werden und überall mit dem Stützgerate Resultat, das die Herren in Stammen verkehrt zu haben scheint. Auch in einer Reihe von deutschen Städten ist man durchaus zu den gleichen Ergebnissen gelangt. So entsehrlich es auch klingt: die Klassenlage macht sich bereits vor der Geburt geltend. Die Armut rächt sich am Kind im Mutterleibe.

Gehirngröße und Intelligenz. Seitdem es Untersuchungen über Größe und Gewicht des menschlichen Gehirns gibt (seit etwa 1835), wurden allerlei Hypothesen über Beziehungen zwischen Gehirngröße und Intelligenz aufgestellt. Vor allem glaubte man, daß die Größe des Gehirns maßgebend sei für seine Leistungsfähigkeit. Man stellte nun den Menschen an die Spitze aller Säugetiere (heute wissen wir, daß einige kleinere Säugetiere relativ, d. h. im Verhältnis zum Körpergewicht, mehr Gehirn haben). Vor allem rangierte der Europäer vor allen anderen Rassen, die weniger Gehirn haben sollen, und der Mann vor der Frau, deren durchschnittliches Gehirngewicht hinter dem des Mannes zurücksteht. Hervorragend begabte Menschen sollten das größte Gehirngewicht aufweisen und dergleichen mehr. (Zusätzlich kommt das höchste festgestellte Gehirngewicht einem Münchener Handarbeiter zu!)

Alle diese Schlussfolgerungen waren übereilt, und vorsichtige Kritiker haben denn auch von vornherein vor Ueberhöhung dieser Zahlen gewarnt. Solange wir über die Bedeutung der einzelnen Gehirnteile nicht besser unterrichtet sind, solange das Wesen der Vegetation (und dazu der Einfluß des Milieus) nicht umfassender erkannt ist, vor allem solange nicht viel mehr exaktes Beobachtungsmaterial über die ganze Frage vorliegt, ist keine tiefere Einsicht in die hier vorliegenden Zusammenhänge möglich. Die „anderen“ Rassen und vor allem die Frauen können also inzwischen guten Mutes sein und Leute mit kleinem Schädel brauchen nicht zu bezweifeln. Beim Gehirn wird es wie bei vielen anderen wichtigen Dingen mehr auf die Qualität als auf die Quantität ankommen. Dr. Rudolph, der eine Preisaufgabe der Leipziger medizinischen Fakultät über „Gehirnvolumen, Gehirngewicht und Schädelkapazität“ gelöst hat, sagt denn auch (in der „Anschauung“) das Ergebnis der bisherigen Untersuchungen dahin zusammen:

„Normale Gehirne von beträchtlicher Gewichtsvielfalt sind in gleicher Weise zu durchschnittlichen oder außergewöhnlichen Leistungen fähig. Es ist daher falsch, das etwas kleinere weibliche Gehirn für geringwertig gegenüber dem männlichen Hirn zu halten. Wie der weibliche Körper überhaupt zarter organisiert ist als der männliche, so mag vielleicht die geringere Gehirngröße durch eine besondere Feinheit der markhaltigen Fasern in der Hirnhäutung bedingt sein.“

Humor und Satire.

Die Aera der Beleidigungen. Die Herrn vom grünen Tisch erreichen, Wozu das Schicksal sie bestimmt?

Daß sie durchaus der Tante gleichen, Die auf dem Sofa abelnimmt!

Zwar ist es großlich ungezogen Und schlechterdings nicht zu verstehen, Daß Dichter, Schreiber, Demagogen Die Welt so durchaus boshaft sehen.

Mit Schmerzen muß man auch bekennen, Daß die Natur ein Vorbild gibt, Indem zum Beispiel seine Heunen Der Hahn ganz ohne Bekümmern liebt!

Doch ziemt es sich wohl den Subjekten, Daß ganz respektlos sich ihr Hohn Bergreißt an Polizeipräsidenten, Ministern, Staat und Religion?

Ist das noch die von Gott entstammte Weltordnung — (wie die Faust mir juchzt!), Wenn selbst das Lama auf Beamte Genau so, wie auf Bengels spuckt!?

Kurzum die Sache ist sehr brenzlich! Und dieses Faktum macht mir schmil: Soweit die Welt nicht preußisch gänzlich, Berleht sie stets das Ehrgefühl!

Anag.

Notizen.

— **Medizin und Reklameheilmittel.** Die von der Berliner Medizinischen Gesellschaft unternommene Diskussion, die sich mit Friedmanns neuem Tuberkuloseheilmittel befaßte, wurde am Mittwoch beendet. Die Ablehnung des Mittels war eine allgemeine. Prof. Lydia Rubinowitsch wandte sich gegen die Reklame, die mit Ehrlichts Namen mißbräuchlich für das Mittel gemacht wurde, und verlangte, daß zukünftig rechtzeitig von den maßgebenden Stellen vor der Anwendung reklamehaft angepriesener Heilmittel gewarnt werde, wenn die amtliche Prüfung die Gefährlichkeit des Mittels ergeben hat.

— **Bürgerliche Kultur.** Ein früherer Dorfmunder Buchhändler schilbert die Dorfunder Bürger als Wücheltäuler als in werden in Dortmund spottwönig gute Bücher gekauft; ein billige billige Romanbare und ein billigen attueler Brochürentram, das ist alles! In manchen vornehmen und reichen Kreisen sieht es mit dem Bibliothekstram sehr traurig aus: Eine kleine Kinderbibliothek mit ein paar zerfetzten Heften und einigen Bänden Goethe, Schiller, und Lessing, das ist alles! Aber man hat ein eigenes Billard und ein eigenes Auto und ist im Sommer auf den Bergen. Schlimm ist auch, daß die paar Bücher, die noch gekauft werden, auf langen Quoy genommen werden, so daß dem armen Buchhändler fast die Lust ausgeht. Im Gegensatz zu diesen Kreisen laufen die Arbeiter zum Teil fleißig billige und gute Bücher, soweit es ihre Mittel erlauben.

— **Was der britische Löwe nicht tun wird.** Eine löbliche Redeblüte, die sich ein Redner in englischen Unterhaus im Feuer der Begeisterung leistete, wird in einer Londoner Wochenchrift wiedergegeben: „Der britische Löwe, mag er nun in den Wästen Indiens brüllen oder in den Wäldern Kanadas klettern, er wird nicht seine Hörner einzulegen und sich in seinem Gehäufe verkrüppeln.“

betrifft 27 Verwaltungstellen. Bei drei Gewerkschaften, den Schuhmachern, Schuhmachern und Schiffszimmerern, ist die Mitgliederzahl gegen das Vorjahr unverändert geblieben. In 17 Gewerkschaften ist noch eine Zunahme von 5120 Mitgliedern zu verzeichnen. Da die 27 Verwaltungstellen einen Verlust von insgesamt 15 064 Mitgliedern haben, so beträgt, unter Berücksichtigung der erwähnten Zunahme der tatsächliche Verlust 9644 Mitglieder.

In den einzelnen Gruppen, männliche, weibliche und jugendliche, ist das Verhältnis wiederum sehr verschieden. In der absoluten Ziffer nahmen am meisten die männlichen Mitglieder ab, nämlich um 8854 oder 2,83 Proz. In Prozenten ausgedrückt ist mit 19,5 Prozent eine Zunahme bei den Jugendlichen zu verzeichnen; die Zahl derselben stieg von 3847 auf 4746 Mitglieder. Bei den weiblichen Mitgliedern erfolgte eine Abnahme von 29 986 auf 28 105 Mitglieder, absolute Abnahme 1781 oder 5,97 Proz.

Wie bereits in früheren Jahren ist auch im Berichtsjahre wiederum eine Abnahme der Mitglieder im Baugewerbe und den damit verbundenen Gruppen zu verzeichnen; ein Zeichen, daß die seit Jahren eingetretene Krise besonders in diesen Gruppen mit unermindelter Schärfe anhält. In den größeren Organisationen des Baugewerbes beträgt der Rückgang 8-15 Proz., während er in den kleineren Organisationen der kleineren Baugewerbe erheblich höher ist. In der Metallindustrie ist der Rückgang als sehr gering zu bezeichnen; er beträgt bei den Kupferhämmerern 3 Proz., bei dem Metallarbeiterverband 3,3 Proz. In der Textil- und Bekleidungsindustrie sind die Prozentziffern des Rückganges ein klein wenig höher; die Ziffer beträgt bei den Textilarbeitern 9,3, Kürschnern 15, Schneidern und Wäscheherren 7,9, Tapezierern 5,8 Prozent.

Mit Ausnahme des Verbandes der Buchbinder, der einen Verlust von 420 Mitgliedern oder 4,8 Proz. aufzuweisen hat, ist in den übrigen graphischen Branchen eine Zunahme zu verzeichnen. Sie beträgt bei den Lithographen 325 (8,7 Proz.), bei den Buchdruckerhilfsarbeitern 432 (8,3 Proz.) und bei den Buchdruckern 212 (1,7 Proz.). — Die Fleischer erhöhten ihren Mitgliederbestand um 166 oder 9 Proz., die Tabakarbeiter um 224 oder 14,9 Proz. Die Maschinisten und Heizer erreichten mit 831 Mitgliederzunahme oder 30,7 Proz. den Höhepunkt. In absoluter Ziffer nimmt bei der Zunahme der Transportarbeiterverband die erste Stelle ein, der seine Mitgliederzahl um 1833 oder 3,4 Proz. steigern konnte.

Die Mitgliederzahlen der zehn größten Gewerkschaften sind folgende:

	Mitglieder	im Prozentatz zur Gesamtzahl
Metallearbeiter	88 729	29,37
Transportarbeiter	52 985	17,55
Holzarbeiter	27 973	9,26
Banarbeiter	12 874	4,26
Buchdrucker	12 299	4,06
Schneider	10 554	3,50
Gemeindearbeiter	9 805	3,25
Fabrikarbeiter	9 087	2,99
Buchbinder	8 610	2,85
Bäder	5 806	1,75
Summa	288 123	78,84

Der Situation des Berichtsjahres entsprechend ist auch die Verarbeit für die Gewerkschaften

gewesen. Es wurden 1913 neu aufgenommen 73 412 Personen, gegen das Vorjahr weniger 36 516 oder 34 Proz. Von den Aufgenommenen waren 56 156 männliche, 14 456 weibliche und 2770 jugendliche Personen.

Durch die weniger erfolgten Neuaufnahmen ist auch die Situation, dieses alte Uebel auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung, nach einer günstigen Seite hin beeinflusst worden. Im Berichtsjahr 1912 betrug die Durchschnittsziffer der Aufgenommenen 85 Proz. Im Jahre 1913 ist diese Ziffer auf 24,3 gesunken.

Natürlich ist das Prozentverhältnis bei den einzelnen Organisationen sehr verschieden. Während einige den Durchschnitt sehr erheblich übersteigen, bleiben andere weit unter demselben.

Finanzielle Leistungen.

Die Gesamteinnahmen der Berliner Gewerkschaften betragen 18 539 917 M., gegen das Jahr 1912 ein Mehr von 1 833 821 M. oder 8 Proz. Der genannten Einnahme steht eine Gesamtausgabe von 12 313 613 M. gegenüber. Gegen das Vorjahr sind 1 296 645 M. oder 10,5 Proz. mehr ausgegeben worden. Die Mehrausgaben verteilen sich, mit Ausnahme der Streikunterstützung und Gewährung von Rechtschutz, auf alle übrigen Ausgabenposten. Es wurden ausgegeben für

Ausgabe	Gegen das Vorjahr	In
		Proz.
Streikunterstützung	1 118 802 weniger	77 312 6,9
Wohlfahrtsunterstützung	198 975 mehr	45 829 23,0
Reiseunterstützung	71 744	10 183 14,3
Arbeitslosenunterstützung	3 468 979	1 045 024 29,8
Rechtsanwaltsunterstützung	2 004 135	208 096 13,1
Sterbegeld	163 817	7 044 4,3
Invalidenunterstützung	188 172	18 594 9,8
Rechtschutz	49 584 weniger	11 816 10,3
Besondere Unterstützungen	271 008 mehr	50 263 18,5

Es verblieb am Jahreschluss den Berliner Gewerkschaften ein Kassenbestand von 4 226 304 M., gegen 4 146 387 M. am Schluss des Vorjahres oder mehr 1,98 Proz.

Unter den Ausgaben für Unterstützungen interessiert an erster Stelle, wegen ihrer sozialpolitischen Bedeutung, die Ausgabe an Arbeitslosenunterstützung.

Nur acht Gewerkschaften, die Bauarbeiter, Dachbeder, Hausangestellten, Landarbeiter, Raser, Russler, Rotenmacher und Schneider und Wäscheherren, haben im Berichtsjahre keine Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt allein 52,8 Proz. von der Gesamtsumme für Unterstützungs Zwecke. Das Berichtsjahr 1913 hat enorm hohe Ausgaben bei einzelnen Gewerkschaften notwendig gemacht. Bei den Metall- und Holzarbeitern stiegen die Ausgaben von 661 140 bzw. 515 266 M. des Vorjahres auf 870 198 bzw. 1 118 613 M. im Berichtsjahre. Bei den Holzarbeitern betrug die Erhöhung mit 354 632 M. 40,8, bei den Metallarbeitern mit 527 473 M. 40,4 Proz. Die Verbände der Buchbinder, Buchdrucker, Fleischer, Glaser, Lederarbeiter (Verwaltungsstelle 11), Lithographen und Töpfer zahlten im Berichtsjahre weniger an Arbeitslosenunterstützung wie im Vorjahre. Bei den Glasern und Töpfern ist der sehr erhebliche Mitgliederrückgang die Ursache, im graphischen Gewerbe ist die Aussteuerung vieler Mitglieder und die noch nicht wieder eingetretene Bezugsberechtigung die Ursache der Minderung der Ausgaben.

Eine Reihe von Gewerkschaften, auch solche von geringerer Mitgliederzahl, haben Prozentual ihrer Einnahmen und Ausgaben außerordentlich hohe Aufwendungen für Unterstützungen ihrer Arbeitslosen machen müssen.

Es betrug die Ausgabe bei den

	In Proz. der Gesamteinnahme	Gesamtausgabe
Metallearbeitern	1 118 613	22,0 31,0
Holzarbeitern	870 198	44,8 54,8
Buchdruckern	497 620	22,0 40,8
Transportarbeitern	259 977	29,0 20,0
Zimmerern	87 413	41,0 47,5
Buchbindern	70 406	18,6 27,0
Lithographen	40 194	20,8 20,8
Sattlern	38 410	17,5 30,9
Bädern	37 805	14,9 15,6
Glasarbeitern I	8 318	55,4 55,4
Hutmachern	15 525	44,4 45,6
Lederarbeiter I	7 873	34,0 37,3
Vorgelegearbeitern	4 953	27,8 35,3
Tabakarbeitern	8 496	31,1 38,6

Alle übrigen nicht besonders aufgeführten Gewerkschaften, die Arbeitslosenunterstützung zahlen, kommen mit ihrem Anteil unter 30 Proz. der von ihnen gemachten Gesamtausgabe. Die vorgeführten Zahlen führen den Beweis, wie auf dem Gebiete der Selbsthilfe die Gewerkschaften Aufgaben erfüllen, die eigentlich den Gemeinden, dem Staat und dem Reich obliegen.

Lohnbewegungen.

In ganzen fanden 71 Angriffstreiks, 72 Abwehrtreiks, 18 Aussperrungen und 260 Lohnbewegungen ohne Streiks statt, die sich auf insgesamt 4643 Betriebe mit 64 285 Beschäftigten verteilen. Unter diesen Beschäftigten waren 11 002 weibliche Personen.

An den Angriffstreiks waren 6075 Personen beteiligt, darunter 867 weibliche; bei den Abwehrtreiks 5104, darunter 286 weibliche. Unter den 18 Aussperrungen nimmt die der Raser als Folge der im Berichtsjahre bestandenen Tarifstreitigkeiten mit 2914 Beteiligten die erste Stelle ein. Insgesamt waren an den Aussperrungen beteiligt 4524 Personen, darunter befanden sich 368 weibliche. Die größte Zahl von Beteiligten weisen die Lohnbewegungen ohne Streik auf, nämlich 47 682, wovon unter sich 9503 weibliche Personen befanden.

Die Resultate aller Lohnbewegungen sind diese: bei den Angriffstreiks waren 51 erfolgreich, 26 teilweise erfolgreich, 20 ohne Erfolg; bei den Abwehrtreiks 64 erfolgreich, 25 teilweise erfolgreich, 30 ohne Erfolg, in einem Fall blieb das Resultat unbelannt.

Der Ausgang der Aussperrungen war in 7 Fällen von Erfolg begleitet, in 4 mit teilweisem Erfolge, in 6 ohne Erfolg. Am Jahreschluss waren nicht erledigt drei Angriffstreiks, ein Abwehrtreik und eine Aussperrung.

Die Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung ergaben dieses Resultat: erfolgreich 223 Fälle, erfolglos 7 und teilweise erfolgreich 38.

Betrachtet man das Gesamtbild des Geschäftsjahres, so ergibt sich, daß die Berliner Gewerkschaften große Summen aufgewandt haben, um durch Unterstützungen die durch die wirtschaftliche Krise verursachte Not zu lindern, daß aber auch trotz der Unkenntnis der Verhältnisse nicht versäumt wurde, wo es not tat für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen oder geplante Verschlechterungen abzuwehren. Daß es den Gewerkschaften möglich war, in schwerer Zeit ihren Mitgliederbestand ziemlich stabil zu erhalten, das zeugt für die innere Festigkeit der Gewerkschaftsbewegung und beruht auf der Erwartung, daß sie auch in Zukunft allen Stürmen trotzen wird.

Das Arbeiterssekretariat Berlin

hat, wie gewöhnlich, seinen Jahresbericht dem der Gewerkschaftskommission angelegt. Auch das Arbeiterssekretariat hat im verflochtenen Jahre eine gegen das Vorjahr vermehrte, sehr nützliche Tätigkeit im Interesse der arbeitenden Arbeiter entfaltet. Das Sekretariat wurde im Jahre 1913 von 26 029 (25 506 im Vorjahr) und 588 selbständigen Personen bzw. Gewerbetreibenden, Behörden und Vereinen, insgesamt von 26 615 Ratshenden aufgeführt; an diese wurde in 32 068 Fällen Auskunft erteilt. Von den Auskunftsuchenden gehörten 25 324 dem männlichen und 1188 dem weiblichen Geschlecht an. 25 536 waren Mitglieder gewerkschaftlicher Verbände.

Insgesamt wurden 8491 Schriftsätze (5663) angefertigt, davon entfielen auf die Arbeiterversicherung 5104, auf den Arbeits- und Dienstvertrag 265, auf Bürgerliches Recht 391, auf Strafrecht 86, auf Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 429, auf die Privatangelegenheitenversicherung 21 und auf sonstige Sachen 2155. — Von den Auskünften entfielen auf die Arbeiterversicherung 25 269 oder 78,64 Proz. aller Auskünfte, hieron entfielen auf die Unfallversicherung 15 864 oder 61,21 Proz., auf die Krankenversicherung 2966 oder 11,70 Proz., auf die Invalidenversicherung 8317 oder 25 Proz. Die Unfallversicherung steht mit der Zahl der Auskünfte an erster Stelle. — Die persönliche Betreuung erfolgte in 475 Fällen mit 611 Terminen. Davon entfielen vor dem Oberversicherungsamt 76, vor dem Reichsversicherungsamt 338, vor den Amtsgerichten 39 und vor den Versicherungsämtern 18 Fälle.

Der Ausgang des Rechtsstreites wurde dem Sekretariat in 772 Fällen bekannt. Das Ergebnis war folgendes: 619 Fälle waren für die Arbeiter bzw. Arbeiterinnen erfolgreich und 152 Fälle erfolglos. Den erfolglosen Fällen sind die am Jahreschluss noch nicht erledigten Fälle (49) zugezählt. Von den mit Erfolg vertretenen Rechtsfällen entfielen auf die Unfallversicherung 471, auf die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung 91, auf die Kranken- und Anwartschaftsversicherung 47, auf den Arbeits- und Dienstvertrag 7 und auf Schadenersatz 18 Fälle.

Verbandstag der Transportarbeiter.

Berlin, 10. Juni.

Dritter Verhandlungstag.

Die Diskussion über den Schiedsgerichtlichen Sachverhalt der Bierfahrer war sehr lebhaft und ausgedehnt. Alle Redner verurteilten den Schiedsgerichtlichen Sachverhalt der Bierfahrer als sehr ungünstig für die Arbeiter. Für die Anerkennung des Schiedsgerichts erklärte sich nur ein Redner, die übrigen wollen ihn strikte ablehnen oder den Gewerkschaftskongress zur Entscheidung anrufen. Die hierzu vorliegenden Anträge wurden der Redaktionskommission überwiesen. Diese unterbreitete später dem Verbandstag folgende

Erklärung:

Die zum 9. Verbandstage erschienenen Delegierten haben mit Befremden und Bedauern Kenntnis genommen von der am 9. April 1914 in Berlin getroffenen Entscheidung des Schiedsgerichts in Sachen der Grenzstreitigkeiten der Transportarbeiterverbände mit dem Brauerei- und Mühlenarbeiterverbande.

Zweck dieser schiedsgerichtlichen Verhandlung und Entscheidung sollte es sein, die vom Brauerei- und Mühlenarbeiterverband seit Jahren, allen gewerkschaftlichen und beruflich organisatorischen Grundfragen zum Trotz, provozierten Grenzstreitigkeiten zu schlichten und eine der Grenzstreitigkeitenresolution des Hamburger Gewerkschafts-Kongresses von 1908 lokale Rechnung tragende Abgrenzung des beiderseitigen Organisationsgebietes in den Brauereien, Biermüllereien, Kellereien und Mineralwasserbetrieben vorzunehmen.

In dieser Erwartung durfte der Verbandsvorstand sich dem schiedsgerichtlichen Verfahren unterwerfen.

Das Schiedsgericht hat aber eine völlig unbegründete, in der Sache verfehlte und die in der Hamburger Resolution aufgestellten organisatorischen Rechtsgrundsätze missachtende Entscheidung gefällt, die praktisch undurchführbar und in ihren Konsequenzen unhaltbar ist, da sie sich sowohl gegen die Verfassungen als auch gegen die Betriebsorganisation wendet und die Frage der Industriearbeiternorganisation löst.

Die weder durch die bestehenden Verträge, noch Verfassungen bedingte Entscheidung des Schiedsgerichts muß deshalb als eine sich ausschließlich gegen den Deutschen Transportarbeiterverband richtende Verlegenheitsentscheidung bezeichnet werden, die um so bedenklicher ist, als gegen diese Entscheidung jede Einspruchsmöglichkeit genommen sein soll.

Dieses den Parteien gegenüber unbegründete gebliebene Urteil geht von den organisatorischen Grundfragen aus, die bisher noch keine Geltung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung hatten. Deshalb trägt es nicht nur das Merkmal einer Vergewaltigung unseres Verbandes, sondern auch der umstrittenen Verbandsmittel.

Die Delegierten richten an den im Jahre 1914 in München tagenden Gewerkschafts-Kongress die Aufforderung, zu erklären, ob die von Gewerkschafts-Kongressen aufgestellten organisatorischen Grundgrundsätze auch für schiedsgerichtliche Entscheidungen dieser Art maßgebend und bindend sind.

Ferner halten es die Delegierten für absolut erforderlich, daß für derartige schiedsgerichtliche Entscheidungen ein Berufungsverfahren geschaffen wird.

Der Berichterstatter der Kommission, Paul Müller (Berlin), begründete diese Erklärung in scharf pointierter, längerer Rede gegen Legien. Unser Kritik, sagte Müller, ist eine absolute Notwendigkeit. Wir greifen nicht die Schiedsrichter an, sondern den Schiedspruch, den wir als ein Konstrukt bezeichnen müssen. Der Schiedspruch ist sachlich verfehlt, rechtlich unhaltbar und in seinen Konsequenzen ungeheuer! (Lebhaft Zustimmung.) Er würde nicht den Frieden, sondern neue Zwistigkeiten bringen. Auch wir haben den Streit satt, wünschen den Frieden, aber nicht den Frieden um jeden Preis. (Sehr richtig!) Der Schiedspruch zertrümmert die Berufsorganisation, er schafft und gegenüber ein Ausnahmefach, das durch nichts begründet ist. Er ist eine Rechtsbeugung, verfehlt gegen den Beschluß des Hamburger Gewerkschafts-Kongresses. Wir verlangen, daß gegen derartige Schiedsprüche ein Berufungsrecht besteht. Der Gewerkschafts-Kongress muß eine Nachprüfung des Schiedspruches ermöglichen. (Stürmischer Beifall.)

Der Vertreter der Generalkommission, Legien, erwiderte darauf: Nehmen Sie diese Erklärung an, dann wird wahrscheinlich auf dem Gewerkschafts-Kongress eine Differenz zwischen allen Gewerkschaftsorganisationen und dem Transportarbeiterverband entstehen. Doch der Schiedspruch von den Brauereien vorzeitig veröffentlicht wurde, finde ich auch als ungeschicklich. Nach den Ausführungen Müllers wundere ich mich nicht mehr, daß die Differenzen mit den Brauereien solche Schärfe erhielten. Das Entscheidende in dieser Sache ist: Zum ersten Male sind wir in der Gewerkschaftsbewegung dazu gekommen, und eine Instanz einzusetzen, die in einem streitigen Falle eine Entscheidung fällt. Und in diesem ersten Falle kommt die eine Partei und sagt, diese Entscheidung gilt für uns nicht. Es dreht sich nicht um den Inhalt des Schiedspruches, nicht um die Verletzung irgendwelcher Grundsätze, sondern daß die Entscheidung der Instanz, die wir selbst eingesetzt haben, anerkannt. Sind Sie sich nicht bewußt, daß, wenn Sie dies nicht tun, Sie sich damit in Gegensatz zu allen anderen Organisationen stellen? Von einer Revisionssinstanz ist bei Einsetzung der Schiedsgerichte nicht die Rede gewesen. Dann brauchen wir doch keine Schiedsgerichte. Deren Entscheidung muß endgültig sein. Sie nehmen uns mit dieser Erklärung die Möglichkeit, weitere Grenzstreitigkeiten durch die Schiedsgerichte zu erledigen. Wollen Sie die Verantwortung dafür auf sich nehmen? Ich kann Sie an der Ablehnung des Spruches nicht hindern, muß aber auf die Konsequenzen aufmerksam machen, die daraus entstehen.

Legien ging nun auf die Erklärung näher ein, deren scharfe Redewendungen er bedauert. Ich muß Sie, sagte dann der Redner, auf die Tragweite dieser Redewendungen aufmerksam machen. Ich würde es auf das Liebhafteste bedauern, wenn Sie die Erklärung so annehmen würden. Müller nimmt eine eventuelle Trennung von der Gesamtorganisation unserer Gewerkschaften sehr leicht. (Müller: Nein, sehr ernst!) Wenn er diese ernst nehmen würde, dann hätte er den Verbandstag vor Annahme einer solchen Erklärung warnen müssen. Ich bin überzeugt, der Gewerkschafts-Kongress wird davon festhalten, daß, wenn zwei Organisationen sich über die Einsetzung eines Schiedsgerichts verständigen, sie sich nach der Entscheidung dieses Gerichts richten müssen. Dann stehen Sie aber außerhalb des Rahmens unserer Organisationen, falls Sie es nicht vorsehen, nachträglich noch den Schiedspruch anzuerkennen. Überlegen Sie Ihren Beschluß wohl: ob Sie wirklich den ersten Schiedspruch dekonstruieren, ob Sie diese Erklärung dem Gewerkschafts-Kongress unterbreiten wollen.

Im Schlusswort bei Döring um Annahme der Erklärung. Verbandsvorsitzender Schumann erklärte vor der Abstimmung, daß Müller bis jetzt mit den Differenzen mit den Brauereien nichts zu tun hatte. Legien habe gemeint, durch diese Erklärung sei zum Ausdruck gebracht, daß damit der Schiedspruch abgelehnt sein solle. Dieser Meinung müsse er entgegenreten. Der Absatz 3 der Erklärung sage, daß der Verbandstag die Handlungsweise des Vorstandes (der die Entscheidung des Schiedsgerichts als bindend anerkannt) funktionierte. Der Gewerkschafts-Kongress solle nur zum Ausdruck bringen, ob Grundsätze, die von Gewerkschafts-Kongressen aufgestellt sind, durch Schiedsgerichte über den Haufen geworfen werden können.

Die Erklärung wurde hierauf einstimmig angenommen.

Ueber die gesetzliche Regelung der Sonntagsruhe

hieß Reichstagsabgeordneter Wender (Eberfeld) ein kurzes Referat. Er gab eine Schilderung der Beratung der Regierungsvorlage über die Sonntagsruhe, die bekanntlich durch den Schluss des Reichstags erledigt ist. Die Quintessenz der Ausführungen des Referenten ist in einer von ihm vorgelegten Entschliessung niedergelegt, in der es heißt:

Der von der Regierung im Herbst 1913 dem Reichstag vorgelegte Gesetzentwurf, die Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe betreffend, dessen Verabschiedung durch den Schluss der Reichstagsession verhindert worden ist, entspricht in keiner Beziehung den Wünschen der Handelsarbeiter auf Gewährung des freien Sonntags und wurde den dringendsten sozialpolitischen Forderungen unserer Zeit nicht gerecht. Die Reichstags-Verhandlungen und die Beschlüsse der Reichstagskommission haben gezeigt, daß die bürgerlichen Parteien des Reichstags in ihrer Mehrheit den Forderungen der Handelsarbeiter auf einen völlig freien Sonntag nicht entsprechen wollen.

Die Geschäftsinhaber haben eine umfassende Gegenaktion eingeleitet, um die Durchführung der vollen Sonntagsruhe auf gesetzlichem Wege zu vereiteln. Ihre Klagen fanden willig Gehör bei der Regierung und den bürgerlichen Parteien.

Die volle Sonntagsruhe ist für die Handelsarbeiter eine Lebensfrage, der Kampf für sie muß energisch weitergeführt werden. Wenn den Gegnern der vollen Sonntagsruhe die Profitinteressen höher stehen als die körperliche und geistige Gesundheit der Handelsarbeiter und von der Regierung und dem Reichstags in ihrem volksgefährdenden Tun unterstützt werden, so haben wir uns dagegen zu wenden. Der Verbandstag erblüht in der Stärkung der Organisation das beste Mittel, um unsere Forderung: „Einführung der vollen Sonntagsruhe“, die nur die Gesetzgebung bislang verweigert hat, zu verwirklichen.

Die Entschliessung fand einstimmige Annahme. Der Verbandstag verabschiedete sich dann. Es findet eine Abend-sitzung statt, in der in geschlossener Sitzung die Taktik im wirtschaftlichen Kampfe erörtert wird.

Verbandstag der Schuhmacher.

Dritter Verhandlungstag.

Hamburg, 10. Juni 1914.

Vor der Abstimmung über die Anträge, die zu dem Geschäftsbericht vorliegen, ging der Vorsitzende des Verbandsausschusses, Haupt-Magdeburg, noch auf verschiedene in der Debatte vorgetragene Beschwerden ein und wies vor allem die Forderung, die Hilfskräfte in den Bureaus größerer Schuhfabriken aus der Hauptkategorie zu befreien, als unbillig zurück.

Darauf wurden mehrere Anträge, die sich mit mehr internen Verwaltungsfragen beschäftigten, dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Bezüglich der Agitation erhielt der Vorstand Auftrag, zu prüfen, ob im Erzgebirge sich die Anstellung eines besonderen Beamten notwendig macht. Sodann soll auf Antrag der Hilfskräfte Rürnberg das Lichtbild mehr wie bisher in der Agitation Verwendung finden. Neuwahlte Ortsbeamte müssen in Zukunft einen vierwöchentlichen Internierungskursus im Zentralbureau absolvieren.

Ueber die Lohnbewegungen die von der Generaldiskussion über den Geschäftsbericht abgetrennt waren, wurde nunmehr in geschlossener Sitzung, die die ganze

Lagungszeit ausfüllte, verhandelt. Der Vorsitzende Simon hielt hierzu ein längeres einleitendes Referat. Nachdem er einige formelle Angelegenheiten besprochen hatte, die bei der Anmeldung und Genehmigung, sowie auch bei Beendigung von Lohnverträgen unbedingt zu beachten sind, wies er auf die ungeheure technische Entwicklung hin, die in der Schuhindustrie immer schneller vor sich geht. Bei der immer größeren Verwendung neuester Schnelllaufmaschinen, müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen ihre ganze Aufmerksamkeit und Konzentration auf ihre Arbeit konzentrieren. Es sei daher völlig absurd, wenn die Fabrikanten vielfach noch behaupten, daß es den Arbeitern von ihrer Organisation aus verbieten sei, über ein bestimmtes Quantum hinaus Arbeit zu leisten; denn es liege gar nicht in der Macht des Arbeiters, bei diesen modernen Maschinen sein Arbeitspensum selbst zu bestimmen. Durch diese äußerst intensive und nervengräßende Arbeit werde ein völliger Kollaps an der Gesundheit des Arbeiters getrieben. Eine ganz natürliche Folge dieser Entwicklung seien die zahlreichen Lungen-, Nerven- und Herzkrankheiten. Die Zahl der Jugendlichen, die an diesen Maschinen beschäftigt werden, nehme immer mehr zu. Wenn einzelne besonders gewandte und kräftige Arbeiter bei solcher Ausnutzung ihrer Arbeitskraft einen verhältnismäßig hohen Lohn verdienen, so das völlig gerechtfertigt. Mit aller Entschiedenheit müsse den Forderungen der Fabrikanten entgegengetreten werden, aus diesem Grunde die Arbeitslöhne zu reduzieren. Die intensive Ausnutzung der Arbeitskraft müsse ausgeschlossen werden durch eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit. Auf keinen Fall dürfe die Einführung des freien Sonnabendnachmittags durch eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit ersetzt werden. Schließlich besprach der Redner an der Hand besonderer Fälle eingehend die Lohntafel bei Lohnkämpfen.

An das Referat schloß sich eine sehr lebhafte Diskussion, in der die Lohnkämpfe der letzten Jahre eingehend besprochen wurden. Von vielen Seiten wurde ebenfalls auf die erschreckende Zunahme der Jugendlichen in den großen modernen Schuhfabriken hingewiesen. So werden zum Beispiel in einer der größten Schuhfabriken beschäftigt: Arbeiterinnen im Alter von 14 bis 20 Jahren 800, von 21 bis 25 Jahren 400, von 26 bis 30 Jahren 130, von 31 bis 40 Jahren 125 und über 40 Jahren 10; männliche Arbeiter im Alter von 14 bis 20 Jahren 700, von 21 bis 25 Jahren 370, von 26 bis 30 Jahren 300, von 31 bis 40 Jahren 370 und über 40 Jahre 150. Die Zahl der Jugendlichen beträgt also 25 Prozent in diesem Betriebe Beschäftigten. Die Mehrzahl der Redner schloß sich dem Referenten an und ergänzte dessen Ausführungen. Vieles wurde über die hohen Preise der Futurnaturen, die von den Arbeitern bezahlt werden müssen, gesagt.

Am Schlußwort unterstrich Simon besonders die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Verhandlungen wurden auf Donnerstag vertagt.

Internationaler Textilarbeiter-Kongress.

Blackpool, 9. Juni.
Zweiter Verhandlungstag.

Aus dem Finanzbericht ist ersichtlich, daß der Bestand des internationalen Streifonds sich jetzt auf rund 240 000 M. stellt. Im letzten Finanzjahre sind an Beiträgen zu diesem Fonds rund 45 000 M. eingegangen, wovon auf England rund 20 000, auf Deutschland rund 11 000 und Österreich rund 3000 M. entfielen; die übrigen Länder haben nur geringe Summen beigetragen. Unter den Ausgaben figurieren 16 000 M., die zur Unterstützung des Schweizer Streiks verwendet wurden.

Groß (England) beantragt, alle weiteren Erhebungen für die Streikliste einzustellen und das gegenwärtige Vermögen der Masse zur Förderung der Organisation in bedürftigen Ländern zu verwenden. Die Engländer sind der Ansicht, führe er aus, daß die Streikliste keinen Zweck habe. Sie sei viel zu gering, um irgendwelchen Eindruck auf das internationale Unternehmertum zu machen. Die Statuten beschränken auch die Verwendung des Geldes durch allerlei Bedingungen, und deshalb kommt die Hilfe meist zu spät.

Ge (England) unterstützt den Antrag und meint, daß der Streifonds mindestens 10—12 Millionen Mark betragen müßte, um auch nur den geringsten Eindruck auf die Unternehmer zu machen.

Hannik (Belgien) bekämpft den Antrag. Er würde alles befürworten, woran die Internationale seit 20 Jahren gearbeitet hat. Hannich (Österreich): Es waren gerade die Engländer, die auf den internationalen Kongressen immer gegen die Erhöhung der Beiträge eingetreten sind, und nun sagen sie, das Kind sei zu klein, es müsse erschlagen werden. Wenn die Engländer logisch wären, müßten sie jetzt die Erhöhung der Beiträge fordern. Gewiß hat der Fonds für die Engländer keine direkten Vorteile, aber dasselbe gilt auch für die Österreicher und Deutschen. Der Fonds war ja auch in erster Linie nur zur Unterstützung der kleineren Nationen gedacht, und von deren Standpunkt sind die Summen, um die es sich handelt, keineswegs zu verachten. Diese Nationen sollen ein Recht auf die Unterstützung haben, und nicht von Holland zu Fall bei den großen Nationen um Hilfe bitten müssen. Holland hat nicht nach Blackpool gekommen, um die Arbeit von 20 Jahren zu getrimmeln.

Boogseerd (Holland): Western haben wir so viel von dem großen Fortschritt der englischen Arbeit, und namentlich auch der Textilarbeiter auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiete gehört. Ist dieser Antrag ein Beweis dafür? Daß der Streifonds für die kleinen Länder keine Kleinigkeit ist, das hat sich beim belgischen Textilarbeiterstreik vor 4 Jahren gezeigt.

Hübisch (Deutschland): Die Engländer sollen nicht glauben, daß die Deutschen für die Streikliste eintreten, weil sie selbst einen Vorteil von ihr erwarten. Die Engländer mit ihren gewalttätigen lokalen und Branchenorganisationen können nach leichtem in die Lage kommen, die Hilfe der Internationale anzufordern zu müssen, als der zentralisierte deutsche Verband. Freilich, wenn die Masse weiter ausgebaut wird, mag sie auch den großen Nationen zugute kommen. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß der Fortschritt der kleinen Nationen ein direktes Interesse der großen gemein ist. Deshalb hat auch der deutsche Verband aus eigenen Mitteln 100 000 M. zur Unterstützung des Streiks in der Schweiz beigetragen.

Die Engländer ziehen sich darauf zu einer kurzen Beratung zurück. Marland verteidigt die Engländer vor den Angriffen der letzten Redner und teilt dann mit, daß die englische Delegation nach Anhörung der Reden der schlandischen Delegierten den Beschluß gefaßt habe, ihren Antrag zurückzuziehen. (Großer Beifall.)

Nach längerer Diskussion wird ein Antrag, wonach das Internationale Komitee beauftragt wird, in allen Ländern statistisches Material zu sammeln über die Arbeitsbedingungen und Löhne der Arbeiter aller Branchen der Textilindustrie, einstimmig angenommen.

Stadterordnetenversammlung.

19. Sitzung vom Donnerstag, den 11. Juni 1914, nachmittags 5 Uhr.

Vorstandsvorsitzender Gassel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem Redner auf den gestern im 87. Lebensjahr verstorbenen Journalisten und Schriftsteller Professor Dr. Karl Frenzel, der als geborener Berliner in seiner ganzen hochbedeutenden literarischen Wirksamkeit ein besonders hervorragendes Vertreter des echten Berliner Geistes gewesen sei. Die Versammlung hat sich während der Ansprache des Vorstandsvorsitzenden erhoben. In den Ausschuss für die Vorlage wegen Schaffung einer Friedhofsinpektorate in Friedrichsfelde sind auch die Stadtvögte, Leid, Manasse und Bubeil deputiert worden. Dem Verband für erste Hilfe will der Magistrat für das Rechnungsjahr 1914 eine jährliche Beihilfe von 7000 M.

unter der Bedingung gewährt, daß in den Verbandsvorstand drei Mitglieder der städtischen Behörden (ein Stadtrat, zwei Stadtverordnete) aufgenommen werden, die von dem Kuratorium für das Rettungswesen zu wählen sind. Die Einrichtung eines eigenen Krankentransportwesens von Stadt wegen hält der Magistrat nach stätigehabter eingehender Prüfung der einschlägigen Verhältnisse gegenwärtig für unzulässig.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Wir werden für die Vorlage stimmen. Wir begrüßen es, daß die Einrichtung eines eigenen städtischen Transportwesens vom Magistrat nicht mehr prinzipiell, sondern bloß für jetzt abgelehnt wird. Wir freuen uns auch des ersten Schrittes, der zur Verhinderung getan wird, indem die städtischen Behörden in die Verwaltung des Verbandes eingreifen und Stimme erheben sollen. Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß ein städtisches Rettungswesen ohne ein städtisches Transportwesen gar nicht lebensfähig ist. Ob der „Verband für erste Hilfe“ oder die Privatunternehmungen nach jeder Richtung einwandfrei sind, will ich heute nicht weiter erörtern; zugestanden werden muß jedenfalls, daß ein Privatunternehmen auch beim besten Willen für die ärmere Bevölkerung die Kostenfrage nicht so herabmindern kann, um ihr die Benutzung seiner Einrichtungen zu ermöglichen. Kerze und Krankenhausverwaltungen haben wiederholt darauf hingewiesen, daß leider immer noch mit ansehnlichen Krankheitsfällen befallene Personen, namentlich Kinder, mit allen möglichen öffentlichen Transportmitteln in die Krankenhäuser geschafft werden. Auch aus diesem Grunde treten wir für die Verhinderung ein, die auch der Direktor des städtischen Rettungswesens noch jüngst nachdrücklich in einer Denkschrift empfohlen hat. Die heutige Vorlage sehen wir als eine Abschlagszahlung an.

Die Vorlage wird darauf einstimmig angenommen. Der spezielle Entwurf für die Errichtung einer Fleischgroßmarkthalle an der Landsberger Allee in der Veranlassung am 5. Juni zugegangen. Der Kostenschlag schließt mit 4 1/2 Millionen Mark ab; davon sollen als erste Baurate 800 000 M. aus der Anleihe von 1912 zur Verfügung gestellt werden.

Stadtv. Düring (Fr. Fr.) befürwortet Ausschubberatung. Schon jetzt sei das Bedenken aufgetreten, daß die Struktur der Vorlage dem derzeitigen Bedürfnis nicht genüge; auch sei über die Anschlußgleisfrage noch keine Klarheit vorhanden.

Stadtv. Ginge (Soz.): Trotz unserer dringenden Bitten hat der Magistrat die Vorlage nicht mit der Beschleunigung an uns gebracht, die schon im Interesse einer Minderung der herrschenden Arbeitslosigkeit erwünscht gewesen wäre. Mit der Vorlage selbst wären wir an sich zufrieden, aber auch uns will es scheinen, daß damit doch vielleicht zur Vermeidung des Bedürfnisses nicht das Geringste geschieht. Mit Ausschubberatung sind wir auch wegen der Frage der Kühlhalleneinrichtung einverstanden. Bezüglich der Kälteerzeugung liegt noch kein bestimmter Vorschlag des Magistrats vor. Wir halten es für durchaus erforderlich, daß die Stadt eine eigene Anlage für diesen Zweck errichtet. Wir wünschen aber vor allem eine solche Beschleunigung der Beratung, daß die Vorlage noch vor den Ferien verabschiedet werden kann. Wir beantragen daher, den Ausschuss schon heute durch den Vorstand ernennen zu lassen.

Stadtv. Fischbeck: Der Magistrat hat die Vorarbeiten nach Möglichkeit beschleunigt; die langwierigen Verhandlungen mit den Staatsbehörden haben die Verzögerung verursacht.

Stadtv. Bäfell (M. L.) und Rosenow (M. L.) stimmen der Ausschubberatung und der Ernennung des Ausschusses durch den Vorstand zu.

Die Versammlung beschließt demgemäß, dem vom Vorstand sofort ernannten Ausschuss gehören auch die Stadtv. Drescher, Ginge, Schulz III und Wille (Soz.) an.

Zur Verhütung der Ueberschwemmungen in der Schönhauser und Fappelfallee sowie in der Greifswalder Straße beschließt der Magistrat, im Zuge der Danziger Straße einen besonderen Regenwasserkanal mit Stilleitungen zu bauen, der 700 000 M. kosten wird; ferner soll auch die Gaudystraße durch einen solchen Kanal entlastet werden, falls beim Bau des Hauptkanals Ersparnisse eintreten, die die auf 30 000 M. veranschlagten Kosten decken.

Stadtv. Modler (M. L.) begrüßt die Entschließung des Magistrats, den andauernden Wetterkalamitäten in jenen Gegenden durch diese Kanalbauten für die Zukunft vorzubeugen, beantragt aber, auch die Gaudystraße an den geplanten Kanal anzuschließen, ohne Rücksicht darauf, ob eventl. die erhofften Ersparnisse gemacht werden.

Stadtv. Krause: Der Magistrat glaubt, im Rahmen des von ihm Vorgesetzten dem aufgetretenen Bedürfnis genügen zu können.

Stadtv. Rosenow: Man soll hier sofort ganze Arbeit machen. Wir stimmen der Anregung des Kollegen Modler zu.

Die Vorlage gelangt mit dem Antrage Modler zur Annahme. Die Gesellschaft „Normalzeit“ G. m. b. H. hat vertraglich für Betrieb, Regulierung und Unterhaltung der öffentlichen Uhren zu sorgen. Der Vertrag, der mit Ende dieses Monats abläuft, soll auf 5 Jahre verlängert werden. Außerdem ist die Auffstellung von 18 weiteren Säulenuhren mit einem Kostenaufwand von circa 50 000 M. vorgeschlagen.

Stadtv. Bäum (Soz.): Auch die Vorlage kommt viel zu spät an uns; der bestehende Vertrag läuft am 30. Juni ab, und wird er nicht verlängert oder erneuert, so stehen die öffentlichen Uhren still. Von dem vor Jahresfrist vorgelegten Projekt der Tiefbauverwaltung betr. eine städtische zentrale Uhrenanlage ist diesmal in der Begründung kaum die Rede. Die Gesellschaft „Normalzeit“ arbeitet bei dem Betriebe der Uhren mit den Referatsfabeln der Postverwaltung, ist also auf die Gnade der letzteren angewiesen. Die vorjährige Denkschrift hatte dementsprechend die Anlage eines eigenen städtischen Kabelnetzes für zweckmäßiger und vorteilhafter erklärt. Jetzt kommt nicht vor, weshalb diese Vorlage und stellt uns wieder einmal vor eine Zwangslage; wir sollen den Vertrag mit der „Normalzeit“ nicht etwa auf ein Jahr, sondern gleich auf 5 Jahre abschließen! Wir beantragen Ausschubberatung.

Stadtv. Dr. Glasel (Fr. Fr.): Auch wir müssen sehr bedauern, daß die definitive Regelung der Sache wieder auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werden soll. Wir wünschen ebenfalls Ausschubberatung.

Stadtrat Hamburger: Die bedauerliche Verzögerung der Vorlage erklärt sich aus dem Geschäftsgange beim Magistrat. Das Projekt der Tiefbauverwaltung ist durch das elektrische Bureau nachgeprüft worden; dabei haben sich Weiterungen ergeben, die dazu führten, die Angelegenheit von der Tiefbauverwaltung auf dieses Bureau zu übertragen; die Sache ist also in der städtischen Verwaltung zweimal bearbeitet worden. Der Magistrat hat die technischen und die wirtschaftlichen Gesichtspunkte eingehend geprüft; die Vorredner haben nur von den wirtschaftlichen Momenten gesprochen. Man hat dem Regulierystem den Vorzug gegeben und deshalb geglaubt, mit der „Normalzeit“ abzuschließen zu sollen.

Stadtv. Dr. Leub II (M. L.) und Stadtv. Labowitz (M. L.) halten die Sache durch diese Ausführungen nicht für geklärt und schließen sich dem Antrage auf Ausschubberatung an.

Die Versammlung beschließt die Einsetzung eines Ausschusses, der ebenfalls sofort vom Vorstand ernannt wird.

Die 30 Kraniasäulen sollen eventl. noch vor dem 1. Juli 1915 anderweitig verpachtet werden, da die bisherigen Pächter ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen und bereits in zwei Instanzen zur Räumung verurteilt worden sind. Der neue Pachtvertrag ist mit Herrn Richard Fröhlich in Wilmersdorf abgeschlossen; er soll 10 Jahre gelten und die Pacht zunächst 18 000, nach 4 Jahren 19 000, nach weiteren 3 Jahren 20 000 M. jährlich betragen.

Stadtv. Justizrat Hahn (M. L.) beantragt Ausschubberatung, da gewisse Punkte des Abkommens besser im engeren Kreise erörtert würden.

Stadtv. Labowitz meint, die Stadt habe nach den gemachten Erfahrungen allen Grund, mit größter Vorsicht vorzugehen.

Die Einsetzung eines Ausschusses wird beschlossen. Im Hause Stralauer Straße 44/45 will der Magistrat auf 10 Jahre Räume im ersten und zweiten Stock zur Unterbringung der aus dem Stadthause zu verlegenden Bureau der städtischen Polizeiverwaltung V und der Heimsstätten für jährlich 17 220 M. mieten.

Stadtv. Modler: Wir empfinden das größte Bedauern über diese häufigen und kostspieligen Mietanträge. Wir zahlen heute jährlich 197 000 M. für Bureauämter; welches schöne Dienstgebäude hätten wir z. B. im Scheunenviertel errichten können, wenn wir diesen Betrag kapitalisieren! Die Vorlage nehmen wir an, aber für ein solches ferneres Dienstgebäude, möglichst im Scheunenviertel, sollte der Magistrat doch endlich das nötige Interesse aufbringen!

Stadtv. Rosenow ist grundsätzlich durchaus mit dem Vorredner einverstanden, will aber hinsichtlich der Platzfrage nicht schon heute Vorschläge machen. Das sei Sache des Magistrats und späterer Beschlußfassung.

Stadtv. Ginge: Wir können der Kritik des Kollegen Modler nur vollkommen beistimmen. Schon vor drei Jahren ist der Magistrat ersucht worden, Vorschläge für ein drittes Verwaltungsgebäude zu machen; bis jetzt ist er darauf nicht eingegangen. In demselben Grundstück, wo wir jetzt wieder für 17 000 M. Räume mieten wollen, haben wir bereits für 25 000 M. Mieträume inne; so kommen wir anscheinend doch Stückweise in den Mietsbesitz des ganzen Grundstücks, was vor einigen Jahren von der Verwaltung abgelehnt wurde. Wenn wir mit dem dritten Verwaltungsgebäude auch nicht nach dem Scheunenviertel gehen werden, weil dieses nicht zentral genug liegt, so ließe sich doch vielleicht das Grundstück der freiwerdenden Zentralmarkthalle in Betracht ziehen.

Stadtrat Selberg: Ein eigenes Verwaltungsgebäude würde uns nicht billiger zu stehen kommen als Mieträume. Das Terrain des Scheunenviertels ist doch zu entlegen, um ernsthaft in Betracht zu kommen.

Stadtv. Selmsig (Fr. Fr.): Wir haben es als selbstverständlich angesehen, daß der Magistrat sich jetzt ernsthaft mit der Errichtung eines dritten Bureauhauses beschäftigt; aber eine bestimmte örtliche Direktive sollten wir dafür nicht geben. Es muß dem Magistrat überlassen bleiben, in geeigneter Weise dafür zu sorgen, daß wir bald und billig zu einem neuen Geschäftsgebäude für unsere Verwaltung kommen.

Stadtv. Rosenow: Ich gebe zu, daß wir zur Miete billiger wohnen würden, aber darauf kommt es bei der städtischen Verwaltung nicht an. Wir müssen unsere Bureau zentralisieren und brauchen ein drittes Verwaltungsgebäude notwendig. Wir erwarten auch bald eine entsprechende Vorlage, denn sonst sehen wir wieder vor dem alten Kollaps.

Stadtv. Modler: Ich habe nicht ein Gebäude à la Stadthaus im Auge, sondern ein einfaches, würdiges (Bleifache Jurist: „helles“) Gebäude. Wir werden kein billigeres Grundstück in ganz Berlin bekommen als gerade in dem Scheunenviertel, dessen Jammer endlich einmal ein Ende gemacht werden sollte.

Die Vorlage wird angenommen.
Schluß der öffentlichen Sitzung 1/8 Uhr.

Geschmierte Feldwebel.

Vor dem Spandauer Schöffengericht hatte sich am Mittwoch der Schneidermeister Otto Leopold Jahnke wegen Beleidigung des Unteroffiziers des 5. Garderegiments zu Fuß zu verantworten. Jahnke soll zu einem Grenadier, der bei ihm einen Anzug bestellt hatte, eine Versicherung getan haben, in der er die Unteroffiziere des 5. Garderegiments der

passiven Bezeichnung beschuldigte. Den Vorsitz des Gerichtshofes führte Amtsrichter Hirschfeld. Die Anklage vertrat Anwalt Wolff. Die Verteidigung führte Rechtsanwalt Dr. Karl Ledebrecht-Berlin. Der Angeklagte bestritt, die ihm zur Last gelegte Versicherung getan zu haben. Im übrigen wolle er den vollen Beweis der Wahrheit führen. Es werde kein Militärlieferant geduldet, wenn er nicht den Feldwebel und die Unteroffiziere schmiere.

Bei der Zeugenernehmung bezeugte Grenadier Schuster als Zeuge: Er habe sich bei dem Schneidermeister Jahnke einen Extraanzug bestellt und 60 M. dafür angezahlt. Als der damalige Sergeant, jetzige Feldwebel Schicht die Ordnung sah, sagte er: „Wissen Sie nicht, daß kein Mann sich einen Extraanzug machen lassen darf, wenn er nicht die Erlaubnis des Hauptmanns habe?“ Gehen Sie zu dem Schneidermeister und lassen Sie sich das gezahlte Geld wiedergeben.“ Der Zeuge erklärte weiter, er habe dem Befehl folglich Folge geleistet. Da sagte Jahnke: „Es werden allerdings Militärlieferanten nicht geduldet, die nicht an den Feldwebeln und an die Unteroffiziere Geschenke machen.“

Die Feldwebel verlangen 5 Proz. vom Kaufpreis, die Unteroffiziere die Lieferung eines Koppels, einer Mütze oder Handschuhe.“

Feldwebel Schicht erklärte: Er habe allerdings dem Grenadier Schuster befohlen, vom Angeklagten die Anzahlung von 60 M. zurückzufordern, da Schuster zur Anfertigung eines Extraanzuges die Erlaubnis des Hauptmanns nicht hatte. Daß die Feldwebel und die Unteroffiziere von Militärlieferanten Zuwendungen erhalten, müsse er als grobe Unwahrheit bezeichnen. Es werde den Unteroffizieren zur Pflicht gemacht, von niemandem Geschenke anzunehmen. Dieser Befehl werde alle vier Wochen bekannt gemacht. Der frühere Unteroffizier Sollow bezeugte als Zeuge: Er könne etwas Bestimmtes über Zuwendungen an Unteroffiziere nicht angeben. Er habe aber die Vermutung, daß so etwas vorkomme.

Der kommissarisch dazugeordnete frühere Sergeant Wiese hat bezeugt: Es seien vielfach an Feldwebel und Unteroffiziere von Lieferanten Zuwendungen gemacht worden.

Schneidermeister Jahnke: Er habe an verschiedene Soldaten Extraanzüge geliefert. Er habe aus diesem Anlaß dem Feldwebel einen Säbel und an alle Korporalsführer Zuwendungen gemacht. Auf Befragen des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Karl Ledebrecht, bemerkte der Zeuge: Sein Vorgänger habe ihm gesagt, wenn er ins Geschäft kommen wolle, dann müsse er an die Unteroffiziere Geschenke machen. Es sei ihm von Feldwebeln mehrfach gesagt worden, der Lieferant Sprecher zahle stets 5 Proz.

Zeugin Frau Jahnke (Gattin des Angeklagten) bezeugte: Sie könne nicht sagen, ob Feldwebel Jahnke Prozenie verlangt habe, er habe sie aber bestimmt erhalten. (Hahn selbst bekräftigt das.) Es sei in ihrem Laden von Feldwebeln oftmals gesagt worden: „Wer keine Prozenie gibt, erhalte keine Lieferungen.“

Feldwebel Denker habe ausdrücklich gesagt: „Ihr Mann könne Lieferungen nicht erhalten, weil er keine Prozenie zahle.“ Der Angeklagte bemerkte: Feldwebel Denker habe ihn gebeten, ihn nichts zu sagen anzugeben.

Zeuge Lieferant Schuppler-Berlin: Ich habe dem Feldwebel der ersten Kompagnie für seine Bemühungen einmal 20 Mark gegeben. Der Feldwebel hatte mit der Abnahme der gelieferten Sachen sehr viel Mühe. — Vorl.: Wie hoch beliefen sich die Lieferungen? — Zeuge: Auf 300 bis 400 Mark. — Vorl.: Haben Sie bei anderen Kompagnien auch Geldgeschenke gemacht? — Zeuge: Alle Feldwebel waren nicht zugänglich, so der Feldwebel bei der zweiten Kompagnie. — Vorl.: In welche Feldwebel haben Sie noch Zuwendungen gemacht? — Zeuge: Dem Feldwebel der siebenten Kompagnie habe ich bei einer großen Lieferung 30 bis 40 Mark gegeben. Es sind schon mehrere Jahre her, ich weiß es nicht mehr genau. — Vorl.: Haben Sie auch an Unteroffiziere Zuwendungen gemacht? — Zeuge: Ich habe den Unteroffiziere, die bei Abnahme der Rekrutenmägen usw. beim Anpassen, viel Mühe hatten, gesagt: „Wenn Sie etwas kaufen wollen, dann sollten Sie es zu billigeren Preisen erhalten.“

Anwalt Wolff beantragte

einen Monat Gefängnis.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Max Treumann: Ich muß dem Herrn Staatsanwalt widersprechen, daß der Wahrheitsbeweis mangelhaft ist. Es ist bewiesen worden, daß Geld und andere Zuwendungen gemacht worden sind, und es ist offen gesagt worden: Der Lieferant, der keine Procente zahlt, kann nicht ins Geschäft kommen. Es ist ja ungemein schwer, in solchen Dingen den Wahrheitsbeweis zu führen, da die Schmiererei naturgemäß nicht vor Augen geschicht und die Lieferanten aus sehr begründlichen Gründen mit der Wahrheit nicht heraus wollen. Wäre der letzte Zeuge unterrichtet gewesen, worüber er vernommen werden sollte, dann wäre seine Aussage wahrlich ein wenig anders gewesen. Daß nicht der Feldwebel, sondern der Kompaniechef die Befestigung macht, ist selbstverständlich. Der Feldwebel hat aber eine sehr einflussreiche, beratende Stimme, ebenso wie das kaufmännische Personal, obwohl der Chef die Befestigung macht. Jedenfalls hat die Behandlung einen argen Krebschaden aufgedeckt. Wenn der Angeklagte auch nicht alles bewiesen hat, so ist doch

das Wesentliche erwiesen

worden. Der Angeklagte hat zweifellos in Wahrnehmung berechtigter Interessen und in gutem Glauben gehandelt. Ich beantrage daher prinzipiell die Freisprechung.

Nach längerer Beratung des Gerichtshofes verurteilte der Vorsitzende, Amtsrichter Pirschfeld, folgendes:

Urteil:

Der Gerichtshof hat den Angeklagten der Beleidigung des Unteroffizierskorps des 5. Garderegiments für schuldig erkannt und ihn deshalb zu 100 Mark Geldstrafe, eventuell 30 Tagen Gefängnis verurteilt.

Der vom Angeklagten angetretene Wahrheitsbeweis ist vollständig mangelhaft. Es ist nicht nachgewiesen worden, daß auch nur ein Unteroffizier einen Interzessionen beabsichtigt hat, einen Anzug bei einem Schneider zu bestellen, von dem der Unteroffizier Procente erhält. Deshalb ist dem Angeklagten der § 193 des Strafgesetzbuchs (Wahrnehmung berechtigter Interessen) versagt worden. (1) Dagegen muß anerkannt werden, daß tatsächlich Mißstände aufgedeckt worden sind. Dies und der Umstand, daß der Angeklagte noch unbestraft ist, und wohl in gutem Glauben gehandelt, haben den Gerichtshof veranlaßt, von einer Freiheitsstrafe Abstand zu nehmen. Allein mit Rücksicht auf die Schwere der Beleidigung konnte die Geldstrafe keine geringe sein.

Die Öffentlichkeit wird auch dies Urteil nicht verstehen!

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Als Delegierten zum Internationalen Kongress wählte der Agitationsbezirk Breslau, zu dem die beiden Breslauer Wahlkreise, Breslau-Land und zehn weitere Wahlkreise gehören, durch Urabstimmung den Genosse E. B. H. - Breslau.

Für Breslau-Land wurde als Delegierter zum deutschen Parteitag der Parteisekretär Genosse Erowitz gewählt. Erowitz hat übrigens am Montag eine zweimonatige Gefängnisstrafe aussetzen müssen, weil er einen Gemeindevorsteher in seiner Eigenschaft als Gemeindevorsteher durch eine Beschwerde an den Landrat beleidigt haben soll.

Im Sozialdemokratischen Verein des 17. hannoverschen Reichstagswahlbezirks stieg die Mitgliederzahl von 7006 auf 8286. Im Kreis bestehen 15 Ortsvereine gegen 11 im Vorjahre. In den ländlichen Orten wurden erfreuliche Fortschritte gemacht. Bei den Landtagswahlen wurden 9104 sozialdemokratische Stimmen gegen 8124 bürgerliche abgegeben. 206 sozialdemokratische Wahlmänner standen 278 bürgerlichen gegenüber.

Aus Industrie und Handel.

Berspekuliert. In der Donnerstagbörsen erregte der Kurssturz der Aktien der A. G. Ohles Erben in Breslau Sensation. Die Aktien, die im Jahre 1912 auf 250 standen und noch Anfang Juni über 300 notierten, in den letzten Tagen schon um ca. 50 Proz. gesunken waren, gingen am Donnerstag bis auf 90 Proz. zurück. Bei dem Unternehmens sind Unregelmäßigkeiten der Direktion aufgedeckt worden. Ohne vom Aufsichtsrat ermächtigt zu sein, hat der Direktor Löffler große spekulative Geschäfte in Finn in London vorgenommen, die zu großen Verlusten geführt haben. Es heißt, daß nicht nur die Dividende, die im Vorjahr 16 Proz. betrug, ausfallen wird, sondern, daß auch die Reserven verloren sind.

Genossenschaftliche Selbsthilfe der Bankbeamten. Die uns der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten mitteilt, wird er in kürzester Zeit eine Spar- und Darlehnskasse in der Unternehmungsform einer Genossenschaft eröffnen, deren sozialer Zweck ist, die Bankbeamten mehr als bisher vor Benachteiligung zu schützen. Die Erhebungen, welche den Gründungsanlaß gaben, haben Verhältnisse bloßgelegt, die mit wachsender Notwendigkeit schleunige Abhilfe auf dem vom Verband eingeschlagenen Wege erfordern. Die Beteiligung an der Kapitalzeichnung ist eine erfreuliche, so daß dieser auf Selbsthilfe angewiesenen Organisation ein voller Erfolg zu wünschen ist.

Jugendbewegung.

Gelbe Jugendbewegung und politische Betätigung.

Auf der Hauptversammlung des Bundes deutscher Werkvereine, die Ende Mai in Saarbrücken tagte, war eine ganze Korona beamteter und nichtbeamteter Förderer der gelben Sumpfpflanzenkultur erschienen, um den braven Kindern ihre Sympathie zu versichern. Unter anderem begrüßte der Oberbürgermeister Rangold die Gelben im Namen der Stadt Saarbrücken. Der Oberregierungsrat v. Kulzig vertrat den Oberpräsidenten der Rheinprovinz und der Regierungspräsidenten von Trier und versicherte die Gelben „der vollen Sympathien der königlichen Regierungstellen“. Der Kommerzienrat Weidhorst, Generaldirektor der Burbacher Hütte, bekannte namens der Industriellen des Saargebietes „offen und herzlich“, daß „die Industrie“ den gelben Bestrebungen „sympathisch gegenübersteht“. Zu den Freunden der Gelben, die an diese freundliche Worte richteten, gehört neben vielen anderen auch der Abg. Wasser mann, der die Tagung der Werkvereine als den geeigneten Ort hält, sich über Arbeiterfragen zu informieren.

Ein Begrüßungsschreiben hatte der Generalfeldmarschall v. d. Goltz geschickt. Dieses Schreiben ist insofern interessant, als darin der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß sich zwischen den Gelben und dem Jungdeutschlandbunde ein erzieherisches Zusammenarbeiten ergeben möge. Zum Schluß bittet Herr v. d. Goltz, die Jugendvereine der gelben Vereine dem Jungdeutschlandbunde zuzuführen. Dilemme Wunsch kam die Verammlung bereitwilligst nach; einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

„Der Bund deutscher Werkvereine steht nach wie vor auf dem Standpunkte, daß der Zusammenschluß der Jugend in Jugendabteilungen der Werkvereine gefördert werden muß und empfiehlt allen Jugendabteilungen den engen Anschluß an den Jungdeutschlandbund.“

Dieser Beschluß wäre an sich gleichgültig, wenn die gesamte gelbe Werkvereinsbewegung, die es trotz des Zerfalls, mit dem ihr die Unternehmerräteverbände leisten, nach eigener Angabe nur auf 140 000 Mitglieder gebracht hat. Diese Jugendresolution wird erst interessant, wenn man sie mit anderen Beschlüssen der gelben Tagung

in Verbindung bringt. Der Bundesauschluß hatte „Richtlinien der Werkvereine“ vorgezeichnet, die nach eingehender Debatte angenommen wurden. In diesen Richtlinien wird unter anderem bestimmt, daß „bei den politischen Wahlen in erster Linie solche Kandidaten zu unterstützen seien, die der wirtschaftsfeindlichen Arbeiterbewegung freundlich gegenüberstünden; ausgeschlossen ist ein Eintreten des Bundes für die Sozialdemokratie.“

Die gelben Werkvereine wollen sich also mit politischen Wahlen beschäftigen; sie wollen also ausgesprochenemmaßen eine politische Tätigkeit entfalten. Dabei wollen sie aber auch die Organisation der Jugend fördern und gelbe Jugendabteilungen bilden. Wie reimt sich das zusammen? Wie soll das mit dem Reichsvereinsgesetz in Einklang gebracht werden, welches politischen Vereinen die Aufnahme jugendlicher Mitglieder verbietet? Die Gelben wollen zwar reaktionäre Politik treiben und die Sozialdemokratie bekämpfen. Aber das Reichsvereinsgesetz hat leider noch die Lücke, daß es reaktionäre politische Vereine nicht von den für oppositionelle politische Vereine vorgesehenen Beschränkungen ausnimmt. Für die hochmögenden Freunde und Gönner der gelben Bewegung gibt das eine harte Nuß. Die Igl. Regierungswellen, die soeben den Gelben ihre volle Sympathie versichert haben, werden nicht umhin können, die gesetzlichen Bestimmungen gegen die ihnen so sympathische Bewegung in Anwendung zu bringen. Bekanntlich ist die strengste Pflichtenfüllung, unbeeinträchtigt von Sympathien und Antipathien, das Kennzeichen unseres Beamtenstandes. Wir werden deshalb wohl bald hören, daß die gelben Werkvereine als politische Vereine dem Reichsvereinsgesetz unterstellt wurden. Oder sollte unser Vertrauen in die Unparteilichkeit der Behörden in diesem Falle getäuscht werden? Wir wollen's abwarten.

Soziales.

Lehrlingsklage.

Einem Lehrling der Firma Döring war die Spannschraube vom Support einer Drehbank abgebrochen. Er sollte den Schaden nach der regulären Arbeitszeit ausbessern. Das zu tun unterlagte ihm sein Vater. Die Firma entließ hierauf den Lehrling und machte, auf Schadenersatz verklagt, gestern vor dem Gewerbegericht beharrliche Arbeitsverweigerung geltend.

Das Gericht verurteilte durch Zwischenurteil die Firma dem Grunde nach zur Erstattung des Schadens. Eine grobe Fahrlässigkeit sei dem Lehrling nicht nachgewiesen und deshalb konnte auch nicht von ihm gefordert werden, nach Feierabend tätig zu sein. Folglich liegt auch keine Arbeitsverweigerung vor.

Zur Abschaffung der 24-Stundenschiicht.

Die Reichstagsberatungen über die gesundheitsgefährdenden Wirkungen der überanstrengenden Arbeiten auf den Hütten- und Walzwerken haben auf Anregungen der sozialdemokratischen Abgeordneten dahin geführt, daß eine Kommission die Frage der Abschaffung der 24-Stundenschiicht zu prüfen hat. Die Kommission besteht aus einer Anzahl Vertretern der Regierung, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Sie bereist jetzt zu Studienzwecken das rheinisch-westfälische Industriegebiet. An die Befragung schließt sich die protokolllarische Vernehmung der Beamten und Arbeiter. Das auf diese Weise gesammelte Material soll dem Reichstag vorgelegt werden. Vor einigen Tagen wurden die Gute-Hoffnungshütte in Oberhausen und die Hütte Rhönitz in Duisburg-Ruhrort befragt.

Sind Telefonschädigungen Unfälle?

Das Reichsgericht hat am Dienstag die Frage, ob Störungen des Nervensystems durch außergewöhnliche Geräusche im Telephonapparat zu den erfahrungsgemäßen Unfallsfolgen gehören, bejaht. Der Entscheidung liegt folgender Prozeß zugrunde:

Der Kläger war bei dem Allgemeinen Deutschen Versicherungsverein gegen Unfallschäden versichert. Am 15. Juni 1909 erlitt er bei einem geschäftlichen telephonischen Gespräch durch Knack- und Knattergeräusche im Telephon eine schwere Schädigung. Er behauptet, das Gefühl gehabt zu haben, als würde ihm elektrischer Strom zugeleitet; dadurch sei er vollständig neurosenhaft geworden. Da der beklagte Versicherungsverein, von dem der Kläger Entschädigung für Ganzinvalidität fordert, Simulation des Klägers behauptet und sich auch darauf beruft, daß gewöhnliche Erkrankungen oder physische Einwirkungen nicht als Unfälle im Sinne der Versicherungsbedingungen gelten, sind mehrere Sachverständige gehört worden, die allehand Versuche angestellt haben. Das Ergebnis davon ist, daß der Kläger allerdings neurosenhaft prädisponiert war, daß andererseits aber durch das Telephon Geräusche entstehen können, die auf die Gehörnerbenenden des Telephonierenden so einwirken, daß eine Schädigung des Nervensystems eintreten kann.

Im Gegensatz zum Landgericht verurteilte das Kammergericht den Versicherungsverein. Es führte zu der Frage, ob ein versicherungspflichtiger Unfall vorliege, aus:

Als Unfälle im Sinne der Versicherungsbedingungen gelten nur ärztlich festgestellt sicher erkennbare körperliche Beschädigungen, welche der Versicherte durch unzeitweilige äußere Einwirkungen (auch durch elektrische Schläge) erlitten hat. Das Leiden des Klägers ist durch ein Geräusch im Telephon entstanden, welches der Kläger als lautes Knattern wahrgenommen haben will. Nimmermehr kommt es darauf an, ob der Kläger nur die Vorstellung gehabt hat, einen elektrischen Schlag zu erhalten und ob er durch diese Einbildung allein einen Nervenschaden erlitten hat, oder ob das Geräusch in physischer Weise eingewirkt habe und ein körperliches Mißbehagen des Klägers hervorgerufen hat. Das Gericht ist auf Grund des Sachverständigen E. zu der letzteren Auffassung gekommen und hat deshalb die Frage, ob ein versicherungspflichtiger Unfall vorliegt, bejaht.

Das Reichsgericht hat die vom Versicherungsverein eingelegte Revision zurückgewiesen.

Versammlungen.

Die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes hielt am 8. Juni ihre gutbesuchte Generalversammlung für das erste Quartal 1914 ab. Aus dem Kassensbericht, der gedruckt vorlag, ist zu entnehmen, daß im ersten Quartal 1914 880 117 Beiträge a 70 Pf., 106 657 Beiträge a 30 Pf., 5885 Beiträge a 10 Pfennig eingegangen sind. Die Gesamteinnahme betrug in der Hauptklasse inkl. eines Kassenschatzes von 376 M. 845 111,96 M. Unter Ausgaben der Hauptklasse sind unter anderem folgende Summen verzeichnet: Unterstützung bei: Arbeitslosigkeit 445 277,20 M., Krankheit 201 291,50 M., Streiks 43 548,90 M., Haftregelungen 20 033,10 M., in besonderen Notfällen 4385 M., Dinerklubleistungen 6450 M., Unterstützung beim Umzug 1195 M., Reiseunterstützung 3740 M., Rechtschutz 4306,03 M.

Die Einnahmen der Lokalkasse betragen inkl. eines Kassenschatzes am 1. Januar 1914 von 1 662 828,63 M. Die Summe von 1 860 481,04 M. unter den Auslagen der Lokalkasse befinden sich folgende Posten: Unterstützung an Arbeitslose 100 651,85 M., an Streikende 42 682,95 M., an Gemahrgestellte 5231,50 M., in besonderen Notfällen 3550 M. Der Kassenschatz der Lokalkasse betrug am Schluß des Quartals 1 393 092,36 M. Monats über den Kassenschatz wurden nicht erhoben und dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

Der weitere Punkt der Tagesordnung betraf die Erziehung für zwei im März dieses Jahres verordnete Angeordnete. In der letzten Generalversammlung war eine Kommission gewählt, die

statutengemäß die Vorbereitungen zur Waff zu erledigen hatte. Die Kommission, in deren Namen Biering berichtete, schlägt aus der großen Zahl derjenigen, die sich beworben hatten, 6 Mann zur Auswahl vor, von denen dann die Mitglieder bei der Urwahl die zwei geeigneten Erscheinenden auszuwählen können. Die Generalversammlung stimmte dem Vorschlag der Kommission zu.

Nun folgte die Erledigung der eingelaufenen Anträge und eines Antrages auf Einführung der Hauskassierung, der noch unerledigt geblieben war in der letzten Generalversammlung. Der Antrag auf Einführung der Hauskassierung war vom Bezirk Kobitz gestellt und wurde auch von einem Vertrauensmann des Bezirks Kobitz begründet. Der Kollege stützte kurz gedrängt nochmals alle Gründe vor, die seinerzeit schon einmal der Generalversammlung zur Verfügung waren. Die Generalversammlung beschloß mit überwältigender Majorität die Einführung der Hauskassierung. (Von mehr als 2000 Anwesenden haben etwa 150 gegen die Hauskassierung gestimmt.) Des weiteren wurde aber noch beschlossen, bei der Wichtigkeit der Angelegenheit die Frage endgültig den Mitgliedern zur Urabstimmung zu unterbreiten. Auch ist der Beschluß gefaßt, daß, um in Bezirks-, Betriebs- und Ortsversammlungen den Mitgliedern vor der Urabstimmung ausreichend Gelegenheit zu geben, sich über die Frage der Hauskassierung auf das Genauste zu informieren, die Abstimmung über die Hauskassierung erst in etwa 4 Wochen erfolgen soll. Mit der Abstimmung über die Hauskassierung soll auch die endgültige Wahl der Beamten vorgenommen werden. Das letztere aus Sparmaßnahmsrückblicken.

Der zur Generalversammlung neu eingebrachte Antrag betraf gleichfalls die Beitragskassierung und war mit dem Beschluß auf Einführung der Hauskassierung erledigt.

Damit war die Tagesordnung der Generalversammlung erledigt.

Aus aller Welt.

Schweres Grubenunglück im Rheinland.

Durch den Abbruch eines Förderkorbes hat sich Donnerstags morgen auf der Grube Petersbach bei Alfenkirchen ein schweres Unglück ereignet. Beim Schichtwechsel stürzte ein Förderkorb, in dem sich vier Bergleute befanden, in die Tiefe. Die Unglücklichen wurden durch den Fall vollständig zerschmettert und waren auf der Stelle tot. Die verunglückten Bergleute waren sämtlich Familienväter.

Sigewelle in Amerika.

Die Staaten des mittleren Westens und das Gebiet der großen Seen werden gegenwärtig von einer Sigewelle heimgesucht, die bereits über 50 Todesfälle verursacht hat. Fast überall ist die Temperatur auf über 32 Grad Celsius im Schatten gesunken. Hunderte von Krankheitsfällen werden in den Hospitälern behandelt. In Detroit, wo die Schattentemperatur 33 Grad erreichte, sind 15 Personen an Sigeschlag gestorben. Chicago hat eine Schattentemperatur von 34 Grad. In manchen Teilen des südlichen Kansas ist die Temperatur auf 36 Grad gestiegen. Aus Chicago werden 11 Todesfälle und aus Pittsburg 12 Todesfälle an Sigeschlag gemeldet. In New York sind während der letzten Tage vier Personen der Hitze zum Opfer gefallen. Die Leute schlafen in den Parkanlagen und auf offenen Plätzen.

Ein Millionenbetrüger vor Gericht.

In Brüssel begann anfangs dieser Woche vor dem Strafgerichtshof der Prozeß gegen den Finanzier Nestor Wilmarx und seine Komplizen. Nestor Wilmarx hat die Obligations der Eisenbahn Gent-Lerouxen gefälscht, indem er mehr Obligations druckte und in den Handel bringen ließ, als zulässig war. Die Sache kam dadurch an das Tageslicht, daß ein Angestellter der Bahn 60 Obligations unterschlug und floh. Bei Feststellung der Nummern der gestohlenen Papiere erfuhr man, daß Obligationen von denselben Nummern in Verkehr waren. Die weiteren Nachforschungen ergaben, daß eine sehr große Anzahl von doppelten Obligations im Umlauf waren. Wilmarx wurde zuerst als Zeuge vernommen, weil man nicht glaubte, daß er der Urheber der Fälschungen sein könne. Als aber immer mehr belastendes Material gegen ihn sich sammelte, floh er und wurde erst am 12. März 1913 in Laon in Frankreich verhaftet.

In der Gesellschaft galt Wilmarx als ein sehr ehrenwerter Mann. Freilich, wie man näher kannte, wußte, daß er ein skrupelloser Geschäftsmann war, der vor den gewogeltesten Unternehmungen finanzieller Art nicht zurückschreckte. Doch tat das seine soziale Stellung keinen Abbruch. In den industriellen Betrieben, denen er vorstand, zahlte er die verächtlichsten Hungerlöhne. Dagegen war er sehr freigebig gegen jene Damen, die in der besseren Gesellschaft für ihre Freize auf horrenden Preisen hielten. Auch sonst gab er für seine Vergnügungen Unsummen aus. Seine Jagden kosteten ihm jährlich allein 350 000 Fr. Wilmarx war der Typ eines kapitalistischen Verteilungsbürokraten, der vor seiner Ausbeutung, keinem Betrag seiner kriminellen juristischen, um sich zu bereichern, und der die erprezten Summen in einem tollen Leben verpumpt. Sein Schicksal vorwärts in den Ardeuren war der Schauspiel lustigster Bestatter Auszeichnungen.

Außer dem, was er sich durch verbrecherische Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen seiner industriellen Unternehmungen erworben — ein Verbrechen, das in der kapitalistischen Gesellschaft nicht strafbar ist —, hat er sich durch die Fälschungen der Eisenbahnbobligationen, die er drucken ließ und in den Verkehr brachte, 17 Millionen Franz erlangt. Dieses Verbrechen schädigte die kapitalistischen Interessen; seinerwegen steht Nestor Wilmarx gegenwärtig vor Gericht. Der Prozeß wird längere Zeit dauern. Neben dem Ausgang des Prozesses wird noch berichtet.

Keine Notizen.

Eisenbahnunfall. Auf dem Bahnhof Wannen-Rittershausen fuhr am Mittwochabend ein tangulierender Güterzug einem Personenzug in die Flanke. Zwölf Reisende wurden bei dem Zusammenstoß verletzt, darunter drei schwer.

Lebestragedie. Der zwanzigjährige Schneidergeselle Heinrich Herde erlitt am Mittwochabend in Glogau die 16 Jahre alte Tochter Lotte seines Meisters Helle und gab darauf einen Schuß auf sich selbst ab. Das Mädchen war sofort tot, während Herde schwere Verletzungen davontrug und sofort ins Krankenhaus gebracht wurde. Der Grund zur Tat soll Liebe gekummert gewesen sein.

Der Herr Graf. Das Pariser Zuchtpolizeigericht hat den aus Bayern gebürtigen Grafen Maximilian von Montgelas zu drei Jahren Gefängnis und zur Ausweisung aus Frankreich verurteilt. Montgelas war das Haupt einer internationalen Diebesbande, die im vergangenen Monat April verurteilt hatte einen Juwelier, der für 600 000 Fr. Juwelen bei sich tragen zu berauben. Ein Mitthäter wurde zu zwei Jahren Gefängnis und alle übrigen Leute der Bande zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Folgenschwere Eifersucht. In einem Minenschacht in Courrières ist eine Grube aus Eisenbeton infolge einer durch Regengüsse verursachten Bodenlockerung zusammengebrochen. Acht Arbeiter wurden mitergriffen, von denen einer getötet, zwei schwer und fünf leicht verletzt wurden.

Reisebestimmungen zum Besuch der Bagra. Zum Besuch der internationalen Ausstellung für das Buchgewerbe in Leipzig hat die Stadt Rannheim den Arbeiterorganisationen im graphischen Gewerbe einen Beitrag von 2000 M. gewährt. Einzelnen Reisebestimmungen soll ein Reisezuschuß bis zu 35 M. gegeben werden. Hoffentlich folgen andere Städte dem vernünftigen Beispiele. Der Berliner Magistrat, der an der Spitze der größten deutschen Druckstadt steht, hat ja belamlich leider eine solche Beihilfe abgelehnt.

Groß-Berlins Fleischverbrauch.

Die Fleischsteuerung der letzten Jahre hat weite Kreise der Bevölkerung zu einer Einschränkung des Fleischverbrauchs genötigt. Die stark in dem durch besonders hohe Fleischpreise „ausgezeichneten“ Jahr 1912 die Verbrauchseinschränkung war, davon gibt jetzt eine in den Statistischen Monatsberichten Groß-Berlins veröffentlichte Arbeit Dr. Ad. Henningsen's über: „Die Schlachtungen in Groß-Berlin in den Jahren 1909 bis 1912“ ein ungefähres Bild. Sie veranschaulicht aus 16 Beschaubezirken mit 80 Ortsteilen (Berlin samt umliegenden Städten, Dörfern, Gütern) die Schlachtungen von Rindern, Kälbern, Schweinen, Schafen, auch von Ziegen und Pferden; doch sind für die Verbrauchsberechnung nur die Schlachtungsfiguren der Rinder, Kälber, Schweine, Schafe benutzt worden.

Das Ergebnis ist, daß für 1912 die Ziffer der Fleischproduktion Groß-Berlins einen ganz außerordentlichen Rückgang — fast wieder bis auf die Produktionsziffer von 1909 — zeigt. Die Schlachtungen von Rindern und Kälbern minderten sich von 1909 bis 1912 ununterbrochen; die Schafschlachtungen mehrten sich von 1909 zu 1910 und minderten sich dann bis 1912; die Schweinefleischschlachtungen mehrten sich von 1909 bis 1911 und minderten sich dann zu 1912 gleichfalls. In diesen vier Jahren 1909 bis 1912 wurden in Groß-Berlin geschlachtet 245 213, 237 300, 230 073, 216 743 Rinder, 213 087, 200 438, 186 175, 186 872 Kälber, 1 219 020, 1 275 974, 1 441 900, 1 437 962 Schweine, 532 858, 547 255, 532 306, 522 326 Schafe. In 1912 hat die gegenüber 1909 eingetretene Mindererzeugung um 28 470 Rinder, 25 215 Kälber, 10 532 Schafe nicht durch die gleichzeitige Mehrerzeugung um 218 942 Schweine ausgeglichen werden können.

Die Fleischmenge wird vermittelt durch Umrechnung in Schlachtgewicht, wobei der Umstand, daß in den vier Jahren das Schlachtgewicht (abgeleitet aus dem von der Vieh- und Schlachthofverwaltung durch Wägungen festgestellten Lebendgewicht) sich verringert hat, das Ergebnis noch weiter herabdrückt. Danach belief sich die in Groß-Berlin produzierte Fleischmenge in Kilogramm für 1909 bis 1912 auf etwa 207¹/₁₀ Millionen, 210¹/₁₀ Millionen, 209¹/₁₀ Millionen, 207¹/₁₀ Millionen. Die Steigerung der Fleischproduktion von 1909 zu 1911 ist allein den Schweinefleischschlachtungen zu danken, die in diesen drei Jahren 103¹/₁₀ Millionen, 114¹/₁₀ Millionen, 127¹/₁₀ Millionen Kilogramm ergaben. Das Jahr 1912 brachte aber auch hier wieder einen Rückgang, auf 122¹/₁₀ Millionen Kilogramm. Ununterbrochen und sehr stark verringerte sich die produzierte Fleischmenge aus Rindern und Kälbern, von 1909 zu 1912 aus Rindern von 78¹/₁₀ Millionen Kilogramm auf 62¹/₁₀ Millionen, aus Kälbern von 13¹/₁₀ Millionen Kilogramm auf 11¹/₁₀ Millionen. Bei Schafen schwankte die Ziffer; sie war 11¹/₁₀ Millionen in 1909 und 10¹/₁₀ Millionen in 1912. Das Jahr 1912 schloß gegenüber 1911 für alle Viehsorten mit einem Minus ab, im Gesamtresultat mit einem Minus von ziemlich 12¹/₁₀ Millionen Kilogramm.

Bei dem Versuch einer Berechnung der Verbrauchs-ziffer pro Kopf der Bevölkerung Groß-Berlins hat Henningsen unter Ausberücksichtigung der gewiß nicht zahlreichen Hausfleischschlachtungen wenigstens noch die Eisenbahnzufuhr von Fleisch und Speck berücksichtigt. Die Einfuhrmenge belief sich für Groß-Berlin in den vier Jahren auf 27¹/₁₀ Millionen, 35¹/₁₀ Millionen, 38¹/₁₀ Millionen, 35¹/₁₀ Millionen. Man beachte, wie auch hier trotz Fleischzufuhr aus Rußland das Jahr 1912 mit einem Minus abgeschlossen hat. Die Fleischmenge pro Kopf berechnet sich in Kilogramm für 1909, 1910, 1911, 1912 aus den Schlachtungen samt Einfuhr auf 85,75, 87,15, 88,31, 82,30, aus den Schlachtungen allein auf 58,14, 57,54, 58,15, 53,24. Das Jahr 1912 hat einen so jähen Rückgang der Verbrauchs-ziffer gebracht, daß diese noch unter derjenigen von 1909 blieb.

So hat der Fleischwucher gewirkt! Daneben holte man die Tatsache, daß in denselben vier Jahren die Zahl der Pferdebeschachtungen in Groß-Berlin sich auf 15 606, 14 779, 15 143, 18 552 belief. Von 1911 zu 1912 eine starke Minderung der Beschachtungen von Rindern, Kälbern, Schweinen, Schafen und in derselben Zeit eine starke Mehrerzeugung der Pferde-schlachtungen! Soll man sich darüber wundern?

Parteiangelegenheiten.

Für die westlichen Vororte

Am heutigen Freitag, abends 8¹/₂ Uhr, im „Kaiser-Wilhelm-Garten“, Friedenau, Rheinstr. 65, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Dr. Karl Dieblich über das Thema: „Denkmalsfrevel und preußische Justiz“ sprechen wird.

Hangschlense, Bergsch, Gottesbrück und Alt-Buchhorst. Die Genossen treffen sich Sonnabendabend 8 Uhr bei Genossen Balz, Hangschlense, zum Jahlabend.

Berliner Nachrichten.

Milchfest der Waisenkinder.

Es ist eine alte historische Einrichtung: die Veranstaltung des Milchfestes für unsere Berliner Waisenkinder. Alljährlich ziehen unsere Waisenkinder aus dem Rummelsburger Waisenhaus hinaus in die freie Natur, um sich ungetrübter Freude hingugeben. Das ist schon so seit 1858. Damals wurden die Waisenkinder nach den Köpenicker Wiesen geführt, wo nach Herzenslust „geschwelgt“ wurde, Milch war in Hülle und Fülle vorhanden: also ein Milchfest in des Wortes wahrster Bedeutung.

Seitdem hat sich manches geändert; das Milchfest ist geblieben, nur mit dem Unterschied, daß heute unter dieser Bezeichnung lediglich ein Ausflug verstanden wird, bei dem gegessen und getrunken, gesungen und gespielt wird. In diesem Jahre bestand das Milchfest in einem Dampferausflug nach Schmödow. Am Mittwoch, um 12 Uhr mittags, führte uns das Dampfschiff in Gemeinschaft mit einer stattlichen Zahl von Freunden unserer Waisenkinder von der Waisenbrücke zunächst nach Rummelsburg, um die Kinder abzuholen.

In freudiger Erwartung standen Jungen und Mädchen mit Lehrern, Ärzten und Schwestern am Dampfersteig, um den Ausflug antreten zu können. Wie lange schon hatten sich alle auf den Tag gefreut. Tagelang vorher bildete das Milchfest ausschließlich den Unterhaltungsstoff der Kinder, der durch

die nötigen Vorbereitungen zum Fest besonders vermehrt wurde. Der Hausvater hatte alle Hände voll zu tun, um zur bestimmten Zeit alles Nötige heranzuschaffen, was dem Milchfest erst den rechten Inhalt gibt.

Unser Schiff wurde mit Freundschaften begrüßt. Und manchen wurde es weich ums Herz, als er die vielen armen, aus den elendesten Verhältnissen gekommenen Kinder dastehen sah. Wer selber aus Proletarierfamilien hervorgegangen ist, wer sich noch genug soziales Empfinden bewahrt hat und wer etwa in seiner Jugend frühzeitig seine Eltern verloren hat und in der Welt herumgestoßen wurde, der muß beim Anblick dieser Kinder ein starkes Mitgefühl empfinden, das sich paart mit einem gewissen Gefühl der Befriedigung, daß hier doch wenigstens für die Kinder gesorgt ist.

Schnell war unser Schiff gefüllt. 170 Knaben und Mädchen in bläulichweißer Kleidung mit fröhlichen Gesichtern hatten bald ihre Plätze eingenommen, und hinaus ging es, unserem Ziele entgegen, nicht ohne daß uns die zur Wartung der kranken Kinder zurückbleibenden Schwestern Abschiedsgrüße nachwinkten. Die Musik setzte ein und bald stieg die Stimmung. Die Kinder weckten immer mehr auf, sie wurden zutraulicher und schließlich hörten wir Kinderstimmen, fröhliche Wanderlieder schmetternd. Inzwischen hatte auch Jupiter Pluvius ein Einsehen und zog die Wolkenschleier fort, als wollte er den Waisenkindern ein besonders freundliches Gesicht zeigen.

Nach zweistündiger Fahrt, unterwegs von vielen Seiten begrüßt, landeten wir in Schmödow. Noch fehlten zehn Minuten an der Uhr. Der Kaffee war noch nicht fertig. Unser Schiff machte erst eine kleine Rundfahrt und landete pünktlich im Festlokal. Hier stand für unsere kleinen Ausflügler alles bereit. Mit gutem Appetit wurde dem Kaffee und vor allem dem großen Kuchenpaket zugeprochen.

Dann begann das ungebundene Leben, das Spiel. Mit Musik ging es in den Wald. Die Jungen veranstalteten Schießen nach der Scheibe, Ballwerfen, die Mädchen andere Spiele. Geschenke, Bonbons wurden verteilt. Die Freude war allgemein. Auch die Erwachsenen wurden angesteckt und machten mit. Lehrer, Schwestern, Erziehungsdirektoren, alles war in Bewegung und förderte dadurch den Frohsinn. Nur ein kleiner verwachsender Junge heulte. Er hat mit dem Ball besonders gut getroffen und erzählt nun auf Befragen, warum er weine, daß seine Kameraden ihm den Sieg nicht gönnten. Er hatte doch ganz ehrlich gespielt. Er beruhigte sich aber bald wieder.

Zum Schluß wurde die ganze Gesellschaft mit den Kindern fotografiert. Jedes Kind wird zum Andenken an das Milchfest ein Bild erhalten.

So vergingen die Stunden im Fluge. Der Abend nahte heran. Mit Musik ging's wieder nach dem Festlokal, um das Abendbrot einzunehmen, das aus Brötchen, warmen Würstchen und Limonade bestand. Gesang und Tanz beendeten die Feier. Vergnügt ging es mit dem Dampfer wieder heim. Und um das Fest voll zu genießen, war der darauffolgende Tag ein schulfreier, damit alle jungen Festteilnehmer sich ganz ausschließen können. Es ist den Kindern zu gönnen. Zu wünschen wäre nur, daß Berlin die große Zahl seiner Waisenkinder nicht hinausgäbe zur Pflege, sondern in eigene Obhut nähme.

Das Milchfest ruft zu stark die Erinnerung wach an das Rummelsburger Waisenhaus, wie es früher war. Es wieder auf die damalige Höhe zu bringen, ist eine Aufgabe, deren baldige Lösung sehr erwünscht wäre und der Stadt Berlin wieder zur großen Ehre gereichen würde.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Immer wieder wird die Berliner Stadtverwaltung vor die Frage gestellt, ob nicht gewisse dem Allgemeininteresse dienende Unternehmungen in eigene Regie zu bringen sind. Und immer wieder erleichtert der Magistrat es der freisinnigen Stadtverordnetenmehrheit, Entscheidungen hierüber — sei es in wichtigen Dingen, sei es in minder wichtigen — hinauszuverschieben. Gestern wurde diese Frage bei zwei Vorlagen getreift, bei den Magistratsanträgen über eine dem Verband für erste Hilfe zu leistende bare Unterstützung und über den mit der Gesellschaft „Normalsuhr“ zum Weiterbetrieb der öffentlichen Uhren neu abzuschließenden Vertrag.

Dem Verband für erste Hilfe soll die Möglichkeit geschaffen werden, „sich ungehemmt weiter zu entwickeln“. Der Stadt ein eigenes Krankentransportwesen zu geben, hält der Magistrat zurzeit für „unzulässig“. Um ihr aber für die Vergabe von Geld wenigstens mehr Einfluß auf die weitere Ausgestaltung des Krankentransportwesens zu sichern, sollen ein paar Vertreter der Stadt in den Vorstand des Verbandes hineingewählt werden. Genosse Wehl begrüßte das als eine Vorbereitung auf das, was doch einmal kommen müsse, auf die im Interesse der Bevölkerung dringend zu wünschende Uebernahme in eigene Regie. Die Unterstützung wurde bewilligt.

Zu dem Vertrag über den Uhrenbetrieb stellte Genosse Wurm fest, daß ein von der Tiefbauverwaltung schon im vorigen Jahr ausgearbeitetes Projekt, die Uhren in eigene Verwaltung zu nehmen, einfach beiseite geschoben worden ist. Der Magistrat legt den neuen Vertrag mit der Gesellschaft, der diesmal sogar auf den langen Zeitraum von fünf Jahren abgeschlossen werden soll, erst im allerletzten Augenblick vor. Stadtrat Hamberger verurteilte die Verzögerung zu entschuldigen. Die Vorlage ging an einen Ausschuß.

Einem Ausschuß überwiesen wurde auch der spezielle Bauentwurf für die Fleischgroßmarkthalle an der Landwehrberger Allee. Bedenken mancherlei Art, die eine Ausschussberatung erfordern, wurden von dem Stadtverordneten Düring und auch von unserem Genossen Sinye vorgebracht. Sinye rügte zugleich die Verzögerung, die auch diesem Projekt beschieden gewesen ist. Stadtrat Fischbeck meinte, in Folge der Verhandlungen mit verschiedenen Behörden habe man nicht schneller fertig werden können.

Zu längeren Erörterungen kam es auch bei der Vorlage über Bau bezug. Erweiterung von Kottanalanlagen für die Gegend der Schönhauser Allee und der Greifswalder Straße, die vor Schädigungen durch Ueberschwemmung bei Regengüssen besser geschützt werden sollen, sowie bei der Vorlage über die Mietung von Büroräumen, die als ein nur durch Erbauung eines dritten Rathauses zu beseitigender Notbehelf empfunden wird.

Menschliche Ratten.

Es regnete nicht, es goh nicht — es schüttete aus den blauschwarzen Wolken herunter auf die Erde. Ich hatte mich

unter eine Haustüre geflüchtet. Vor mir lag die Wuhtheide, und Bliz auf Bliz schien hineinzufliegen in die ragenden Eichen. Rauch harter, kurzer Schlag verflüchtete auch, daß der Bliz einen Stamm gefällt hatte. Plötzlich kamen aus dem Walde drei Gestalten hervor. Das Halbdunkel, das herein-gebrochen war, ließ nicht unterscheiden, wer diese Gestalten waren. Nicht einmal schnell, langsam kamen sie auf die Haustüre zu, unter der ich stand. Es waren zwei Männer und eine Frau. Die beiden Männer waren bereits alt; graue Stoppelbärte bedeckten Kinn und Wangen. Die alten Hüte hatten sie tief in das Gesicht gezogen, so daß man ihre Gesichtszüge nur schlecht erkennen konnte. Der eine trug einen alten Ueberzieher, der andere ein kurzes Jackett. Das Wasser floß an ihnen nur so herunter. Die Frau hatte ihren dünnen Rock über den Kopf gezogen. Ihre Beine waren bis über die Knie hinauf nackt; die Füße steckten in einem Paar weiten Gummizugstiefeln. Als sie unter dem Hausflur den Rock herunterwarf, sah ich, daß sie auf dem Kopf einen zerweichten schwarzen Strohhut trug, den eine große rote Blume schmückte, von der aus rotgefärbte Tropfen auf den Boden fielen. Die Frau hatte das Aussehen einer Fünfzigjährigen. Ich glaube jedoch, daß sie kaum dreißig Jahre in Wirklichkeit war.

Verlegen und mit ängstlichem Wesen, als fürchteten sie, weggejagt zu werden, stellten sich die Drei in den Hausflur hin. Und es geschah. Ein dicker Kerl, hemdsärmelig, eine Zigarre im Munde, kam plötzlich aus einer Korridortür heraus. Er schaute die Drei grimmig an und schrie: „Na, was fällt denn Euch ein!? Den ganzen Hausflur überschwemmt Ihr mich. Ich bin doch nicht da, um Eure Schweinerei aufzufegen!“

Die Frau nahm ihren Rock wieder über den Kopf und ging in den strömenden Regen hinaus. Jägernd folgten ihr die Männer. Der eine drehte sich beim Vorbeigehen nach mir um und jagte mit einer großen und doch leisen Stimme: „Wie die Ratten! Draußen jagt uns der Herrgott mit seinem Sauwetter aus dem Wald und hier der Hauswirt aus seinem Flur! Wie die Ratten!“ Und auch er ging hinaus in den Gewitterregen. Auch ich schickte mich an zu gehen. Doch freundlich und fett lächelnd meinte der Hausherr: „Bitte, bleiben Sie ruhig hier. Nur dies Gefindel —“

Ich war empört und schrie den Mann an: „Gefindel!? Nicht mehr wie Sie!“ Dann ging auch ich meines Weges. Ich folgte den Dreien, die vor mir her dem Orte zuzogen, langsam, triefend und mit dem müden Schritt der Elenden, Ausgestoßenen und Gejagten.

Die Straße Am Tempelhofer Berg.

Berlin wird nicht mit Unrecht als eine saubere Stadt gelobt. Ein Heer von Straßeneinigern, mit den notwendigen Arbeitsgeräten ausgerüstet, sorgt Tag und Nacht für die Reinlichkeit der Straßen und Plätze der Reichshauptstadt.

Und doch! Eine Straße gibt es in Berlin, um die sich scheinbar niemand kümmert, wo kein Besen, kein Sprengwagen, keine Reitmähmaschine hinkommt. Dieses Stiefkind unter den Berliner Straßen heißt die Straße Am Tempelhofer Berg und geht von der Fiedlinsstraße bis zur Bergmannstraße. Die eine Seite wird von Hinterhäusern gebildet, deren Vorderfront nach der Velle-Alliance-Straße zugehen, während auf der anderen Seite die Bordzeingänge zu den Gebäuden sich befinden, die zum Teil von freundlichen Gärten und alten, schattigen Bäumen umgrenzt sind. Die Straße selbst, das heißt der Damm, befindet sich in einem geradezu trostlosen Zustande. Er bildet schon seit Jahrzehnten die Ursache ständiger Klagen und Petitionen. Man sollte es nicht für möglich halten, daß Zustände, wie sie in der genannten Straße bestehen, solange sich erhalten können. Der halbe Fahrdamm ist mit holperigem schlechtem Pflaster versehen, der übrige Teil besteht aus loser schwarzer Erde. Ein Dorado für Kinder, die dort huddeln, desgleichen für Spagen und Hunde. Sie alle kommen auf ihre Kosten. Stroh, Papier, alte Schuhe und Kleider, Konservendbüchsen, große Haufen Pferdeabfälle usw. bilden die Ausstattung dieser von allen guten Geistern verlassenen Straße. Die Krönung dieses Jhdls ist jedoch eine verfaulte Sprungfedermatratze, die daselbst langsam ihrer Auflösung entgegengeht. Die verrosteten, wie durcheinander stehenden Sprungfedern zittern, wenn der Wind darüber streicht, die Spagen holen von dem fauligen Seegras als Baumaterial für ihre defekten Kester und mit der Ober-schicht vergnügen sich Kinder und Hunde, die von Zeit zu Zeit einen Fehlen davon losjotteln. Alles in allem, eine Katastrophe, die dringend schnellste Abhilfe heischt. Leider ist dies leichter gesagt als getan. Die Straße ist nämlich Privatterrain der anliegenden Grundbesitzer aus der Velle-Alliancestraße und das ist der Grund, warum auch der Magistrat diesem Uebelstande bislang machtlos gegenüberstand. Ja, selbst der allmächtige Polizeigewaltige Jagow, dessen Eingreifen gefordert wurde, konnte bis zur Stunde nichts ausrichten, er hat sich neuerdings selber an den Oberpräsidenten gewendet.

Mag dem sein, wie es will, jedenfalls ist die Straße in einer geradezu skandalösen Verfassung und es ist die höchste Zeit, daß hier eingeschritten wird.

Das miserabelste Pflaster in Berlin liegt vor der Nikolaikirche. Es sind faustgroße, spitze Feldsteine, über die es sich nur unter Beschwerden laufen läßt. Das müssen doch auch schon die kommunalfreistimmigen Stadtväter empfunden haben, die mit Vorliebe die Nikolaikirche zu öffentlichen Bitt- und Beigängen im Interesse des Gottesgnadentums benutzen. Diese Kirchengemeinde ist schwertreich. Sie unterhält, obwohl in ihrem Sprengel die Zahl der Gemeindeglieder von Jahr zu Jahr sinkt und nur noch nach Hunderten rechnet, nicht weniger als vier fetter Pfünden für Geistliche. Zu einem neuen Pflaster auf dem als öffentlicher Strassenweg benutzten breiten Streifen vor dem Kircheingang ist aber kein Geld da.

Die Verbotskrankheit.

Gegen den „Trieb, zu regieren“, das heißt gegen die Sucht, alles möglich zu verbieten, wendet sich nun sogar das ehemalige Scherliche Regierungsblatt, freilich recht bescheiden nur in der Unterhaltungsbearbeitung des „Berliner Lokal-Anzeiger“. Vielleicht hat da bloß ein sogenannter Sommerredakteur einen Schwupper gemacht, der nachträglich mit einem regierungsständlichen Donnerwetter getroffen wird. Das Blatt schreibt, es sei noch vor vierzig Jahren gelungen, durch Straßenabspernungen z. B. am Sedantage lebensgefährliche Verlethungen künstlich herbeizuführen. Vor dreißig Jahren habe irgend ein übereifriger Beamter in öffentlichen Parolanlagen das Fotografieren von Bäumen feierlich untersagt. Der alte Kaiser Wilhelm sei sehr erstaunt gewesen, als er eines

Tages bemerkte, daß in seinem Schloßpark Wabelsberg das Mauthen verboten sei, und habe befohlen, die Verbotstafeln sofort zu entfernen zu lassen. Durchwandere man heute Feld, Flur und Wald, so stöße man überall auf Verbotstafeln, wo oft kaum etwas zu verbieten ist. Selbst wer nicht einmal die eigene Muttersprache beherrscht, möchte seinen Mitmenschen gern Vorschriften machen, weil alles krank an dem Trieb, regieren zu wollen.

Wie wird Ihnen da, Herr v. Jagow? So etwas müssen Sie sich von dem mit Ihren eigenen Nachrichten gefüllten Regierungsblatt lassen! Und das gerade jetzt, wo Sie uns nach Ihrer Rückkehr von der albanischen Sommerreise gleich wieder mit zwei Verbotstafeln beglückt haben. Es ist nicht um einen Deut besser als vor dreißig und vierzig Jahren, aber noch schlimmer geworden. Die Sucht zu reglementieren und zu verbieten, kann kaum unangenehmer ausgeprägt sein als unter Jagows verwegenerem Polizeiregiment, und diese Verbotskrankheit wirkt ansteckend auf alles Private, das im Polizeifahrwasser schwimmt. Es fehlt nur noch ein Herr Polizeipräsident: Verbieten Sie doch auch mal das Surfragebräu!

Seine Geliebte erstochen.

Die Bluttat eines eifersüchtigen Liebhabers verlegte gestern morgen gegen 9 Uhr die Bewohner der Königsberger Straße in Aufregung. In dem Hause Königsberger Str. 26/27 erstickte der 23 Jahre alte Tischler J. Plüschke seine 21jährige Verlobte, Agnes Priesele mit einem Taschenmesser. Das Mädchen war auf der Stelle tot. Auch die Mutter des Mädchens, die der Angegriffenen zu Hilfe kommen wollte, verletzte er durch mehrere Messerstiche. Doch ehe der Mörder verhaftet wurde, nahm er Gift. In hoffnungslosem Zustande wurde er in das Krankenhaus am Friedrichshain eingeliefert.

Im dritten Stockwerk eines Seitenflügels des Hauses Königsberger Straße 26/27 wohnt seit mehreren Jahren die 63jährige Lehrerswitwe Frau Anna Priesele mit ihrer 21jährigen Tochter Agnes. Das junge Mädchen, das in einem Bureau in der Nähe ihrer Wohnung beschäftigt ist, hatte vor etwa einem halben Jahre den in einer Fabrik als Tischler beschäftigten 23jährigen J. Plüschke kennen gelernt. Vor kurzer Zeit erfolgte die Verlobung des jungen Paars. Plüschke, der als ein ordentlicher aber sehr zorniger Mensch geschildert wird, war auf seine Braut sehr eifersüchtig und betrauerte sie unablässig. Das junge Mädchen versuchte mehrmals die Verlobung zu lösen, vertrat sich dann jedoch wieder mit Plüschke. Vor gestern Abend traf Plüschke einen Bekannten auf der Straße und wurde von diesem bis an die Haustür gebracht. Zufälligerweise kam in diesem Augenblick auch der Tischler hinzu, der seiner Braut zurief: „Warte, wir rechnen ab!“ Das Mädchen legte dieser Drohung kein Gewicht bei und wollte sich heute morgen um 7 1/2 Uhr ins Geschäft begeben. Auf dem Treppenaufgang des zweiten Stockwerkes trat ihr jedoch Plüschke entgegen, der sie erregt aufforderte, ihm zu erklären, wer der Herr gewesen sei, den er am vergangenen Tage in ihrer Begleitung gesehen habe. Als sie ihm antwortete, daß ihn dies nichts angehe, zog der junge Mann ein Messer hervor und verletzte damit seiner Geliebten zwei Stiche in die rechte Brust und den rechten Oberarm. Giftern entfloß die Getroffene und eilte die Treppe hinauf. Frau Priesele, die die Giftern gehört hatte, kam ihrer Tochter entgegen und stellte sich zwischen diese und den Täter, der mit dem Messer in der Faust seine Verlobte verfolgte. Der Rasende stach auf die überraschte Frau ein und verletzte sie an der rechten Hand und am Oberarm. Während die Mutter besinnungslos zu Boden sank, verletzte der Täter seiner Braut sechs Stiche in den Rücken, die die Lunge und das Herz durchbohrten. Die Verletzte brach leblos zusammen. Plüschke begab sich hierauf in sein Zimmer und trank eine Flasche Psychoform aus. Bald darauf wurde der Mörder als Polizeigefangener nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Die Entvölkerung Berlins

hat in den Frühlingmonaten von 1914 weitere Fortschritte gemacht. Die Berechnungen des Berliner Statistischen Amtes, soweit sie bis jetzt vorliegen, ergeben für die Monate März und April wieder recht starke Abnahmen der Bevölkerungszahl. Nachdem der März mit 2 081 475 begonnen hatte, stellte zu Anfang April die Bevölkerungszahl sich nur noch auf 2 072 258 und bis Anfang Mai sank sie weiter auf 2 061 733. Das bedeutet für die beiden Frühlingmonate März und April zusammen einen Bevölkerungsrückgang von fast 20 000, genauer: 19 742. Für die Juni- oder Abnahme der Bevölkerungszahl ist in Berlin der Ertrag der Juni- und Wegzüge des Frühling und des Herbstes von besonderer und geradezu ausschlaggebender Einfluß. März und April zusammen hatten diesmal (nach eingegangenen Meldungen samt üblichen Zuschlägen) 62 461 Zugezogene und 83 533 Weggezogene, mithin ergab sich aus Wanderungen ein Verlust von 21 072. In denselben beiden Monaten des vorigen Jahres waren noch 64 249 Zugezogene und andererseits 83 271 Weggezogene gezählt worden, so daß der Wanderungsverlust sich auf 19 022 stellte. Aus Wanderungen wurden in diesem Jahre um reichlich 2000 mehr eingebüßt, weil die Zahl der Zugezogenen um ungefähr so viel geringer als im vorigen Jahr war. Gegenüber solchen Verlusten ist der Gewinn, den der Geburtenüberschuß brachte, verschwindend klein. Sieht man von den Totgeburt ab, so wurden im März und April diesmal zusammen 6429 Kinder geboren und es starben 5090 Personen. Der Geburtenüberschuß belief sich für die beiden Monate auf nur 1339, wodurch von dem hohen Wanderungsverlust nur ein winziger Teil ausgeglichen wurde. (Wanderungsverlust 21 072, Geburtenüberschuß 1339, also Bevölkerungsrückgang 19 742.) Im vorigen Jahre hatten März und April zusammen noch 7202 Geburten gebracht, gegenüber 6246 Sterbefällen, so daß ein Geburtenüberschuß von 1956 blieb. Diesmal hat im März und April zu der Erhöhung des Wanderungsverlustes die durch Minderung der Geburten verursachte Abschwächung des Geburtenüberschusses sich gesellt, die den Bevölkerungsrückgang noch beschleunigte. Selbstverständlich wird er nicht in den folgenden Monaten so fortdauern, wie er in den Frühlingmonaten war. Der Sommer bringt in der Regel nur geringe Veränderungen in der Bevölkerungszahl. Schwierig wird aber der Herbst gut machen, was der Frühling verdorben hat.

Im Fahrstuhl getötet

wurde gestern morgen in einem Warenhaufe am Alexanderplatz der Führer Johann Kieselbach, der dort seit sechs Jahren angestellt war. Am Königsgraben stehen nebeneinander mehrere Lastenaufzüge, die die Waren in die Stockwerke hinauf- und herabzuführen. Gestern morgen stand ein Stuhl oben im vierten Stock. Hier stellte sich nun Kieselbach auf den Fahrstuhl und schmierte das Seil und die Führung. Im Stuhl befand sich sein Kollege Vorräder, um den Aufzug herunterzulassen, je nachdem Kieselbach eine Strede abgeschmiert hatte. Die beiden Männer sahen nicht, daß der Fahrstuhlführer Ruß, der unten in dem Redenstuhl stand, aufahren wollte. Als nun Ruß einschaltete und sein Stuhl sich aufwärts bewegte, senten sich oben die Gewichte, fuhren Kieselbach und quetschten ihm den Kopf und ein Bein ab. Der Kopf des Unglücklichen blies ihm im Gesänge hängen, während der Körper herunter fiel. Die Feuerwehre wurde gerufen, um die Leiche zu befreien. Diese wurde dann von der Polizei beschlagnahmt. Der Verunglückte ist verheiratet und Vater von drei Kindern.

Die Studenten haufen.

Die Charlottenburger „Neue Zeit“ bringt unter der Spitzmarke: „Studentischer großer Unfug“ folgende Notiz: In der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag gegen 4 Uhr morgens wurde von etwa 10 Studenten in der Siesenhimer Straße der Dodel zum Kanalisationsleistung herausgehoben und die vor dem Opernhaus in der Wismarstraße stehenden Lorbeerbäume auf die Straße geworfen. Der Inspektor Seger von der Nachtwach-Gesellschaft, der die Leute hierbei beobachtet hatte, veranlaßte die Feststellung derselben durch die Schutzmannschaft.

Wahrscheinlich befinden sich unter diesen gebildeten Vandalen Personen, die später als Richter über törichte Taten ungebildeter Arbeiter zu Gericht sitzen.

Die Treptower Bauabwägung. Den Magistrat beschäftigt, wie bekannt, schon seit langem der Treptower Bauabwägung und insbesondere der für die Erschließung als Baugelände in Betracht kommende im Eigentum von Berlin stehende mittlere Ortsteil, der an die Anlagen des Parks und Plänterwaldes angrenzt. Im Bestreben, hier ein den modernen städtebaulichen Anschauungen entsprechendes Werk zu schaffen, hat der Magistrat die bekannten Städtebauer Janßen und Eberstadt mit der Aufstellung von Entwürfen für die Bebauung beauftragt. Die Tiefbau- und Grundeigentumsdeputation haben die Pläne bereits begutachtet, der Magistrat hat sie zwecks nochmaliger Durchspruchung einer Kommission überwiesen, die unter Vorsitz des Oberbürgermeisters gestern tagte. Da die Verfasser in der gestrigen Sitzung ihre Entwürfe selbst vortrugen, hatten sich auch zahlreiche andere Mitglieder des Magistrats eingefunden. Mit Rücksicht auf die Bedeutung der Angelegenheit und bei der vorgerückten Zeit konnte die Beratung gestern nicht zu Ende geführt werden, doch wird die Kommission zur endgültigen Stellungnahme in der nächsten Woche nochmals zusammentreten.

Der Leistungsfähigkeit der Polizeihunde stellte der Leiter der staatlichen Polizeihund- und Dressuranstalt Grünheide (bei Berlin), Polizeileutnant Rost, in einer Verhandlung vor dem Potsdamer Schwurgericht, bei der es sich um Brandstiftung handelte, sein sehr günstiges Zeugnis aus. Er führte u. a. aus: Die Polizeihunde lassen in ihrer Brauchbarkeit für kriminelle Ermittlungen noch sehr viel zu wünschen übrig. Die in sie gesetzten Erwartungen haben sie nicht erfüllt. Besonders bei Spurensicherungen sind sie nicht purentreue, sondern verfolgen häufig nebenherlaufende fremde Fährten und neigen dazu, sie der frischen Spur nachzugehen, da die „frischer duftet“. Eine große Rolle in der Ausarbeitung der Fährte durch die Hundenasche spielen Einbildung und Wetterverhältnisse und Bodenbeschaffenheit. Bei fünf bis sechs Stunden alten Spuren löst der Spürhund der Tiere schon auf erhebliche Schwierigkeiten, in älteren Spuren wird der Hund völlig unzuverlässig, da er stark wechselt und nicht selten Leute verbellt, die mit der Tat nichts zu tun haben. Ueberhaupt ist der Hund nicht instand, allein, ohne Einwirkung des Führers, an den er gewöhnt ist, eine Spur selbstständig aufzunehmen. Immer ist eine unwillkürliche Beeinflussung durch den Führer, der durch Stimme und Gesten dem Tier seinen Willen zu verstehen geben kann, in Betracht zu ziehen. Das Aufsuchen von Wohnungen durch Hunde besagt ebenfalls nichts, da das gewöhnlich Ueberbleibsel der Dresur sind. Bei einer Vorführung von dressierten Hunden auf der Karlsdorfer Rennbahn, die im März und April d. J. im Weisfeld des Ministers des Innern stattfand, wurden neun Spuren angelegt, und nach fünf bis sechs Stunden konnten bei bestem Wetter und vollständiger Absperrung die Hunde durchaus nichts mehr leisten.

Im Kanal ertrunken. Der seit dem 4. Juni vermißte 7 1/2 Jahre alte Knabe Hans Salewski, aus der Ologauer Straße, ist gestern an der Kottbuser Weide als Leiche aus dem Kanal gelandet worden. Die Vermutung, daß der Knabe mit Kindern am Kottbuser Ufer gespielt hatte und dabei in den Kanal gestürzt und ertrunken ist, hat sich danach leider bestätigt. Da nicht nur hier, sondern auch in anderen am Wasser gelegenen Straßen jährlich zahlreiche Kinder beim Spiel ertrinken, sollten die Eltern sowohl wie auch vorübergehende Personen am Wasser spielende Kinder auf die Gefahren aufmerksam machen.

Auf der Treptow-Sternwarte finden folgende gemeinverständliche Vorträge statt: Am Sonntag, den 14. Juni, nachmittags 5 Uhr: „Mit Schmelzflug und Dzeandampfer von Berlin über Bremen nach New York“; abends 7 Uhr: „Interessante Bilder aus Italien“; am Montag, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr: „Kinematographische Vorführungen“; am Dienstag, den 16. Juni, abends 8 1/2 Uhr, spricht Direktor Dr. F. S. Archenhold über: „Astronomie mit dem Opernglas und kleinen Fernrohren“ unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder; am Mittwoch, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, wird Dr. W. Ebert, Privatdozent an der Wiener Universität, einen Lichtbildervortrag über „Jupiter und Saturn“ halten. Mit dem großen Fernrohr werden am Tage die Venus und abends Sternhaufen und Doppelsterne beobachtet.

Wer sind die Toten? Am 8. Juni, nachmittags 6 1/2 Uhr, ist vor Vergstr. 37 eine anscheinend dem Arbeiterstande angehörende Frau von einem Kraftwagen überfahren worden und am 7. Juni im Lazarus-Krankenhaus verstorben. Bisher ist es nicht gelungen, die Persönlichkeit der Verstorbenen festzustellen. Sie ist etwa 40 Jahre alt, 1,60 Meter groß, kräftig, hat längliches volles Gesicht, geneigte Stirn, braunes graumeliertes Haar, sehr dünne Augenbrauen, über dem rechten Auge Wargenanlage, verhältnismäßig kleine Zähne und schmale Hände. Velleidet war sie mit grau-braun farbigem Kleidervord, gelblicher Bluse, blaugestrichelter Wirtschafschürze, schwarzen Strümpfen und schwarzen Schnürschuhen. Um auffällende Nachrichten bittet der XII. Kriminalbezirk, Zimmer 349 III zu 2209, IV, 55, 14, auch nimmt jedes Polizeirevier solche entgegen.

Am 7. Juni abends gegen 10 1/2 Uhr sprang vor Kupfergraben 4 ein anscheinend dem dienenden Stande angehörendes, etwa 20 Jahre altes Mädchen in den Spreekanal und ertrank. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden. Am Ufer lag die Unbekannte einen grau-grünen Mantel ohne Taschen mit schwarzem Samtkragen, zwei Druckknöpfen sowie einem großen Perlmutternopf, und einen dunkelgelben Strohhut, hinten und vorn mit roten Rüschen garniert und mit einem lilablauen Kinnband zuzuschnüren. — Die genannten Sachen können im XII. Kriminalbezirk, Zimmer 349 III des Polizeipräsidiums in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags besichtigt werden. — Um auffällende Nachrichten bittet die genannte Dienststelle zum Wenzelschen 2261, IV, 55, 14, auch nimmt jedes Polizeirevier solche entgegen.

Am 9. Juni d. J. gegen 8 1/2 Uhr nachmittags wurde aus dem Charlottenburger Verbindungskanal am Sduser in der Nähe des Johannisstifts eine unbekannt männliche Leiche aus dem Wasser gezogen. Sie ist auf dem Gemeindefriedhofe in Blögensee untergebracht worden. Personalbeschreibung: Größe 1,70 M., Alter ungefähr 50 Jahre, dunkles Haar, Glatze, rötlicher Schnurrbart, Einfluß von Völlerei. Kleidung: schwarze Hose, schwarzes Jackett, schwarze Weste, weiß-schwarz gestreiftes Sackhemd, graue Strümpfe, schwarze Schnürstiefel, rotes Taschentuch.

Vorortnachrichten.

Aus der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

Ueber den Beschluß der Stadtverordneten zu dem Fall Richter im Hinblick auf die Ankündigung gerichtlicher Entscheidung meiter eine abwartende Stellung einzunehmen und die Besprechung der Interpellation unserer Genossen erneut zu vertagen, berichteten wir in Nr. 156. — In derselben Sitzung wurde beschlossen über den aus dem Ausschuß zurückgelangten Magistratsantrag: im Deutschen Opernhaus die Eintrittspreise zu erhöhen. Der Ausschuß empfahl, den geplanten Erhöhungen mit

einigen Änderungen zuzustimmen, anderenfalls würde das Opernhaus, wie der Ausschußberichterstatter, Stadtm. Tuna, ausführte, das Spieljahr 1914/15 mit Unterbilanz abschließen müssen. Auf dem 2. und dem 3. Rang sollen pro Sessel 30 Pf. mehr gezahlt werden, 50 Pf. mehr bei Vorstellungen zu erhöhten Preisen. Auch über die Forderungen der Direktoren und den Antrag des Magistrats ist der Ausschuß hinausgegangen, indem er den Preis des Galeriesplatzes bis auf 1,25 M. hinaufführte. Begründet wurde diese Veranuerung mit dem Hinweis, daß die „Freie Volksbühne“ für die Vorstellung im Deutschen Opernhaus 1,30 M. nehme und mancher Besucher bei der Verlosung doch auch nur einen Galeriesplatz erwische. Auch die Steigerung der Ausgaben für technisches Personal mußte erhalten, die Notwendigkeit einer Preissteigerung zu beweisen. Gegen die Ausführungen des Stadtm. Tuna wandte sich unter Genosse H. A. Bei aller Anerkennung der Leistungen des Opernhaus könne man der Preissteigerung nicht zustimmen, weil sie es der minderbemittelten Bevölkerung erschwere, sich auch mal den Genuß einer Oper zu gönnen. Zu dem von dem Ausschußberichterstatter gemachten Versuch, die „Freie Volksbühne“ für die Veranuerung auch der Galeriesplätze auszuspielen, wies Genosse Schwarzberg darauf hin, daß man dort für 1,30 M. auch bessere und beste Plätze erhalten kann. Das technische Personal des Opernhaus werde auch jetzt noch bei einem Anfangseinkommen von monatlich 114 M. nicht auskömmlich bezahlt. Stadtm. Reumann fand, daß das Opernhaus selbst bei 1,35 M. den Besuchern noch ein „Geschenk“ mache. Die Preissteigerung wurde dann mit großer Mehrheit beschlossen. Erhöhte Preise sollen ein treten bei Premieren und allen Wagneroperen, mit Zustimmung des Magistrats auch bei sonstigen großen Opern und tantumspflichtigen Opern. An Sonntagen soll in Ausnahmefällen, wenn berühmte Künstler gastieren, mit Magistratszustimmung nochmals erhöht werden dürfen. Für die Galerie gilt die Erhöhung allgemein. — Zu einer lebhaften Debatte kam es bei dem Ausschußberichterstatter die Magistratsvorlage betreffend die Veräußerung des Dispositionsfonds. Berichterstatter Stadtm. Wölmer beantragte, in Uebereinstimmung mit der Vorlage, die aus Provinzialsteuer ersparten 137 000 M. dem schon im ersten Quartal des 1914 fast zusammengekauften Fonds voll zu überweisen. Für die nolebendigen Hausbesitzer wurde ein Antrag des Stadtm. Wamika, auf einen Vorzeit herauszugeben. Genosse H. A. führte Stadtm. H. A. aus, ohnedies durch Erhöhung der Kanalisationsgebühr überlastet, da sollte man ihnen die bisher abgeleitete Ermäßigung der Abfallabgabe jetzt bewilligen und hierzu die Hälfte der 137 000 M. verwenden. Stadtm. Meyer rief ab, weil infolge der durch die allgemeine Wirtschaftslage ungünstig beeinflussten Finanzlage der Stadt kein Geld drüber sei. Stadtm. Reumann hielt die Sonderbelastung des Grundbesitzes für weder gerecht noch liberal. Der Ausschußantrag wurde angenommen. — Zur Kenntnisnahme teilte der Magistrat mit, daß er keine obligatorische Fahr- und Fachschule für Kutsher errichten wird. — Zugestimmt wurde der Vorlage betreffend die Errichtung einer Gemeindedoppelschule in der Kamminer Straße. Die Begründung muß den längst fühlbar gewordenen Schülermangel des Stadtteils nördlich der Spree zugeben. Mit dem Rotbeißer der fliegenden Klassen und der Schulbancaden ist da nichts mehr zu machen. — In der Stadtratswahl wurden die bisherigen am besoldeten Stadträte Raver, Schlieemann, Cassirer, Sachs, Penzig, Spiegel, Köhlig wiedergewählt.

Reutkölln.

Das vom Hochbauamt der letzten Sitzung der Schuldeputation vorgelegte Projekt des Baues eines 18klassigen Gemeindeerschulgebäudes in der Enser Straße nebst Turnhalle, Jugendbespielfraum und Dienstwohnung soll den städtischen Körperstellen zur Annahme empfohlen werden. Der zur Erteilung von Schulunterricht und zur Erhaltung von Freibädern zur Verfügung gestellte Betrag von 2000 M. soll in der Weise Verwendung finden, daß a) für Erteilung von Schwimmunterricht an 150 Schüler je zwei Halste Anaben und Mädchen 600 M., b) zur täglichen Benutzung des Schwimmbassins im Stadtbad durch 300 schwimmlustige Schüler und Schülerinnen während der Sommerferien 600 M., c) für zur Verfügung gestellte 16 000 Einzel-Freilichtorten zur Benutzung des Schwimmbassins im Stadtbad während des Rechnungsjahres 1914 durch Schüler und Schülerinnen der Gemeindefschulen 800 M. an das Stadtbad gezahlt werden.

Mit der Freigabe der Schulhöfe Woddingstraße, Prinz-Jandjeer-Straße, Weststraße, Müllstraße und Kaiser-Friedrich-Straße als Spielplätze während der Sommerferien erklärte die Deputation unter den üblichen Bedingungen einverstanden.

Die Einwohnerzahl Reutköllns betrug nach Feststellung des Statistischen Amtes am 1. Juni d. J. 276 246 (gegen 271 180 am 1. Juni 1913).

Familienausflug. Sonntag, den 14. Juni, veranstaltete der Spielerschulverein einen Ausflug nach Grunewald-Havelberge-Wigelsdorf (zum Alten Freund). Fahrgehalt 40 Pf. Außerdem wird gebeten, den Kindern 10 Pf. und etwas gemahlten Kaffee zum Kaffeelocher mitzugeben. — Abfahrt 7 1/2 Uhr pünktlich vom Bahnhof Reutkölln.

Mittwoch, den 17. Juni: Spielen in Treptow. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr Widenbruchplatz (Eisenfest).

Schöneberg.

Ein Automobilunfall ereignete sich gestern nachmittags in der Jundbruder, Ede Freiherren-vom-Stein-Straße. Dort fuhr ein Droschkenautomobil gegen einen Kandelaber. Der Anprall war heftig, daß die große Vogenlampe des Kandelabers herabgeschleudert wurde und auf eine im Auto sitzende Dame fiel. In verletztem Zustand wurde die Dame zu einem Arzt gebracht.

Lichtenberg.

Die Stadtverordnetenwahlen sind vom Magistrat auf den 29. und 30. Juni festgesetzt.

Nieder-Schönhausen.

Aus der Gemeindevertretung. Eine vom Zweverhandlungsrat Groß-Berlin eingegangene Mitteilung besagt, daß von der Eisenbahngesellschaft der Bau einer Warichehalle am bisherigen Endpunkt der Bahn an der Malanenstraße nach Verlängerung der Linie nach Rosenhof nicht gefordert werden kann. — Ein vorliegender Antrag an das Landratsamt, die unhaltbaren Zustände bei der Erbsenkrankheit Niederbarnim zu beseitigen, wurde einstimmig angenommen. Ebenso ein erneuter Antrag an den Oberpräsidenten um Genehmigung einer Gemeindefabrik. — Die Arbeiten und Leistungen für den Umbau des Realprogymnasiums wurden an den meistbietenden Unternehmer H. Schmidt aus Rankow für den Preis von 66 727 M. vergeben. — Eine Impflösung der Wismarstraße zwischen Jüngergraben und Wismarplatz muß vorläufig unterbleiben, da der Gemeinde unterragt wurde, aus Anleihemitteln die Kosten zu decken. Nur die größten Schäden sollen ausgebeffert und die Regenrohrleitung verlängert werden. — Der von der Gemeinde für Wohlfahrtspflege gestellte Antrag, einen Zuschuß zum „Wohlfahrt“ zu bewilligen, wurde, nachdem Genosse Diege sich energig dagegen ausgesprochen hatte, einstimmig abgelehnt. Zum Schluß der Sitzung wurden noch Wünsche auf Verbesserung des Verkehrs erörtert. So wurde eine Verlängerung der Linie 44 bis Nieder-Schönhausen verlangt, eventuell Zusammenlegung dieser Linie mit Linie 23 zu einem Ring. Ferner soll eine größere Zahl von Bahnhöfen wieder gefordert werden, die seit Eröffnung der S-Bahn in der Schönhauser Allee nicht mehr verkehren. Auch soll versucht werden, Zubringerlinien bis zum Bahnhof Nordring zu erhalten. Um diese Wünsche energig zu fördern, soll in der nächsten Sitzung eine Verlehrscommission gewählt werden.

Zubars-Waldmannslust.

Die letzte Gemeindevorversammlung beschäftigte sich zum drittenmal mit dem Erlaß einer Beitragsordnung zur Dedung der Steuern.

...kosten; dieselbe fand nunmehr mit unwesentlicher Abänderung die Zustimmung der Vertretung. Unsere Genossen stimmten wiederum dagegen, da ihnen direkt verweigert wurde, sich über die Höhe der entstehenden Kosten zu informieren. Die Kosten für den fertigen Ausbau der Kanalstation sind insgesamt auf 2.064.000 M. veranschlagt. Als Kosten sind nach der Beitragsordnung von laufender Meiler Grundstücksfront für Bauklasse I 33,50 M., Bauklasse C 24 M. und Bauklasse D 22 M. vorgesehen. Zu bedenken sind jetzt nur die Kosten des ersten Ausbaues von circa 830.000 M., der ein Fünftel des Gemeindebezirks umfaßt. Da nach den Beschlüssen der Gemeindevertretung aber nur 700.000 M. zur Verfügung stehen, so ist mit einer Uebererschreitung von 130.000 M. zu rechnen. Nähere Aufklärung hierüber konnte in der Sitzung nicht gegeben werden. Dann teilte der Gemeindevorsteher mit, daß durch die infolge der vielen Einsprüche wiederholte Abänderung der Beitragsordnung sich die Aufnahme eines weiteren Darlehens von 100.000 M. nötig mache. Die Aufnahme desselben soll bei der Kreisparlance mit 1/2 Proz. Verzinsung erfolgen. Dieser Antrag wurde ebenfalls gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. Letztere vertraten die Ansicht, daß, wenn die Kostenverteilung in gerechter Weise in der Beitragsordnung vorgenommen wäre, keine Einsprüche gegen dieselbe erfolgt wären; mithin hätte sich die Aufnahme weiterer Anleihen erübrigt.

Santow.
Der Bildungsausschuß veranstaltet am Sonntag, den 14. Juni, einen Familienausflug nach Seehof. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr bei Giesl, Kaiser-Wilhelm-Straße 34; um 3 Uhr bei Erpl, Lichterfelde, Berliner Straße, Kassehofen; um 4 Uhr Spiele im Walde für jung und alt.

Sohnsdorf.
Aus russischen Kreisen. Am Sonnabend, den 13. Juni, abends 9 Uhr, findet im Lokal von Bild. Wirt ein Vortragsabend statt. Vortragender: Genosse Ernst Reuter. Eintritt beträgt 20 Pf. Der Ueberkauf wird dem Deutschen Hilfsverein für die politischen Gefangenen Auslands überwiesen.

Wannsee.
Aus dem Gemeindeparlament. Der letzten Sitzung lag ein Antrag vom Kreise Teltow vor auf Uebernahme und Unterhaltung einer Straße in Köhlbasenbrück. Bekanntlich hat der Kreisbauausschuß beschlossen, drei Bahnhofsstraßen bei Köhlbasenbrück zu kaszieren und die Kreischauffee durch Poßmannsdorf zu führen. Wannsee soll mit 40.000 M. zu den Kosten herangezogen werden, weil für die Bewohner des unteren Ortssteils ein kürzerer Weg zum Bahnhof Köhlbasenbrück geschaffen werden soll. Es wird beabsichtigt, die projektierte Straße im früheren Västebett auszubauen und Köhlbasenbrück mit der neuen Chauffee zu verbinden. Sie ist 10 Meter breit gedacht und soll Asphaltpflaster auf Kies- und Schotterunterbau erhalten. Auf beiden Seiten sollen Linden gepflanzt werden; die Entwässerung nach dem Teltowkanal ist vorgesehen. Die Uebernahme resp. Unterhaltung der Straße wird vorläufig mit der Begründung abgelehnt, daß die Herstellungskosten und Breite dem Ortsstatut nicht entsprechen. — Die freiwillige Feuerwehr des Ortes beantragt die Anschaffung eines Feuerwehrautomobils und die Aufstellung mehrerer Transparente. Die Anträge werden einer Kommission überwiesen, welche das Köhlbasenbrück des Ortes einer eingehenden Prüfung unterziehen soll. — Zur Abrechnung kam ein Antrag der deutschen Gartenstadt-Gesellschaft, welche beabsichtigt, eine größere Fäbge bei Steinbrücken mit circa 70 kleinen Einfamilienhäusern zu bebauen. Im Projekt ist aber keine Entwässerungsanlage vorgesehen und die Straßbreite entspricht nicht dem Ortsstatut.

Spandau.
Ueble Folgen des letzten Gewitters. In Haselhorst sind neuerdings von der Gemeindeverwaltung zwischen der Konsumfabrik und dem Gutshof Straßenlaternen aufgestellt worden. Während des letzten schweren Gewitters wurden durch den starken Sturm alle diese Laternen bis auf zwei ausgelöscht, so daß in der nun entstandenen Finsternis verschiedene Personen in der Straße zu Fall kamen und sich zum Teil erheblich verletzten. Die Herabstürzen, die im westlichen Bürgersteig der Schwälder Straße umweil des Lehrerbüro durch Unterschlüpfen während des Gewitterregens in der Dienstagsnacht verursacht wurden, waren gestern vormittag noch nicht vollkommen beseitigt. Das Erdreich gab an verschiedenen Stellen im Laufe des Tages noch weiter nach und es bildeten sich Vertiefungen bis zu 1 Meter. Die Kanalrohrleitung wurde in unversehrtem Zustand vorgefunden.

Ein großes Waldfest veranstaltet der Arbeiterbildungsausschuß am 12. Juli auf der „Bürgerablage“. Da das vorjährige Waldfest bei starker Beteiligung auf allseitiger Zustimmung verlief, so ist in diesem Jahre auf noch größere Beteiligung zu rechnen, zumal die Bürgerablage zu derartigen Volksfesten wie geschaffen ist und von der Stadt auch anstandslos allen Vereinen zur Verfügung gestellt wird. Jetzt sind für den Aufenthalt auf der Bürgerablage noch Naturbänke aufgestellt worden.

Oranienburg.
Mit Maßnahmen der hiesigen Vätermeister hatte sich die letzte Generalversammlung des Konsumvereins zu beschäftigen. Nach einem vor wenigen Wochen gefassten Beschluß der Väterzwangsdämmung, ist es den Vätermeistern bei Androhung einer Konventionsstrafe verboten, ab 15. Juni d. J. bei Verabfolgung von Waren den Konsumvereins zu geben. Genosse Strobel geißelte das Verhalten der Vätermeister, die um so weniger Anlaß zu solchem Vorgehen hätten, als die Verkaufspreise usw. in gar keinem Verhältnis zu den getroffenen Maßnahmen ständen. Er erachtete dieses Vorgehen lediglich als einen Gewaltakt, der auf die letzten Stadtverordnetenwahlen zurückzuführen sei. Durch ein Abkommen mit dem Konsumverein in Veltzen, welcher eine eigene, der Neuzeit entsprechende Väterei unterhält, sei es gelungen, den Bedarf der Konsumvereinsmitglieder an sämtlichen Waren zu den bisher gebotenen Preisen zu decken. Außer dem bisherigen Rabatt an Konsumvereinsmitgliedern, die Mitglieder auch die Gewisse, daß sie größere Waren erhalten, und sie ihren Bedarf dort entnehmen, wo geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen. Genosse Pappe betonte noch, daß die Maßnahmen der Vätermeister sehr bald nachgelassen werden würden, wenn die Mitglieder des Konsumvereins hier nicht energische Ueberwachungsregeln ergreifen wollten. Schon heute verhalten verschiedene Kolonialwarenhändler durch Jugenden und Schleudervereife die Konsumvereinsmitglieder. Einmütig stimmte die Versammlung dem Vorschlag der Verwaltung zu, von Montag, den 15. Juni d. J., sämtliche Waren inklusive Brot von dem Konsumverein in Veltzen zu beziehen. Den Mitgliedern wird die Ware morgen ebenfalls rechtzeitig zugestellt, wie dieses bei den hiesigen Väteren der Fall war. — Das achtjährige Bestehen des Vereins soll am 27. Juni d. J. durch ein Vergnügen in „Dobats Gesellschaftshaus“ begangen werden.

Potsdam.
Zweiterlei Noß. Die Buchdrucker und Schriftsetzer Potsdams hatten an den Magistrat und die Stadtverordneten eine Eingabe gerichtet, worin sie um einen Zuschuß zu einer Reise nach Leipzig zur Befähigung der Bucherzucht. Eine ganze Reihe von Städten hat sich zur Bewilligung eines Beitrages bereitgefunden. Die Buchdrucker rechnen in Potsdam um so eher auf ein Entgegenkommen, als in der Stadtverordnetenversammlung die Kleingewerbetreibenden stark vertreten sind und in ihr auch drei Buchdrucker vertreten sind. Der Magistrat überlehnte das Gesuch der Buchdrucker ab und die Stadtverordneten schloßen sich dem an, ohne daß es der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Paus überhaupt erst für notwendig hielt, das betreffende Schreiben zu verlesen. Und sein Stadtverordneter rührte sich! Wie ganz anders war es doch im vergangenen Jahre, als der Potsdamer Bannergesangverein eine Vergnügungstour nach Frankfurt a. M. unternahm, um an dem Sängerkongress teilzunehmen. Mit welcher Einmütigkeit wurden damals 500 M. bewilligt! Für

Vergnügungsfahrten für das „bessere“ Publikum ist Geld da; für Arbeiter aber, welche ihr Wissen bereichern wollen, nicht. Allerdings hatte damals der Männergesangverein Fürsprecher im Rathause; denn ihm gehörten auch einige Stadtverordnete an, während die Buchdrucker, wie die Arbeiterschaft überhaupt, noch keinen Fürsprecher im Rathause hat.

Selbstmord im Gerichtsgefängnis.
Im Gefängnis des Potsdamer Gerichts hat sich vorgestern der 23jährige Hausdiener Ferdinand Schiemenz erhängt. Er war am Sonnabend von der Potsdamer Strafkammer wegen Rückfalldiebstahls zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Am 6. April war er nach Verbüßung einer wegen Fahrraddiebstahls verhängten Gefängnisstrafe entlassen worden. Am 20. April verübte er in Potsdam einen neuen Diebstahl. Auf dem gestohlenen Rade wurde er in Wannsee verhaftet. Das strenge Urteil von 1 1/2 Jahren Gefängnis hat sich Schiemenz so zu Herzen genommen, daß er sich in der letzten Nacht in einer Zelle des Gerichtsgefängnisses erhängte.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.
Steglich. Heute Freitag abends 6 Uhr, im Rathause.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Gerichtszeitung.

Staatsgefährliche Ohrringe und Manschettenknöpfe.
Schon wieder haben die Gerichte auf dem polnischen Kriegsplan ankerordentlich gefährliche Feindungen erstickt, von denen aus — man höre — Deutschland vernichtet und das altpolnische Reich wiederhergestellt werden sollte. Fürstaber, entseht! Diesmal waren es nicht Paradehandtücher mit einem weißen Adler und einer Jungfrau. Mit noch viel gefährlicheren Waffen waren die Gegner ausgerüstet. Doch dem muthollen Draufgängerium der gegen die „polnische Gefahr“ in Vochum aufgestellten Vorposten und dem kaiserlichen Hauptquartier in Leipzig gelang es, dem Feinde sämtliche Waffen, als da waren Ohrringe, Manschettenknöpfe, Kravattennadeln, Perlecke, zu entreißen. Dank den braven Soldaten, die mit todesmüthiger Verachtung aller Logik und aller Wirklichkeit den fürchtbaren Feind zur Strecke brachten. Heil den Soldaten! Heil den Weisen! Ueber die Schlächten geht uns folgender Kriegsbericht zu:

Am 21. und 22. Juli d. J. fand im Schützenhause zu Vochum eine polnische Gewerbausschließung statt, in der u. a. eine gewisser Josef Bendowski Schmuckfaden, wie Manschettenknöpfe, Kravattennadeln, Ohrringe, Uhrkettenanhänger und dergleichen ausgestellt hatte. Alle diese Gegenstände waren besetzt mit Emblemen, die teils den weißen polnischen Adler auf blauem oder roten Untergrunde, teils das polnische Wappen in verschiedenen Farben, teils einen polnischen Ritter mit einem Schwerte in der Hand darstellten. Da diese Darstellungen nach Ansicht der Polizeibehörde anstößig wirkten, wurden die Schmuckfaden, insgesamt 440 Stück beschlagnahmt und von der Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren eingeleitet. Da es unmöglich war, dem Aussteller nachzuweisen, daß er die aufreizende Wirkung der Schmuckgegenstände kannte, so wurde nur gegen die Schmuckstücke selbst ein hochpolizeiliches Verfahren eröffnet. Das Landgericht in Vochum gelangte in seiner Sitzung vom 6. Dezember zu der Ansicht, daß die beschlagnahmten Schmuckfaden wegen der auf ihnen befindlichen Embleme geeignet seien, verschiedene Klassen der Bevölkerung in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Gemüthsregungen gegeneinander anzureizen. Wenn die Darstellungen in den Verkaufswaren polnischer Nationalität die Erinnerung an das einstige Polenreich und die Hoffnung auf die Wiedererrichtung dieses Reiches neu beleben und wachhalten und alle daran erinnern, was ihre Vorfahren mit Waffengewalt erreicht haben. Dadurch werde, so hat das Gericht gemeint, der polnischen Bevölkerung, die gerade in jener Gegend besonders hervortrete, ein starker Anreiz zu Gemüthsregungen gegen die deutschen Wäsbürger gegeben und hierin liege das Tatbestandsmerkmal eines Vergehens gegen § 130 des Strafgesetzbuchs. Gegen das Urteil hatte der Aussteller als Einzugsinteressent Revision eingelegt mit der Begründung, daß den Darstellungen auf den Schmuckfaden zu Unrecht ein aufreizender Charakter beigegeben worden sei. Manschettenknöpfe und Büfennadeln mit dergleichen Darstellungen, so hielt es in der Revision, seien nicht geeignet, Thron und Reich zu erschüttern und den öffentlichen Frieden zu gefährden, ebensowenig der polnische Adler, der ja sogar das Rathaus in Posen ziert und auch bis jetzt noch von keiner Behörde als den öffentlichen Frieden gefährdend, beanstandet worden sei. Die Darstellungen auf den Schmuckfaden seien lediglich dazu bestimmt, die polnische Bevölkerung daran zu erinnern, dankbare Erinnerung den Vorfahren zu pflegen, gleich wie man die Erinnerung an Vorfahren pflegt. Gemäß dem Inhalte des Reichsanwalts erkannte indessen das Reichsgericht am Mittwoch auf Verurteilung des Revidenten, da auf Grund der tatsächlichen Feststellungen der Vordereichter ohne Rechtsirrtum die Voraussetzungen eines Vergehens gegen § 130 des Strafgesetzbuchs für vorliegend erachtet habe.

Wenn Lächerlichkeit idot, so wären die Reichsgerichtsräte in Leipzig durch die Aufsenadeln und die Ohrringe jetzt völlig durchbohrt und vom weißen Adler zerstreut. Damit der polnische Adler in Posen kein Unheil anrichtet, sollen künftig bei einem Einzug des Kaisers die Geheimpolitisten dieses gefährliche Tier besonders bewachen.

Agrarier und Anrecht.
Das Schwurgericht Liegnitz, das am Montag einen Agrarier von der Anklage der körperlichen Mißhandlung mit Todeserfolg bei einem Landarbeiter unter der Annahme von „Notwehr“ freisprach, beschäftigte sich am Tage darauf mit einem Anrecht unter derselben Anklage. Dieser wurde zu 3 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, obwohl hier die Geschworenen mit viel größerem Recht hätten Notwehr annehmen können. Dieser Anrecht, ein Pole, griff, als er von den Deutschen in einem Tanzlokal beschimpft und bedroht wurde, zum Messer und nach einer Stellendischer so, daß dieser nach 14 Tagen an der erlittenen Verletzung starb. Wir nehmen von dem Urteil nur deshalb Notiz, um nochmals darauf hinzuweisen, daß am Tage vorher vor demselben Schwurgericht ein Agrarier unter der gleichen Anklage stand, der aber von der fast nur aus Agrariern gebildeten Geschworenenbank freigesprochen wurde.

Eine verpuffte Staatsaktion.
Bei der Wüsterung schmüden sich in Schlesien die zum Militär ausgehobenen jungen Leute mit Blumen, Bändern, Schleifen usw., auf denen die Truppenabteilung gedruckt steht, zu denen die zukünftigen Objekte gewisser Soldatenerzieher ausgehoben sind. Diese Gesinnungslosigkeit machten auch zwei gemeindefreilich organisierte Arbeiter aus Kunnersdorf im Riesengebirge mit. Beide kauften sich solche Bänder, aber rote. Dortan nahmen in Kunnersdorf einige besonders rotschneue Einwohner Anstoß und machten die Polizei auf die „sozialdemokratische Demonstration“ aufmerksam. Die Polizei war selbstverständlich auch der Meinung, daß es sich hier um eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit handelte und schickte beiden ein Strafmandat wegen großen Anstus.

Diergegen erhoben beide Einspruch. Das Schöffengericht Dirschberg sprach selbstverständlich beide frei. Der Staatsanwalt legte aber Berufung ein. Darum hatte sich jetzt die Strafkammer Dirschberg mit dieser welterschütternden Begebenheit zu beschäftigen. Der Staatsanwalt behauptete, beide wären maßlose Sozialdemokraten. Das traf aber leider noch nicht zu, beide sind nur gemeindefreilich organisiert. Nach der Verweisaufnahme zog der Staatsanwalt selbst seine eingelegte Berufung zurück. Damit war die große Staatsaktion erledigt.

Ein „von Gott Ausgewählter“.
„Vereinigung der rechten Forscher vom Diesseits und Jenenseits, wahre Anhänger der christlichen Kirche“, nennt sich eine Art Religionssekte, die sich um den Heilmagnetiseur Josef Weisenberg geschart hat. Diese ein Gemisch von Gesundbeterei und Spiritismus darstellende Sekte, spielte in einer Verhandlung eine Rolle, die gestern die 4. Strafkammer des Landgerichts II unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schulz bestrafte.

Angelagt wegen Verleumdung des Pastors Wilkenhagen in Seefeld und des Gerichtsassessors Ganz in Spandau, war der Buchdruckermeister Gottlieb Schmidt aus Tempelhof. Die Anklage hat folgende Vorgeschichte: Vor einigen Jahren tauchte in Seefeld der frühere Maurergeselle, spätere Heilmagnetiseur Josef Weisenberg auf, der behauptet, inwände zu sein Wunderheilungen vorzunehmen. Er behauptet auch, mit „geistigen Trancezustand“ sich in dem Jenenseits aufhalten zu können und seine Erlebnisse wiederzählen zu können. Schließlich behauptet er auch noch, daß er von Gott als Ausgewählter bezeichnet sei, da seine innere Handfläche das Stigma eines Kreuzes aufweise. Tatsächlich scharten sich zahlreiche Anhänger um ihn, so daß sich schließlich der Pfarrer Wilkenhagen veranlaßt sah, dem Konfessionarium eine Meldung zu machen. Zwischen dem „Prophezen“ Weisenberg und dem Gemeindevorsteher Köndke kam es zu Differenzen, die schließlich zu einer Verleumdungsklage gegen Köndke führten. In der Sitzung des Schöffengerichts Spandau unter Vorsitz des Assessors Ganz trat K. den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung, daß es zu Unstimmigkeiten und anderen Dingen gekommen, an. Das Gericht hielt diesen Beweis für gefäbht und sprach den Gemeindevorsteher frei. Bald darauf erschien ein von dem Angeklagten, der jener Sekte angehört, gedrucktes und verantwortlich gezeichnetes Flugblatt, in welchem gegen den Assessor Ganz der Vorwurf der parteiischen Prozeßführung erhoben und der f. S. als Zeuge vernommene Pastor Wilkenhagen als „Wahlsproffe“ bezeichnet wurde. Diese Flugblätter hatten die jegliche Anklage zur Folge. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 300 Mark Geldstrafe. Das Urteil lautete auf 200 M. Geldstrafe.

Ein gebrändmattter General-Anzeiger.
Im März dieses Jahres wurde in Duisburg der Gassenwäber Knack hingerichtet. Tags zuvor erfuhr der Oberstaatsanwalt Burgard des dortigen „General-Anzeigers“ persönlich den Ersten Staatsanwalt um eine Zulasskarte. Die Bitte wurde jedoch abgelehnt. Trotz alledem wählte das genannte Blatt seinen Lesern eine eingehende Schilderung von der Entthauptung des Wäbers zum ersten Frühstünd vorzulegen. Wie kam die Zeitung dazu? Herr Burgard traf in der Nacht den Königl. Architekt v. Wäheren, der von Zeit zu Zeit das Gerichtsgebäude auf seinen baulichen Zustand zu untersuchen hat. Mit dessen Hilfe gelang es dem Redakteur früh morgens um 4 Uhr in das Landgericht einzudringen, nachdem die Frau eines Heizers den Türschlüssel zum Fenster herausgerichtet hatte. Der Architekt und der Redakteur begaben sich dann in ein Zimmer, von wo aus man der Entthauptung bequem zusehen konnte. In dem Raume befanden sich noch mehrere Gerichtsbeamten mit ihren Frauen. Ein Gerichtsdiener hatte jedoch die unbefugte eingedrungenen Personen bemerkt. Er ließ mit Hilfe der Polizei das Zimmer räumen. Statt sich nun zu entfernen, schlichen sich Burgard und v. Wäheren in ein Zimmer einer anderen Etage. Von hier aus beobachteten sie dann unbedeutend die Hinrichtung.

Gegen den Redakteur Burgard, v. Wäheren und den Gerichtsbeizer wurde später Anklage wegen Hausfriedensbruchs erhoben. Die Anklage stand am Freitag vor dem Duisburger Schöffengericht zur Verhandlung. Während seiner Vernehmung schilderte der als Zeuge vernommene Erste Staatsanwalt Knack drastisch, wie ihm bereits um 6 Uhr früh, als die Hinrichtung noch gar nicht vollzogen war, ein Blatt des „General-Anzeigers“ in die Hände kam, worin schon ein langer Bericht darüber enthalten war. Einige Stunden später kam dann ein zweites Blatt genannter Zeitung mit den genauesten Einzelheiten heraus. Der Zeuge fuhr dann wütlich fort: „Der irrationale Vorgang ward von dem „General-Anzeiger“, um das Sensationsbedürfnis seiner Leser zu befriedigen, in einer sensationellsten, aufgeschaukten Art und Weise ausgedeutet, daß ich Anstoß daran genommen habe. Gerade wie der „General-Anzeiger“ die Sache schilderte, ist der beste Beweis für die Zweckmäßigkeit, besonders den „General-Anzeiger“ bei solchen Vorfällen fernzuhalten.“

Das Urteil lautete gegen Burgard und v. Wäheren auf je 30 M. Geldstrafe. Der Heizer wurde freigesprochen. Und dennoch findet sich ein Defizit für solche General- und Lokal-Anzeiger.

Spiel und Sport.

Radsfahrer.
Arbeiter-Radsfahrer-Bund „Solidarität“, Wälschstraße Berlin. Tourenplan zum Sonntag, den 14. Juni.
Rastung zum Arbeiter-Sportfest (Weisensee, Schloß). Alle Abteilungen starten um 12 Uhr an den bekannten Stellen, müssen um 1 Uhr die Gresswalder Straße passieren. Billets d'orgentlich zu entnehmen.

Mitgliedschaften von der Umgegend Grob-Berlins werden ersucht, ihren Start um 12 Uhr anzugeben, von den bekannten Stellen, müssen 1 Uhr Rüstingstor, Gresswalder Straße passieren. Für Räderstand ist bestens gesorgt.

Wilmersdorf. Zum Sportfest Weisensee, Start mittags 12 Uhr am Denkmal.

Schmargendorf. Sonnabend, den 13. Juni, abends 9 Uhr: Treffpunkt im Restaurant Schützenhaus, Hundeshöhe 20.

Sonnabend, den 14. Juni, zum Sportfest in Weisensee. Start: Mittags 1 Uhr, Café Art, Gubertsdorfer Straße.

Lichterfelde. Sonnabend, den 13. Juni: Tour nach Schmargendorf, Abfahrt 10 1/2 Uhr abends, Vereinslokal.

Sonnabend, den 14. Juni: Tour nach Weisensee zum Sportfest. Abfahrt 11 Uhr, Vereinslokal.

Arbeiter-Radsfahrer-Verein „Groß-Berlin“. Sonntag, den 14. Juni, früh 4 Uhr, nach Gresswalde (Zur Wähele). 60 Kilometer. Beschäftigung der Kanalunterführung und der Treppenschleuse. Anschlagkarte Wälschstraße, Nachm. 1 Uhr: Wälschstraße (Neuer Ring). Anschlagkarte Wälschstraße.

Turner.
Freie Turnerschaft Wilmersdorf-Schmargendorf. Zum Sportfest Weisensee. Treffpunkt aller Abteilungen: Mittags 1/2 Uhr bei Reuter, Gubertsdorfer Straße.

Turnverein „Höhe“. 2 Männerabteilung. Treffpunkt zum Arbeiter-Sportfest: Sonntag mittags 12 Uhr, Schloßliches Tor (Dachhaus).

Aus der Frauenbewegung.

Die Wurzel des Uebels.

Auf der 18. Generalversammlung des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose erklärte Professor Dr. Koepke in seinem Referat, so notwendig es sei, dem Geburtenrückgang Einhalt zu tun, dürfe doch nicht verkampt werden, daß eine große Kindersterblichkeit das Wohnungsproblem erhöhe, den Lebensunterhalt schädige und dadurch die Erkrankungen an Tuberkulose vermehre oder wenigstens die Heilung erschwere. Der enge Zusammenhang von Wohnmangel und Tuberkuloseverbreitung wurde weiter in einem Vortrag des Charlottenburger Stadtrates Seydel festgestellt, in dem es hieß, je mehr Menschen sich in einer Wohnung aufhalten, zumal wenn das Uebel des Schlafgängerwesens hinzukomme, desto größer sei die Ansteckungsgefahr.

Es ist nur zu begreiflich, daß dort wo viele Menschen zusammen mit ein oder mehreren an Tuberkulose Erkrankten auf einen und denselben Raum angewiesen sind, häufig genug Kranke und Gesunde dasselbe Bett, dieselben Trinkgefäße und dergleichen benutzen, mit der Uebertragung der Krankheit als etwas ganz sicherem unentrinnbarem gerechnet werden muß. Aber leider gibt es Tausende von Familien, die nicht mehr als einen noch dazu höchst unzulänglichen Raum zur Verfügung haben, ja die noch Fremde, Schlafkürschner, aufnehmen, weil sie sonst nicht die Miete erwirtschaften können. Und weiter gibt es viele Familien, die eine größere Wohnung nehmen möchten, die aber nicht imstande sind, ihr Vorhaben auszuführen, weil Wohnungen zu dem Preis, den sie anlegen können, nicht vorhanden sind. Viele Gemeinden treiben eben noch immer eine Wohnungspolitik, die sich von einer direkten Unterstützung des Bau- und Bodenwuchers kaum unterscheidet, sie kümmern sich nicht darum, ob die gesundheitlichen Anforderungen, die an die Wohnungen gestellt werden müssen, auch nur einigermaßen erfüllt werden. Wie es in solchen Orten aussieht, wird hin und wieder durch die Berichte der Wohnungsinspektoren bekannt. Wahrschafte Säuredecks- und Glendebilder werden da entrollt, so wenn es in dem Bericht der Wohnungsinspektion von Auerbach heißt, daß „ein im übrigen vernünftiger Gemeindevorstand nichts darin fand, daß in einer Küche 12 Personen in vier Betten schliefen“; wenn in Wolfshütten eine Küche und ein Bodenraum von 17 Personen, Großeltern, Eltern, vier erwachsenen Töchtern, einem erwachsenen Sohn, acht Kindern unter 14 Jahren bewohnt wurden, die nur fünf Betten und eine Wiege zur Verfügung hatten. Ein anderes Zimmer von 21/2 x 4 Meter Größe beherbergt 14 Personen. Ein Saß Federbetten und eine gemeinschaftliche Heubucht dienen als Nachtlager!

Man mache sich einmal klar, was das bedeutet. Die ganze Arbeit, die auf die Tuberkulosebekämpfung verwendet wird, muß ergebnislos bleiben, wenn solche Zustände nicht beseitigt werden können. Nur bei peinlicher Sauberkeit, bei sorgfältiger Trennung der Kranken von den Gesunden, bei sorgfältiger Bekämpfung vor allem der Säuglinge vor den Krankheitskeimen ist ein Weiterstreiten der Tuberkulose zu verhindern, aber wir fragen uns, wie soll eine Wohnung sauber gehalten werden, wenn sie aus einem oder zwei mit Menschen überfüllten Räumen besteht. Die schmutzige und reinlichste Frau wird diese Aufgabe nicht bewältigen können, ganz abgesehen davon, daß natürlich die gräßlichen Wohnverhältnisse und der nie endende und erfolglose Kampf gegen Unsauberkeit auf ihr lasten, sie zermürben und sie schließlich stumpf und gleichgültig machen müssen. Wachsen keine Kinder in solchen Wohnstätten heran, so ist es ein Wunder, wenn sie der Tuberkulose entkommen.

Kinder spielen und beschäftigen sich mit allem, was sie erreichen können. Sie kriechen auf dem Fußboden herum, auf dem sich die Krankheitskeime sammeln, ihre Hände, ihre Hände, die Lungen nehmen den Krankheitsstoff auf. Prof. Dr. Langstein-Verein meinte deshalb, Säuglinge aus Familien mit Tuberkulosekranken müßten eigentlich sofort nach der Geburt aus der Familie entfernt werden, um sie vor der Ansteckung zu schützen. Allerdings hält er selbst die Ausführung dieses Gedankens für sehr schwierig, auf das sonst so geübene Muttergefühl braucht scheinbar keine Rücksicht genommen zu werden. Sollte es nicht wirklich richtiger und zweckentsprechender sein, dafür einzutreten, daß billige gesunde Wohnungen zur Verfügung gestellt werden, so daß auch Familien, die nicht mit Glücklichem gesegnet sind, genügend Raum für sich und ihre Kinder haben könnten? Selbstverständlich ist auch dann die Gefahr der Ansteckung nicht ausgeschlossen, es bedarf noch vieler ärztlicher Arbeit, um den Eltern begreiflich zu machen, wie leicht sie durch ihre eigene Unvorsichtigkeit und Nachlässigkeit den Kindern dauernden Schaden an der Gesundheit zufügen. Aber es hat kaum Zweck, dort mit einer Erziehungsarbeit anzufangen, wo die Befolgung auch nur der wichtigsten Ratssätze tatsächlich unmöglich ist.

Neben der allgemeinen Verbesserung der Lebenshaltung der unermittelten Schichten ist die Beseitigung der Wohnungsnot die wichtigste Vorbedingung für einen aussichtsreichen Kampf gegen die Tuberkulose. Wir haben in Deutschland eine große Anzahl von Lungenspitälern, die hervorragendes leisten und für die ärmere Bevölkerung sicher eine Wohltat bedeuten. Bei einem durchschnittlichen Aufenthalt von drei Monaten können dort nach einem Bericht des Komitees zur Bekämpfung der Tuberkulose in jedem Jahre etwa 60 000 Kranke in ständige Heilbehandlung genommen werden. Die Heilstätten nehmen jedoch nur die Leichtkranken auf; die Schwerekranken, die auf etwa 500 000 geschätzt werden, und aus deren Reihen nach Witter jährlich 80 000 sterben, bleiben in ihren Wohnungen und bilden die größte Gefahr für ihre Umgebung. Aber auch dem Leichtkranken können die Heilstätten nur vorübergehend helfen. Nach einiger Zeit muß der eben Genesene wieder zurück in den Beruf und — was schlimmer ist — zurück in die enge Wohnung, wo er nicht frei atmen kann und wo das alte Leiden bald wieder zum Ausdruck kommen muß.

In wie starkem Maße die Wohnungsverhältnisse auf die Verbreitung der Tuberkulose einwirken, haben die verschiedensten Untersuchungen einwandfrei ergeben. In den Einzimmerwohnungen einer kleinen süddeutschen Stadt mit vorwiegend Landwirtschaft treibender Bevölkerung wurden fast doppelt so viele Tuberkuloseerkrankungen gezählt als in den größeren Wohnungen. Ueberall da, wo der besondere Schlafraum fehlt, häufen sich die Krankheitsfälle. H. M. Blumenthal schreibt die starke Zunahme der Tuberkuloseerkranklichkeit in England, die zu einer Zeit einigte, wo es noch keine Arbeiterversicherung und wenig Heilstätten gab, dem Umstand zu, daß eine „gewaltige und durchgreifende Reform der öffentlichen Gesundheitspflege und der Wohnungsreform“ einsetzte.

Nun haben ja auch in Deutschland die Kommunen mit der Wohnungsreform begonnen. Aber diese Fürsorge beschränkt sich in der Hauptsache auf die Wohnungs- und Heilpflege. Die Schließung und Ueberführung überflüssiger, ungeeigneter, zum Teil selbst verfallener Wohnungen kann oft genug nicht durchgeführt werden. „Was ist denn aus den Armen werden, wenn ihnen tatsächlich keine billigeren Wohnungen zu dem gleichen Mietpreis nachgewiesen werden können? So oder ähnlich sieht eine Wohnungsinspektion in Österreich. Die Zusammenfassung vor etwa einem Jahre aus. Gewiß, an dem Wohnungsmangel scheitert unsere ganze Wohnungsreform, doch dieser Wohnungsmangel muß nicht dauernd fortbestehen. Wir haben es in der Hand, Abhilfe zu schaffen, wenn wir die Städte zwingen, selbst zu bauen, und die Häuser den Rinderermittelten zu angemessenen Preisen zur Verfügung zu stellen. Hier liegt der große Fehler unserer städtischen Wohnungspolitik, der seinen Ursprung in dem numerischen Uebergewicht des Hausbesitzer-

standes in den Gemeindevertretungen hat, daß man nicht wagt, mit einer gesunden Bodenpolitik und mit dem Häuserbau in großem Stil vorzugehen, weil man den Vorwurf der Hausbesitzer fürchtet, daß die Stadt ihnen Konkurrenz mache. Darunter müssen die Armen leiden, und die Zahl der Tuberkuloseerkrankungen und der Tuberkulosesterblichkeit besonders bei den Kleinen bleibt erschreckend hoch.

Sollen wir unsere Pflicht gegen die Allgemeinheit erfüllen, so müssen wir das soziale Gewissen unserer Kommunalvertretungen erwecken oder scharfen, und wo die Angst vor der möglichen Schädigung des Kapitals alle besseren Regungen überwiegt, muß der Kampf auf der ganzen Linie aufgenommen werden. Ein Reichswohnungsgezet könnte uns viel helfen, aber es wird nicht kommen. Was wir von Preußens Parlament zu erwarten haben, ist sicher nicht viel; aber die Kommunen müssen zu umfassender Tätigkeit auf dem Gebiete des eigenen Wohnungsbaues angepörrnt werden, und auch das ist eine Arbeit, bei der die Frauen viel mithelfen können.

Ein liberales Musterblatt.

In seiner Wit über die gewalttätige Propaganda der Suffragetten ist das ehrsame linksliberale „Berliner Tageblatt“ ganz aus dem Häuschen geraten. In einem Leitartikel malt der Londoner Korrespondent das „fürchterliche Bild der Suffragetten“ in den schwärzesten Farben und stimmt Klagelieder darüber an, daß selbst der König es nicht mehr wagen dürfe, seinen gewöhnlichen Morgen Spaziergang zu machen, weil er befürchten müsse, den Schladtrif der Suffragetten zu vernehmen. Aber das „Berliner Tageblatt“ beschränkt sich nicht auf Klagelieder, es macht auch praktische Vorschläge, wie man den Frauenrechtlerinnen — Notabene den Klassenoffenen der Tagesblattleser — zu Leibe gehen könne. Von mehreren Vorschlägen, die in England zur Bekämpfung der Suffragetten ausgetaucht sind, erhebt er dem gemittelten linksliberalen Blatte nur einer als tabel. Bis her hat man die verhassten Suffragetten immer wieder aus dem Gefängnis entlassen müssen, weil sie in den Hungerstreik eintraten und das Gesetz die Verwaltung strafbar macht, wenn sie einen Gefangenen, der sich weigert, zu essen, im Gefängnis verhungern läßt. Der Liberalismus schwärmt ja stets für Verfassungsreformen und so vertritt das „Berliner Tageblatt“ die Auffassung, daß man die Verfassung ändern solle. Man möge der Gefängnisverwaltung das Recht geben, die Gefangenen auszuhungern. Es heißt darüber:

„Entweder eine Suffragette verhungert; dann wird durch ihr Martyrium die Bewegung idealisiert, sie wird eine Heilige, und wenn auch die Führerinnen ruhig werden, das ganze hat Stokkraft gewonnen. Oder die anfängliche Suffragette zieht es vor, zu leben und fängt im letzten Augenblick zu essen an; dann wird ihr Beispiel und die Aussicht auf jahrelanges Gefängnis die Schär der Kämpferinnen sehr rasch lichte n. Statt sie zu ernähren, lasse man sie deshalb verhungern.“

Man kann es getrost riskieren, die Haltung dieser Frauen bürgt dafür, daß sich nicht eine Opfer!

Die in dem ganzen Artikel ausgebrochenen menschenfreundlichen und freibürgerlichen Grundzüge lieden uns, als wir den Artikel mit dem Namen Ludwig gezeichnet fanden, vermuten, daß der bekannte Reichsverbänder Franz Ludwig sein Domizil von Böhmen nach London verlegt habe und zum Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“ avanciert sei. Doch wir befinden uns im Irrtum.

Den kandalösen Artikel hat der „liberale“ Emil Ludwig auf dem Gewissen, der den Tagesblattlesern schon des öfteren die englischen Politik vom Standpunkte des Kaffeehausliteraten aus serviert hat. Bei ihm nimmt auch die neueste Leistung kein Wunder.

Frauenwahlrecht.

Das Frauenwahlrecht in Oesterreich. Die Frauen Böhmens besitzen das Landtagswahlrecht, wovon sie infolge der linksliberalen Propaganda der scheidenden Frauenführerinnen bei den letzten Wahlen fast durchweg Gebrauch machten. Diese Propaganda erzielte die Wahl der Frau Wil-Amelica. Frau Wil-Amelica konnte jedoch ihr Mandat nicht ausüben, weil der Statthalter die Ausstellung des Zertifikats mit der Begründung verweigerte, daß der Wortlaut des Gesetzes als nur für die Männer gültig ausgelegt werden könne.

Die Landtagswahlordnungen aller übrigen Kronländer enthalten gleichfalls Bestimmungen, die den Frauen einiger Wählerklassen, besonders den Großgrundbesitzerinnen, das Landtagswahlrecht einräumen. Dieses kann zumeist nur durch Vertretung ausgeübt werden. In Görz und Gradiska, wo die Frauen vom allgemeinen Wahlrecht nur in der allgemeinen Wählerklasse ausgeschlossen sind, müssen sie persönlich wählen. Ausnahmen sind nur in der Wählerklasse des großen Grundbesitzes zulässig.

In Dalmatien besitzen die Frauen auch das Wahlrecht in der Wählerklasse der Städte, müssen dieses jedoch ebenso wie die Frauen in Galizien, Kärnten, Krain, Nöthen, Oberösterreich und Steiermark, wo die Frauen bloß in der Klasse des Großgrundbesitzes wahlberechtigt sind, nur durch Vertretung ausüben. In Niederösterreich ist nicht ausdrücklich bestimmt, daß die Frauen in der Klasse des Großgrundbesitzes durch Bevollmächtigte wählen müssen. In Salzburg, Schleien und Tirol besitzen die Frauen auch das Wahlrecht in den Wählerklassen der Städte und Landgemeinden, in Forarlberg, wo 1909 ein neues Wahlgesetz geschaffen wurde und wo die Klasse des Großgrundbesitzes nicht existiert, haben die Frauen in allen Wählerklassen das direkte Wahlrecht. Nur die in ehelicher Gemeinschaft lebenden Frauen müssen durch Bevollmächtigte wählen. Aus den Bestimmungen über das passive Wahlrecht geht ebenso wie in Böhmen auch in der Bukowina, Galizien, Kärnten, Krain, Oberösterreich, Niederösterreich, Steiermark und Tirol nicht ausdrücklich hervor, daß die Frauen ausgeschlossen sind. Ausdrücklich ausgeschlossen sind sie in Görz und Gradiska, in Salzburg und in Vorarlberg. In Tirol sind die Frauen vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen. Auch in Städten mit eigenem Statut wie Wien, Prag, Reichenberg besitzen die Frauen keinerlei Wahlrecht. Durch die Gemeindewahlreform im oberösterreichischen Landtag sind die Frauen, die direkte Steuern zahlen, in den Landgemeinden dieses Landes nun wahlberechtigt. Ueberall sind die bestehenden politischen Rechte nur für die Frauen der verschiedenen Klassen vorhanden, die Besitzten seien leer aus.

Die weiblichen Abgeordneten in Finnland. Finnland ist eines der glücklichen Länder, in dem die Frauen das passive und aktive Wahlrecht besitzen. Ueber die Arbeit der weiblichen finnlandischen Abgeordneten in den letzten Jahren liegt jetzt ein zusammenhängender Bericht vor. In folgender Weise können sich die Abgeordneten an der Gesetzgebung beteiligen: Sie können entweder Adressen an den Reichstag oder Entschlüsse annehmen oder Petitionen einreichen. Diese Anregungen der Abgeordneten haben dann natürlich noch die parlamentarische Behandlung durchzumachen, ehe sie Gesetz werden. Die Petitionen und Entschlüsse, die in den letzten Jahren von weiblichen Abgeordneten eingebracht wurden, beziehen sich u. a. auf

Reform des Gefängniswesens, Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der Säugler und Lehrlinge, Anstellung von Frauen im Staatsdienst, Verbesserung der Lage der weiblichen Eisenbahnangestellten, Ausgestaltung des Wanderschulunterrichts für Haushaltungsführer, Tier- schutz, Fürsorge für verkrüppelte Kinder, Anregung zu einer amtlichen Untersuchung über die Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie und Seidenerzeugung, Unterstützung der Gewerkschaft der Dienstboten in Helsinki usw.

Aber außer dem Einbringen dieser besonderen Frauenvorschläge arbeiten die weiblichen Abgeordneten in enger Verbindung mit ihren männlichen Parteigenossen an der Ausgestaltung der Rechtslage in Finnland. Wie man sieht, leisten die Frauen hier im finnischen Parlament ein gut Teil positiver Arbeit.

48 Jahre Enttäuschung. Am 7. Juni 1866 brachte John Stuart Mill im englischen Unterhaus die erste von vielen Frauen unterzeichnete Frauenwahlrechtspetition ein. Bis zum Jahre 1905 folgten 1747 weitere Petitionen, 1900 wird dem Unterhaus eine von 280 000 Wählerinnen unterzeichnete Petition vorgelegt. Zahllose Resolutionen und Kundgebungen im ganzen Lande beschäftigen sich mit der Frage. Im Parlament finden sich mehrfach starke Reaktionen für das Frauenwahlrecht; die liberale Regierung verhindert jedoch unter Anwendung aller nur denkbaren Mittel die Durchführung. Liberale Minister zweifeln an dem ersten Willen der englischen Frauen, das Wahlrecht zu erkämpfen, da sie noch nicht zu Brandstiftungen und Verhörungen übergegangen seien, die die Verfassungskämpfe der Männer begleitet haben. Die Suffragetten befolgen den Willen, Brandstiftungen und Verhörungen werden angeführt, zuerst bereinigt, dann häufiger und seit kurzer Zeit hört man fast in jeder Woche von irgendwelchen „Taten“ der Women's social and political Union.

Diese Frauen führen eine Art Guerillakrieg. Sie tauchen plötzlich auf, wo man sie nicht vermutet, sie wollen die Regierung ermüden und zum Nachgeben zwingen. Es sie ihren Zweck erreichen, ist mehr wie fraglich. Die Dinge sind soweit gediehen, daß keine Partei nachgeben kann, ein ehrenvoller Friede ist kaum noch möglich; so muß wohl bis zur völligen Niederlage eines Teils gekämpft werden. Wir sind nicht der Meinung, daß die Suffragettenpolitik der letzten Jahre die Frauen ihrem Ziele näherbringt, aber begreiflich ist es, wenn ein Teil der Frauen nach einer vierzig Jahre währenden erfolglosen gesetzmäßigen Propagandarbeit, deren Erfolg einzig und allein an der Hartnäckigkeit des Ministerpräsidenten und seiner engeren Freunde scheitert, die Geduld verloren hat und zu gesetzwidrigen Mitteln seine Zuflucht nimmt. Wie gesagt begreiflich, wenn auch nicht gut zu sehen.

Man muß bedenken, daß auch ein Systemwechsel, die durch Wahlarbeit herbeiführende Niederlage der Liberalen, den Frauen das Wahlrecht zunächst nicht bringen wird, da eine starke Niederlage der Liberalen, so wie die Dinge heute in England liegen, den Sieg der Konservativen und die Uebernahme der Regierung durch diese bedeutet. Die Frauen müssen sich ohne Zweifel noch auf einen längeren Kampf gefaßt machen. Sie werden erst dann mit ihrer Forderung durchdringen, wenn die Arbeiterpartei so stark geworden ist, daß sie einen kräftigen Druck auf die Regierung ausüben kann. Bis dahin werden sicher noch einige Jahre vergehen, aber was bedeuten wenige Jahre gegenüber der langen Parteizeit, die die englischen Frauen hinter sich haben! Sie wissen sehr, welchen Weg sie zu gehen haben, und abgesehen von den militanten Suffragetten sind sie ja auch entschlossen, den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Beeinflussung der Wähler zu verlagern, den Labour Party zu legen. Doch dabei nichts unterlassen wird, um die allgemeine Stimmung für das Frauenwahlrecht nachzuhalten und dort, wo sie noch nicht vorhanden ist, zu wecken, ist selbstverständlich, und in der Arbeiterpartei finden die englischen Frauen auch bei dieser Aufgabe ihre zuverlässigste und eifrigste Stütze.

Die Frau in der Gesetzgebung.

Aktiventag für Arbeiterinnen in Columbia. Für den District Columbia (Vereinigte Staaten von Amerika) wurde durch Bundesgesetz vom 24. Februar d. J. der Aktiventag und die Aktiventagwöchentliche für Arbeiterinnen aller Kategorien vorgeschrieben. Dieser Aktiventag gilt nicht nur für die Industrie, sondern für alle gewerblichen und kaufmännischen Unternehmungen, Wäschereien, Hotelbetriebe, Post-, Telefon-, Telegraphen- und Transportunternehmungen. Für alle diese Betriebe besteht striktes Verbot der Nachtarbeit (8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens) für Frauen unter 18 Jahren. Die Unternehmer haben für alle Arbeiterinnen Register mit Angabe der täglichen Arbeitszeit und des gezahlten Lohnes zu führen. Zur Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen sollen drei Inspektoren, davon zwei weibliche, angestellt werden, denen das Gesetz den Unternehmern gegenüber weitgehende Befugnisse einräumt. Uebertretungen des Gesetzes werden mit Geldbußen bestraft, die in Wiederholungsfällen rasch ansteigen.

Mutter und Kind.

„Babybündel“. So wichtig die Säuglingsfürsorgestellen auch sind, so genügen sie doch allein nicht. Es gibt viele Mütter, die die Verantwörtung wohl auffassen, die aber das nicht praktisch durchführen können, über das sie theoretisch belehrt werden, weil ihnen die pekuniären Mittel fehlen.

Vor längerer Zeit haben wir auf diese materielle Notlage bereits hingewiesen, und wir knüpfen hierbei an eine Arbeit an, die ein Münchener Arzt, Dr. Reinach, in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ veröffentlichte. „Wenn ein Säugling jeden Tag 15 bis 20 Windeln braucht“, schrieb er, „und die Mutter besitzt diese Zahl nicht, so bleibt er entweder nah liegen, ehe die Windeln werden in halbgewaschenem und halbtrockenem Zustand wieder verwendet, zum Schaden des Kindes. So geht es mit der übrigen Körper- und Putzwäsche. Andere zur Pflege und Wahrung des Kindes notwendigen Utensilien sind oft nur in einem Exemplar vorhanden. Ganz besonders in Tagen der Krankheit fehlt es am Nötigsten zur Durchführung der ärztlichen Verordnung.“

Hier und dort dienen diesem Zwecke ja schon private Vereine, doch genügen diese Maßnahmen nicht. Auch das hat Dr. Reinach seinerzeit ausgeführt. Auf Grund praktischer Beobachtungen hielt er es für notwendig, eine weitere Verbesserung der Pflege des Säuglings anzubahnen dadurch, daß man die dauernde Unterstützung mit Wäsche und anderem Pflegematerial einführt.

Als wir seinerzeit auf die Frage eingingen, haben wir betont, daß sich eine systematische Versorgung des Säuglings nur möglich ist, wenn diese Versorgung ein Stück der kommunalen Säuglingsfürsorge ist, und wir regten deshalb die Gründung von kommunalen Depots für Säuglingspflegematerial und Säuglingswäsche, vielleicht im Anschluß an die Fürsorgestellen, an. In Hamburg hat man diese Idee jetzt zur Wirklichkeit gemacht. Man hat dort beschlossen, armen Mütterinnen, denen es an Wäsche für Neugeborene fehlt, ein „Babybündel“ zu gewähren. Unzweifelhaft bedeutet diese Neuerung einen wesentlichen Fortschritt auf dem Gebiete praktischer Säuglingsfürsorge, und man kann nur wünschen, daß der Gedanke nun bald auch in den anderen Städten zur Durchführung gebracht wird. In der Notwendigkeit der Einrichtung ist doch nicht zu zweifeln, und die Kosten sind so minimal, daß es wahrhaftig nichts als eine Rücksichtslosigkeit gegenüber den armen Müttern bedeuten würde, wenn man diese Neuerung nicht allerorts zur Einführung brächte.

